



Dieter Pohl

Die Ursachen – das Geschehen – die Folgen

Holocaust

HERDER spektrum

Mit Mahnmalen ist es nicht getan. Hier findet sich das Wissen zu einem wichtigen und brisanten Thema: Wie verlief die ideologische Vorgeschichte des Holocaust – in Deutschland und Österreich nach dem 1. Weltkrieg? Wie kam es zur Entscheidung? Wie reagierte das Ausland? Wie funktionierte die Kollaboration in den europäischen Ländern? Welche Nachgeschichte hat der Holocaust? Der Historiker Dieter Pohl bietet umfassende und kompakte Information.



Dieter Pohl

Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, München. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Verbrechen des Nationalsozialismus.

ISBN 3-451-04835-3

DM



9 783451 048357

01880

HERDER Spektrum

Band 4835

Das Buch

Die massenhafte Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten zählt zu den schrecklichsten und folgenreichsten Ereignissen des 20. Jahrhunderts. Sich damit auseinanderzusetzen gehört bleibend zur deutschen und auch österreichischen Identität: Wie konnte es dazu kommen, wie verlief die Vorgeschichte der Judenverfolgung und -Vernichtung? Welche Rolle spielten antisemitische Strömungen in Deutschland und Österreich nach dem 1. Weltkrieg? Gibt es unterschiedliche Phasen der nationalsozialistischen Politik in Bezug auf die Juden und wie kam es zu der Entscheidung, die Juden zu ermorden? Pohl zeigt, wie Kollaboration funktionierte, wie sich viele allzu bereitwillig fanden, daran mitzuwirken: Gerade in Osteuropa hatten jüdische Bürger kaum eine Chance zu entkommen. 97 Prozent aller Opfer sind übrigens Menschen, die nicht deutsche Bürger waren. Der enge Zusammenhang zwischen dem Vernichtungsprogramm und den Interessen der deutschen Kriegswirtschaft wird angesprochen wie auch der jüdische Widerstand, der sich in der Situation der gesellschaftlichen Isolation und der schlechten Information kaum formieren konnte. Die umfassende und gleichzeitig kompakte Einführung in eines der wichtigsten Themen des 20. Jahrhunderts.

Der Autor

Dieter Pohl, Dr. phil., ist Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, München. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Verbrechen des Nationalsozialismus.

Dieter Pohl

Holocaust

**Die Ursachen, das Geschehen,
die Folgen**

Herder
Freiburg • Basel • Wien

Für Theresia

Gedruckt auf umweltfreundlichem,
chlorfrei gebleichtem Papier

Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten – Printed in Germany
© Verlag Herder Freiburg im Breisgau 2000
Satz: DTP-Studio Helmut Quilitz, Denzlingen
Druck und Bindung Freiburger Graphische Betriebe 2000
Umschlaggestaltung und Konzeption:
R • M • E München / Roland Eschlbeck, Liana Tuchel
Umschlagfoto: © AKG Berlin
ISBN 3-451-04835-3

Eingelesen mit **ABBYY Fine Reader 16**

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Einleitung | 7 |
| 1. Die Ursprünge..... | 13 |
| 2. Die Verfolgung der mitteleuropäischen Juden bis 1939 | 25 |
| 3. Unterdrückung und Isolierung in Europa bis Sommer 1941 | 35 |
| 4. Vernichtungskrieg in der Sowjetunion 1941 ... | 44 |
| 5. Der Weg zur letzten «Endlösung» 1941/42 | 58 |
| 6. Massenmord in Polen | 65 |
| 7. Die Vernichtung der jüdischen Gemeinden in der Sowjetunion 1942/43 | 73 |
| 8. Reich und Protektorat | 78 |
| 9. Europaweite Vernichtung 1942-1944 | 82 |
| 10. Der Sonderfall Ungarn..... | 94 |
| 11. Juden unter Verfolgung | 100 |
| 12. Tatapparate und Täter | 116 |
| 13. Ausländische Kooperation | 128 |
| 14. Die «Zuschauer» | 135 |
| 15. Die Bedeutung des Lagersystems seit 1942 | 151 |
| 16. Todesmärsche | 166 |
| 17. Folgen | 172 |
| Schluss | 182 |
| Ausgewählte Literatur | 186 |

Einleitung

Es ist kein einfaches Unternehmen, sich mit der Geschichte des Massenmordes an den europäischen Juden zu beschäftigen. Welcher Historiker könnte behaupten, er sei in der Lage, die menschliche Dimension dieser Vorgänge zu erfassen? Zugleich ist man mit profaneren Problemen konfrontiert; so wird es immer schwieriger, die weitverzweigte Forschung zu überblicken. Dieser Völkermord stellt sich als hochkomplexe Geschichte dar, die sich in nicht weniger als 17 europäischen Staaten (und Teilen Nordafrikas) abspielte, Aufnahmeländer von Flüchtlingen nicht gerechnet. Millionen Menschen waren beteiligt oder wurden in den Strudel der Ereignisse gerissen, und zwar nicht nur Millionen Opfer.

All dies ist meisterhaft in den monumentalen Werken von Raul Hilberg und Leni Yahil beschrieben worden, – neben ihnen stehen die Verdienste zahlloser anderer Autoren. Zweck dieses Buches soll es sein, einem breiteren Publikum eine komprimierte Zusammenfassung des Geschehens zu geben. Daher sind einige Schwerpunktsetzungen unvermeidlich: Den Hauptteil der Darstellung nehmen die Jahre vom Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion – im Sommer 1941 – bis in die letzten Tage vor der deutschen Kapitulation ein. Dabei soll besonderes Augenmerk den Schauplätzen gewidmet werden, die für die Mehrheit der Opfer stehen: vor allem polnische, baltische und sowjetische, aber auch ungarische und rumänische Juden. Diese stellten zusammen annähernd fünf der fast sechs Millionen

Todesopfer. Hingegen ist die Geschichte der Judenverfolgung im Deutschen Reich bis 1941/42, in West- und Südeuropa inzwischen besser erforscht und auch bekannter. Überhaupt soll hier versucht werden, einige unbekanntere Facetten dieser monströsen Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen.

Während seit 1944 kontinuierlich Memoiren von Überlebenden publiziert werden, hat sich die wissenschaftliche Erforschung des Völkermordes in Wellen entwickelt. Viele wichtige, aber heute kaum mehr bekannte Veröffentlichungen datieren bereits aus den ersten Nachkriegsjahren; ihre Autoren waren zumeist jüdischer Herkunft. In den fünfziger Jahren wurde es weltweit relativ still um das Thema. Lediglich in Polen und Israel blieb ein gewisses Forschungsinteresse erhalten; allerdings nahm es in Polen eher ab und im jüdischen Staat zu.

Neue Impulse erhielt die Forschung um das Jahr 1961; zeitgleich mit dem Eichmann-Prozess erschienen eine Reihe fundamentaler Veröffentlichungen, an erster Stelle Raul Hilbergs «Destruction of the European Jews». Mehr und mehr beteiligten sich nun Autoren, deren Schicksal nicht unmittelbar mit der Tragödie der Juden verbunden war, – darunter auch Historiker in der Bundesrepublik. Eine letzte Welle von Publikationen bahnte sich Ende der siebziger Jahre an; sie ist bis heute nicht verebht. Nun erwachte ein grundlegendes und internationales Interesse an der Erforschung der Geschichte des Judenmords. In der Bundesrepublik stand das Schicksal der einzelnen jüdischen Gemeinden im Zentrum des Interesses, ebenso wie sich die Historiographien der betroffenen Länder nun mit dem Untergang «ihrer» Juden beschäftigten.

Seit Anfang der neunziger Jahre sind einige Verschiebungen in der Forschung erkennbar: Der Zusammenbruch des Ostblocks erleichterte die Erforschung der NS-Verbrechen in diesen Gebieten. Nicht nur die Archive öffneten sich; auch in den Nachfolgestaaten

der Sowjetunion selbst etabliert sich die Geschichte des Völkermordes an den Juden allmählich als Thema von Wissenschaft und Publizistik. Grosse Anstrengungen zur Erforschung werden auch in den Vereinigten Staaten unternommen.

Zugleich bewegen neue Fragen die Historiker: Wie lässt sich die Verfolgung der Juden in die Gesamtgeschichte des Dritten Reiches einbetten, welche Zusammenhänge bestanden mit anderen Politikfeldern? Welche Institutionen waren an der Verfolgung beteiligt, welche Personen und was motivierte sie zur Teilnahme an den Verbrechen? Wie verhielten sich die Nichtjuden unter deutscher Besatzung im Angesicht der Morde, wie gross war das Ausmass ihrer Kollaboration? Was wusste das freie Ausland, und wie reagierte es? Wie gestaltete sich der Alltag der Verfolgten, wie unterschiedlich waren die Erfahrungen von Frauen und Männern? Und schliesslich rücken mehr und mehr die ausländischen, aber nichtjüdischen Opfer ins Blickfeld.

Freilich entbrennen immer wieder Debatten über grundsätzliche Fragen: ob es überhaupt legitim ist, die Geschichte der Massensterben als «Tätergeschichte» zu schreiben, – wie man den extremen menschlichen Erfahrungen gerecht werden kann, ohne «kalte» methodische Regeln der Wissenschaft zu vernachlässigen. Daran schliesst sich die Frage an, ob man die Judenverfolgung ausschliesslich im Licht ihres katastrophalen Ergebnisses analysieren muss, oder ob das Schicksal der europäischen Juden zu Beginn des Krieges durchaus noch offen war. Umstritten ist auch die Benennung des Gegenstandes, so mit dem Begriff «Holocaust⁷⁷, der eine stärker religiöse Komponente hat und vor allem im amerikanischen und israelischen Sprachraum gängig ist. Mehr und mehr Wissenschaftler und Publizisten tendieren dazu, den Mord an den Juden als «Schoah», dem hebräischen Wort für «Katastrophe», zu bezeichnen.

Alle Historiker ringen mit der richtigen Sprache für eine annähernd angemessene Wiedergabe des Unmenschlichen. Wie soll man etwas darstellen, das schliesslich in einer Abfolge von Massenmorden mündet, die oftmals unter den abscheulichsten Begleitumständen abliefen?

Jahrzehntelang war die Analyse des Geschehens von Kontroversen über menschliches Verhalten geprägt: wer damals richtig und wer falsch gehandelt habe; Debatten um die Judenräte, um das Ausmass an Widerstand bei den Juden, um die Schuld der Deutschen und um das Verhalten der «anderen», der Alliierten, der Kirchen und der Neutralen. Erst seit den achtziger Jahren bewegen sich die wissenschaftlichen Diskussionen stärker um die nationalsozialistische Politik in Richtung Massenmord, um ideologische und strukturelle Faktoren.

Diese Fragen seien hier nur genannt, um einen Eindruck von der Fülle und der Unübersichtlichkeit der internationalen Forschungslandschaft zu geben. Inzwischen gibt es schätzungsweise wohl über 20'000 Veröffentlichungen zur Geschichte der Judenverfolgung im Dritten Reich, wenn man Memoiren, andere Bücher und Aufsätze zusammen zählt. Woher aber wissen die Historiker heute, was damals geschah? Die meisten der deutschen Schriftstücke, die das Morden in völliger Unmittelbarkeit dokumentieren, sind bei Kriegsende vernichtet worden. Doch haben die Täter in den Wirren des Jahres 1945 viele Akten übersehen, – vor allem waren so viele Behörden, Organisationen und Einheiten in das Verbrechen verwickelt, dass sich oft an periphersten Stellen noch Dokumente finden, etwa in den Finanzverwaltungen oder sogar bei der Feuerwehr! Zahlenmässig viel geringer, aber besonders kostbar sind die Selbstzeugnisse, die die Opfer im Krieg verfasst haben: Hunderte von Tagebüchern, Zehntausende von Briefen und anderen persönlichen Schriftstücken. Auch die jüdischen Organisationen, ob Judenräte oder Für-

sorgestellen, hatten einen eigenen Schriftverkehr. Manchen Widerstandsgruppen von Juden gelang es, richtige Untergrundzeitungen herauszugeben. Auch in den Zeitungen besetzter und verbündeter Länder lässt sich viel nachlesen, – ebenso in der Dokumentation, die die Nichtjuden während der Jahre der Verfolgung produziert haben. Das reicht bis zu den Informationen, die die Geheimdienste der Alliierten gesammelt haben.

Nach dem Krieg veröffentlichten viele Überlebenden ihre Memoiren. Zahlenmässig weit umfangreicher sind die kürzeren Zeugenberichte, die seit 1945 systematisch gesammelt wurden, zunächst von Untersuchungskommissionen und jüdischen Organisationen, später dann von Justizbehörden. Allein letztere hatten die Möglichkeit, auch systematisch Aussagen aus dem Kreis der Verfolger zu erheben. Diese Protokolle sind bis heute bei Weitem noch nicht ausgewertet. Allerdings sind die Aussagen der Täter oder ihrer Kollegen voll von Entschuldigungen und Lügen, also nur mit grosser Vorsicht zu verwerten. In den letzten Jahren bemüht man sich wieder verstärkt um Interviews mit den jetzt noch lebenden Juden, die die Verfolgung erlitten hatten. Doch auch hier schleichen sich, bedingt durch den langen Zeitabstand seit dem Krieg, immer mehr Gedächtnisfehler oder -Verschiebungen ein.

So lassen sich selbst heute noch – mit der nötigen methodischen Distanz – alle grösseren Vorgänge aus der Zeit des Völkermordes rekonstruieren, wenn auch leider nicht jedes individuelle Schicksal. Freilich ist es für den Nachgeborenen ausserordentlich schwierig, sich der menschlichen Dimension der Vorgänge angemessen zu nähern. Weder das Erleben der Opfer noch das Denken der Täter wird sich wohl niemals ganz entschlüsseln lassen. Doch diese Feststellung muss nicht beunruhigen, – schliesslich gelingt dies den Historikern meist auch bei weniger dramatischen Vorgängen nicht.

1. Die Ursprünge

Wo sind die Ursachen dieses Völkermordes zu suchen? So einfach die Frage erscheint, so problematisch, umstritten und komplex muss jeder Versuch einer Antwort sein. Man kann sich den Ursachen auf fünf Ebenen nähern: Da sind zunächst 1. die langfristigen Voraussetzungen, die weit über das Dritte Reich hinausweisen, 2. die mittelfristigen Veränderungen seit der Zeit des Ersten Weltkrieges, die die deutsche Entwicklung zunehmend von der in Westeuropa abkoppelten, 3. die enorme Bedeutung der Politik und Struktur des antisemitischen NS-Staates, 4. der besondere Charakter des Zweiten Weltkrieges, der gerade in Osteuropa als nationalsozialistischer «Rassenkrieg» geführt wurde und enthemmend auf die Gewaltbereitschaft wirkte und schliesslich 5. die konkrete Situation von Strategie, Kriegslage und Besatzungsherrschaft, in der 1941/42 die «Endlösung» in Gang gesetzt wurde. In der Retrospektive erscheinen erst alle fünf Ebenen, die chronologisch und sachlich aufeinander aufbauen, zusammen als so ausreichend, dass sie zu dieser Katastrophe geführt haben.

Weder der Antisemitismus noch die Gewalt an Juden waren Spezifika des 20. Jahrhunderts. Die Ursprünge der Judenfeindschaft in Europa reichen weit zurück. Seit dem 11. Jahrhundert wurde die jüdische Minderheit immer wieder Zielscheibe von massenhafter Gewalt, – Pogrome im Vorfeld der Kreuzzüge und während der Pestzeit, Vertreibungen aus England und Spanien, Massaker bei osteu-

ropäischen Bauern- und Kosakenaufständen. Dahinter standen vor allem religiöse und kulturelle Muster der Ablehnung gegen die nichtchristliche Minderheit. Die Stereotypen sind hinlänglich bekannt, von den vermeintlichen «Christusmördern» bis hin zu Beschuldigungen, Juden hätten an christlichen Kindern «Ritualmorde» begangen. Offensichtlich sind aber auch die ökonomischen Antriebe, die den Judenverfolgungen immer noch ein beschleunigendes Element hinzufügten. Die Mittlerfunktion, in die Juden wegen der Berufsbeschränkungen in der alteuropäischen Wirtschaft gedrängt wurden, als Händler, Verwalter oder Geldverleiher, konnte sie in eine schwierige Lage manövrieren. Gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten richtete sich der Unmut der Mehrheit auf die Minderheit.

Ebenso wie die europäischen Gesellschaften machte auch der Antisemitismus im 19. Jahrhundert einen erheblichen Wandel durch. Eine Voraussetzung dafür war die Emanzipation der west- und mitteleuropäischen Juden. Rechtlich allmählich mit Nichtjuden gleichgestellt, fand die jüdische Minderheit bald den Weg aus Armut und Isolation. Zugleich etablierte sich der Nationalismus als politisches und kulturelles Phänomen. Schon der liberalen Nationalbewegung waren antijüdische Gefühle nicht fremd, umso mehr dem radikalen Nationalismus, wie er sich im letzten Viertel des Jahrhunderts ausbreitete.

Religiöse Vorurteile gingen nun eine Verbindung mit neuen sozialen Stereotypen ein: Juden wurden mit den negativen Erscheinungen der heraufziehenden Moderne identifiziert, wie ausbeuterischem Kapitalismus, angeblicher Libertinage in Kunst und Presse. Erst allmählich bemächtigte sich ein anderes Kennzeichen der Moderne auch der Judenfeindschaft: die Verwissenschaftlichung. Primitive biologistische Anschauungen waren nicht neu, schon im Spanien des 15. Jahrhunderts war die Rede vom «jüdischen Blut» gewesen. In

der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden rassistische Theorien ausgearbeitet, die die Differenz einzelner Gesellschaftsgruppen mit biologischen Faktoren zu erklären versuchten. Die Judenfeindschaft bekam 1879 auch einen «wissenschaftlichen» Namen: Antisemitismus.

Für all dies veränderte sich der Rahmen mit dem Heraufziehen des «politischen Massenmarktes» am Ende des Jahrhunderts, mit der Abhaltung von Wahlen, der Etablierung von Parteien, aber auch Verbänden. Nun galt der Antisemitismus als ein Element des Kampfes um Macht, um kulturelle Hoheit. Dies waren Phänomene, wie man sie in den meisten Staaten Europas bis 1914 beobachten konnte.

Doch wo liegt ihr Zusammenhang mit dem Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg? Warum Deutschland? Zweifelsohne sind Deutschland und Österreich als ideologischpolitische Ursprungsgesellschaften dessen anzusehen, was im Massenmord endete. So einfach dies manchem erscheinen mag, so schwierig ist es, den kausalen Zusammenhang über ein halbes Jahrhundert hinweg unwiderlegbar herzustellen. Zwei Wege lassen sich dabei beschreiten: Was war in Deutschland (und Österreich) anders als in den anderen Staaten, und seit wann lässt sich eine solche Sonderentwicklung feststellen? Und: Lassen sich direkte Kontinuitätslinien vom Kaiserreich bis ins Dritten Reich ermitteln, seien es Organisationen, Personen oder Konzepte?

Eine entscheidende Frage ist also, wo die Spezifik des deutschen und österreichischen Antisemitismus vor 1914 liegt. Im Gegensatz zu den meisten osteuropäischen Ländern war es den Juden in Deutschland gelungen, im Laufe des Jahrhunderts einen enormen gesellschaftlichen Aufstieg zu erreichen. Der «moderne» Antisemitismus verstand sich daher als Gegenbewegung zu dieser Integration. Insbesondere nach dem «Gründerkrach», einem Einbruch des

rasanten Wirtschaftswachstums in den 1870er Jahren, etablierte sich ein politischer Antisemitismus in Parteiwesen und Publizistik. Bald bildeten sich regionale Antisemitenparteien, die damals auch so genannt wurden. Auch die Deutsch-konservative Partei nahm unter dem Einfluss des mächtigen Bundes der Landwirte, einer Organisation der Grossagrarien, antijüdische Passagen in ihre Programmatik auf. Doch nicht allein der Antisemitismus, auch die Frontstellung gegen die seit 1890 wieder zugelassene SPD machte diese Parteien so erfolgreich. Wie offen judenfeindliche Haltungen damals formuliert wurden, zeigte sich in den 1890er Jahren. Antisemitische Pamphletisten plädierten bereits für die «Ausrottung» der Juden oder zumindest ihre Deportation in afrikanische Gebiete, – sogar im Reichstag konnte man Forderungen nach einer «Vernichtung der Juden» hören.

Nach der Jahrhundertwende liess die Bedeutung der Antisemitenparteien nach. Meist nur regional verankert und mit sektenhaften Tendenzen behaftet, überlebten sie das Ende der Depressionsphase nicht. Der Antisemitismus hatte sich jedoch politisch und kulturell fest eingenistet, so in Verbänden und Vereinen, vor allem aber unter der Studentenschaft. Die Mehrheit der Burschenschaften pflegte schon seit Langem eine antisemitische Haltung, Juden waren als Mitglieder im Allgemeinen nicht zugelassen. Hier formte sich eine Generation, die zwar schliesslich ein zu hohes Alter hatte, um noch im «Dritten Reich» aktiv zu werden. Doch viele der Studenten der Jahrhundertwende waren später dabei, das rechtsextreme Milieu in der Weimarer Republik zu gestalten. Mittels ihrer privilegierten Ausbildung trugen sie ihren Anteil dazu bei, dass der Antisemitismus sich in Teilen der deutschen Funktionselementen festsetzte.

Es war die Verbindung mit einem besonderen Nationalismus und einer antimodernistischen Bewegung in einer modernen Gesell-

schaft, die den Judenhass später so explosiv machte. Die Ausbreitung des Rassismus machte dagegen nur ein Element unter vielen aus; ausserdem war er im späten Kaiserreich noch sehr diffus und kann als Gemeingut vieler europäischer Gesellschaften der Zeit angesehen werden.

Insgesamt gesehen blieb der Antisemitismus in Deutschland aber, wie in Westeuropa, bis 1914 politisch ziemlich erfolglos. Frankreich erlebte zwar seit 1898 die Affäre Dreyfus, eine gemeine Intrige gegen einen Offizier jüdischer Herkunft, die zeitweise zu einer Spaltung der Nation hochstilisiert wurde. Doch zeigte sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, dass die französische Republik sich gegen antisemitische Strömungen letztendlich durchsetzte.

Aggressiver war die Stimmung in Osteuropa. Dort spielten der Rassismus und seine «modernen» Theoretiker eine geringere Rolle, – doch verband sich auch hier die traditionelle Judenfeindschaft mit allgemeinen Ängsten vor der Modernisierung. Gerade Ungarn, wo die jüdische Minderheit einen rasanten gesellschaftlichen Aufschwung erlebte, wurde zeitweise zum Sammelbecken für Antisemiten. Im russischen Machtbereich hingegen kam es immer wieder, im Zusammenhang mit den Krisen des zarischen Systems, zu gewalttätigen Ausbrüchen gegen Juden. Die Pogrome von 1881, die bis in die östlichsten Gebiete Deutschlands herüberschwappten, und dann 1904/5, waren weltweit die schlimmsten Exzesse antijüdischer Gewalt dieser Zeit.

Vor Kriegsbeginn 1914 existierten in Deutschland und Österreich demnach antisemitische Strömungen von ähnlichem Ausmass wie in Westeuropa, bei Weitem aber nicht so manifest wie in den osteuropäischen Ländern. Selbst der Krieg konnte diese Tendenzen in Deutschland nur ganz begrenzt zur Entfaltung bringen. Während die russische Regierung 1915 aus Wolhynien Hunderttausende von Juden als angeblich «unzuverlässige Elemente» nahe der Front depor-

tieren liess, hatten die polnischen Juden unter deutscher Besatzung ein relativ gutes Auskommen. Dabei war der Höhepunkt der Gewalt noch nicht erreicht. Im russischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1920 starben Zehntausende Juden, vor allem von Hand nationaler Armeen, den sogenannten «Weissen», aber auch durch bolschewistische Einheiten und gegen den Bolschewismus revoltierende Bauern.

Auch in Deutschland und Österreich veränderte der Krieg die politische Szenerie und die Mentalität in der Gesellschaft. Das Ausbleiben militärischer Erfolge, die sinnlose Abschachtung Hunderttausender Soldaten und die Mangellage im Innern schufen ein depressives Klima. Mitten im Krieg meldete sich der extreme Nationalismus wieder verstärkt zu Wort, ab 1916 instrumentalisierte auch die militärisch-politische Führung antisemitische Massnahmen, insbesondere durch eine «Juden­zählung» im preussischen Heer.

Erst seit dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich allmählich die eigentliche Spezifik des deutschen und österreichischen Antisemitismus. Die neue völkische Bewegung nahm ab Herbst 1919, ein Jahr nach der Kriegsniederlage, einen ungeahnten Aufschwung; viele Vorkriegsströmungen erfuhren nun plötzlich eine ungeheure Aufladung. Zur antikapitalistischen gesellte sich die antibolschewistische Judenfeindschaft. Betrachtet man aber die antisemitischen Stereotypen und Massnahmenkataloge genauer, so fällt doch auf, dass sich das meiste davon schon im 19. Jahrhundert findet. Selbst die Abneigung gegen den «jüdischen Bolschewismus» konnte an Vorformen anknüpfen: bürgerliche Ängste vor der Sozialdemokratie, Kritik am Engagement vieler Juden im Linksliberalismus oder Vorurteile gegen die proletarisierten Ostjuden. Es waren also weniger die Inhalte, die sich veränderten, sondern vielmehr ihre Träger und das Umfeld, in dem diese agierten.

Von Ende 1919 bis Ende 1923 blühte eine rechtsextreme Szene in Deutschland auf, wie es sie vorher nicht gegeben hatte. Völkische Parteien und Verbände, Geheimorganisationen und Milizen schossen förmlich aus dem Boden. Freikorps kämpften gegen die Bolschewiki im Baltikum oder suchten im Reich den Umsturz herbeizuführen. Der Antisemitismus war ein zentrales Element, das diese Subkultur zusammenhielt. Nun verband sich aber mit dem politischen Antisemitismus, der ja keine Erfindung aus der Weimarer Republik darstellte, der politische Terrorismus.

Die berüchtigtsten politischen Morde mit antisemitischen Vorzeichen, an Rosa Luxemburg und Walter Rathenau, waren nur Teil einer Welle von Gewalt, die rechte Gruppierungen seit Ende 1919 an Juden verübten. Diese reichte von Pöbeleien auf der Strasse über Ausschreitungen im Berliner Scheunenviertel bis hin zur Geiselnahme von Münchener Juden während des Hitlerputsches im November 1923.

Neu war dabei, dass von Seiten der nichtjüdischen Gesellschaft oftmals jede Reaktion ausblieb. Gerichte verfolgten rechtsextreme Gewalt meist nur zögerlich. Aber auch sonst war die Sympathie für die jüdische Minderheit auf bestimmte politische Milieus beschränkt. Auf Seiten des etablierten Nationalismus, der Deutschnationalen und vieler Verbände, gab es erhebliche antisemitische Strömungen. Wenn man auch direkte Gewalt weitgehend ablehnte, so war dies eher eine Frage der Mittel. Auch im studentischen Milieu, das frühzeitig einen extremen Rechtsruck durchmachte, bevorzugte man einen «Antisemitismus der Sachlichkeit'«, d.h. die systematische und vermeintlich wissenschaftliche «Analyse des Judenproblems»«. Dennoch waren die Grenzen zwischen rechtskonservativen Kommunalpolitikern und rechtsextremen Geheimbndlern im Antisemitismus oft fließend.

Besonders die Debatten um die Ostjuden, die zwischen 1920 und 1923 in Österreich und in einigen Ländern des Deutschen Reiches aufflammten, zeigen, dass der Antisemitismus auch in der offiziellen Politik manifest werden konnte. Forderungen nach Ausweisung und sogar Internierung der seit 1914/15 zugewanderten polnischen Juden wurden laut. Doch konnten sich diese letztendlich nicht durchsetzen.

Das politische Klima hatte sich in Deutschland wie auch in Österreich im Vergleich zu 1914 fundamental verändert. In allen Lagern herrschte das Gefühl nationaler Demütigung vor, das Trauma des Krieges hatte tiefe Spuren hinterlassen. Dies alles verstärkte die Tendenzen einer Orientierungslosigkeit, die sich schon seit der Jahrhundertwende bemerkbar gemacht hatten, das Gefühl von «Sinnkrise» und massiver «Kulturkritik». In der zerklüfteten politischen Landschaft der Weimarer Republik verschärfte sich das Freund-Feind-Denken, das ebenfalls an die nationalistischen Tendenzen des Kaiserreichs anknüpfen konnte.

Freilich existierten seit 1919 in Deutschland und Österreich erstmals demokratische Republiken. Der Rechtsextremismus erstarkte immer dann, wenn die Republik schwach war. So trafen die zahllosen Synagogen- und Friedhofsschändungen, die sich in den «goldenen Jahren» Weimars, also von 1924 bis 1929, ereigneten, auf vehementen öffentlichen Protest, auch aus dem konservativen Lager. Besonders der CV, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, konnte die Öffentlichkeit hier mobilisieren.

Auch war der Antisemitismus vor 1933 nicht allein ein deutsch-österreichisches Phänomen. Gerade in den ostmitteleuropäischen Staaten, die schwer mit den Folgen des Ersten Weltkriegs zu kämpfen hatten, verstärkten sich die jüdenfeindlichen Tendenzen. Autoritäre und faschistische Bewegungen machten den Demokratien, die sich meist noch in der Entwicklung befanden, das Leben schwer.

Schon 1920 verkündete die ungarische Regierung einen «Numerus Clausus», d.h. die zahlenmässige Beschränkung für den Universitätszugang von Juden; ihr folgte 1922 Rumänien. Doch der breite Rechtsruck der Politik erfolgte auch in diesen Staaten erst in den dreissiger Jahren als Folge der Weltwirtschaftskrise, – und die entscheidende Gefahr sollte dann von Deutschland ausgehen. Denn im zentralen Land Europas, immer noch einem der wichtigsten Machtfaktoren, führte die Depression zu einer politischen Krise, die schliesslich in der Machtergreifung einer radikal antisemitischen Partei mündete.

In ihren Ursprüngen war die NSDAP eine von vielen rechtsextremen Gruppen zu Beginn der Weimarer Republik. Schon ihr Parteiprogramm von 1920 triefte vor Antisemitismus. Damit unterschied es sich jedoch kaum von der Programmatik anderer völkischer Organisationen der Zeit. Innerhalb der Partei war die Judenfeindschaft ein zentraler Integrationskern, der durchaus vor den anderen ideologischen Strömungen rangierte, wie Antibolschewismus, Militarismus, Dolchstoss-Legende und Hass auf die Weimarer Republik.

Dennoch war die NSDAP und ihr «Trommler» Adolf Hitler bis 1922 lediglich in der bayerischen politischen Szene ein Faktor. Erst mit ihrem spektakulären Putschversuch im November 1923 betrat sie die politische Bühne des Reiches, von der sie dann kurzzeitig verschwinden musste. Nach der Wiedezulassung der Partei im Februar 1925 begann dann ihr Aufstieg; 1930 war sie erstmals in einer Länderregierung vertreten und erhielt bei den Reichstagswahlen über 18 % der Stimmen.

Der Antisemitismus der Partei veränderte sich auch in den ruhigeren Jahren der Republik wenig. In vielen Schattierungen vertreten, antikapitalistisch, antibolschewistisch und rassistisch, bündelte er sich im «Führer» Hitler. Dieser wiederum war zwar schon vor dem

Ersten Weltkrieg stark von den antijüdischen Strömungen in Österreich beeinflusst gewesen, bildete aber seine «Weltanschauung» erst in der Endphase des Krieges voll aus. Während seiner Haftzeit in Landsberg schrieb er sein eklektisches Propagandabuch «Mein Kampf» nieder, in dem er bereits Mordvorstellungen gegen die Juden formulierte. Hitlers Antisemitismus, der sich seit den zwanziger Jahren kaum mehr veränderte, ist in der Geschichtswissenschaft durchaus umstritten. So gehen manche Forscher davon aus, dass er die Ideen aus «Mein Kampf» geradlinig und konsequent im Zweiten Weltkrieg verwirklichte. Andere Historiker sehen eher die Jahre 1939 bis 1941 als entscheidenden Wendepunkt in Hitlers Politik gegenüber den Juden. Festzuhalten bleibt, dass Hitler in diesem Zusammenhang konstant drei Maximen vertrat: die Vorstellung von einem verschwörerischen «Welt-Judentum», der Wunsch nach einer Hegemonie Deutschlands in Europa und das Drängen nach «Entfernung» der Juden. So mag ihm als negative Utopie durchaus die Vernichtung aller Juden vorgeschwebt haben. Als Ziel seiner Politik ist sie vor 1941 aber kaum nachweisbar.

Mit der Weltwirtschaftskrise wurde die NSDAP zu einem bedeutenden Machtfaktor in Deutschland. Wie keine andere Partei profitierte sie von der Weimarer Staatskrise und verstand es, das rechtsradikale Spektrum an sich zu binden. Ihre Wahlerfolge gingen jedoch weit darüber hinaus; lediglich das katholische Milieu blieb bis 1932 relativ resistent. Man hat die NSDAP gar als erste «Volkspartei» der deutschen Geschichte bezeichnet; dieser breite Rückhalt bei Wählern wie Mitgliedern stützte sich jedoch nicht auf programmatische Forderungen der Partei, sondern auf ihre radikale Ablehnung der Weimarer Demokratie.

Nicht eindeutig geklärt ist, ob die Attraktivität der Partei auch auf ihrem Antisemitismus beruhte. Zwar stand der Judenhass während

der Wahlkämpfe 1930 bis 1933 nie im Vordergrund, war jedoch auch nicht aus der Politik der NSDAP verschwunden. Gerade die militante Massenorganisation SA wartete auf den «Tag der Abrechnung». Regional setzte die NSDAP durchaus auf rassistische Kampagnen und hatte damit einigen Erfolg.

Entscheidend dürfte jedoch gewesen sein, dass sich die deutsche wie auch die österreichische Gesellschaft in den Jahren der Krise politisch polarisierte, insgesamt einen Rechtsruck durchmachte. Dies zeigt sich nicht nur an den Wahlergebnissen, sondern in vielen Bereichen: So kehrte die DNVP zu ihren Initiativen gegen eingewanderte Ostjuden in Deutschland zurück. Mit der Massenarbeitslosigkeit verschärfte sich auch in den oberen Etagen der Gesellschaft ein Verdrängungswettbewerb, der sich zunehmend gegen jüdische «Konkurrenten» richtete. Der frühe Rechtsruck an den Universitäten, besonders unter angehenden Juristen und Medizinern, legt davon Zeugnis ab. Aber auch in Verbänden und Vereinen heizte sich ein antijüdisches Klima auf. Sichtbar wurde dies ebenso in den protestantischen Landeskirchen, deren Klerus vor Ort Leitfiguren stellte.

Einen unverhofften Aufschwung machten nun Forscher und beamtete Experten, die sich rassistischen Theorien verschrieben hatten. Biologistische Vorstellungen waren damals durchaus nicht nur auf Deutschland und auf bestimmte politische Richtungen beschränkt, sie mussten sich zudem nicht automatisch gegen Juden richten. Insgesamt jedoch hatte der Aufstieg des «wissenschaftlichen» Rassismus in Deutschland fatale Folgen, weil dieser zunehmend in den Sog des Nationalsozialismus geriet. Doch erst im Dritten Reich entfalten sich die Rassentheorien mit immer schrecklicheren Konsequenzen.

So waren schon im Jahre 1932 Grundlagen gelegt, auf die das Dritte Reich später aufbauen konnte. Der Antisemitismus hatte wie-

der die Formen der unruhigen Jahre 1918 bis 1923 angenommen, der Rassismus befand sich auf dem Weg zu einer dominierenden Theorie und in der Krisenzeit fielen radikale politische Forderungen auf einen fruchtbaren Boden. So kann man die Emanzipation der deutschen Juden seit dem 19. Jahrhundert als wirklich ernsthaft gefährdet ansehen. Doch war die Lage Ende 1932 keineswegs ausweglos und steuerte sicher nicht geradlinig auf Krieg und Völkermord zu. Allerdings bildete der 30. Januar 1933, die Machtergreifung Hitlers, eine tiefe Zäsur in der deutschen Geschichte.

2. Die Verfolgung der mitteleuropäischen Juden bis 1939

Zugleich mit der Machtergreifung Hitlers und der NSDAP begann die Verfolgung der deutschen Juden, oder genauer: der Deutschen jüdischen Glaubens. Am offensichtlichsten war dies bei den Gewaltakten der SA und anderer Nazi-Sympathisanten gegen Juden. Die SA, in Preussen offiziell als Hilfspolizei eingesetzt, ging nun auf Jagd nach politischen Gegnern und besonders nach den Juden unter ihnen. So attackierte man Abgeordnete oder Richter jüdischer Herkunft.

Die NSDAP-Führung versuchte sofort, den antijüdischen Furor in eine bestimmte Richtung zu lenken. Unter dem Vorwand der internationalen Pressekritik an Deutschland und dabei geäußelter Boykott-Forderungen, organisierte sie zum 1. April 1933 deutschlandweit einen Boykott von Geschäften in jüdischem Besitz. Die kleinen Läden wurden vollgeschmiert, SA-Männer mit Boykottaufrufen davor postiert. Offiziell galt die Aktion nach drei Tagen als beendet, an vielen Orten lief sie jedoch bis in den Sommer weiter oder wurde mehrfach wiederholt.

Während die Strasse dem SA-Mob gehörte, bereitete man in den Behörden rechtliche Massnahmen gegen die jüdische Minderheit vor. Das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 7. April sah die Entlassung oder Zwangspensionierung der meisten Juden im Staatsdienst vor; kurz darauf wurde der Anteil von Juden unter den Studenten auf 1,5 % begrenzt. Von nun an folgte ein

endloser Strom diskriminierender Rechtsakte, die der Minderheit alle Rechte nahm und ihr alltägliches Leben drastisch einengte.

Das Jahr 1935 war durch den spektakulären Erlass der sogenannten «Nürnberger Gesetze» dominiert. Im Rahmen des Nürnberger Parteitages der NSDAP verabschiedete die Regierung zwei Gesetze, die die Partei schon 1930 im Reichstag gefordert hatte: das «Reichsbürgergesetz», das Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse machte, und das «Blutschutzgesetz», das intime Beziehungen zwischen unverheirateten Juden und Nichtjuden untersagte. Als zentrales Problem für die Bürokraten sollte sich bald erweisen, dass es für die «Rassengesetze» keine «rassenwissenschaftliche» Grundlage gab. Seit 1933 hatte es interne Debatten um den «Judenbegriff» gegeben. Wer als Jude definiert wurde, bestimmte ab 1935 schliesslich die Religionszugehörigkeit der Vorfahren. Man konstruierte nun «Mischlinge», «Halbjuden» und «Vierteljuden», über deren Behandlung sich die Experten und Funktionäre bis Kriegsende nicht einigen konnten. Das «Blutschutzgesetz» öffnete dem Denunziantentum Tür und Tor, es brachte vielen Juden ein Todesurteil wegen «Rassenschande». Die Entrechtung nach dem «Reichsbürgergesetz» wurde in 13 Verordnungen immer weiter geführt bis 1943, als die Massenmorde längst im Gange waren.

Tatsächlich waren diese Pseudogesetze, die platten Juden Hass in eine legalistische Form pressten, nur ein Ausschnitt aus der Palette der antisemitischen Erlasse. Eine Aufstellung zählt fast 2'000 Gesetze, Verordnungen, Bestimmungen usw. gegen die Juden im Reich. Sie waren die formale Handhabe für die Behörden und die Gerichte, jüdische Deutsche nach Gutdünken zu unterdrücken. Das reichte von kleinen Nadelstichen wie dem Ausschluss vom Jagdschein bis zu drakonischen antisemitischen Urteilen von Strafgerichten. Die meisten Beamten und Richter, die damit zu tun hatten,

machten sich die Bestimmungen zu eigen, handelten danach und lieferten oft auch noch gehässige Begründungen.

Nicht nur die Regierung und die Länder, sondern auch die Kommunen machten den Juden das Leben schwer. Obwohl letztere nicht überall nazifiziert waren, gehörte der Antisemitismus zum alltäglichen Verwaltungshandeln der Jahre ab 1933. Solchen vorauseilenden Gehorsam praktizierten auch die meisten Verbände und Organisationen, die von sich aus «Arierparagraphen» zum Ausschluss ihrer jüdischen Mitglieder formulierten. Grossunternehmen entliessen Juden aus ihren Vorständen und Aufsichtsräten, Vereine verhielten sich nicht anders. Auch in ihrem unmittelbaren Umfeld wurden Juden im Laufe der dreissiger Jahre mehr und mehr isoliert. In manchen Geschäften bediente man sie nicht mehr, Nachbarn und bisweilen auch Freunde wandten sich ab.

Woran lag dies? Hatte es doch noch kurz zuvor ganz anders in der deutschen Gesellschaft ausgesehen. Zweifelsohne passten sich Millionen Deutscher relativ schnell dem neuen, sich national gebenden Regime an, das eine Überwindung der Krise und eine Wiederherstellung der «nationalen Ehre» versprach. Die Staatspartei konnte in ihrer antisemitischen Propaganda und ihrer diskriminierenden Politik aber auch an viele Strukturen anknüpfen, die schon vorher bestanden hatten. Die antijüdischen Stereotypen waren verbreitet, gegen die angebliche Macht der Juden in der Wirtschaft, gegen die vermeintlich «verjudete» Presse und Kultur. Hier wurden kulturelle Modelle aufgeladen, die seit Jahrzehnten in der Öffentlichkeit existierten.

Zugleich hatte die Weltwirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit bei vielen ein Gefühl der Bedrohung und einen Verdrängungswettbewerb ausgelöst, der nun in eine bestimmte Richtung kanalisiert werden konnte. Viele der «neuen» Antisemiten nutzten die

Profilierung gegenüber Juden aus Karrieregründen; sie wollten ihre politische Neuorientierung klar dokumentieren. Mehr und mehr schien sich der Nationalsozialismus als «Erfolgsmodell» zu erweisen, das bei oberflächlichem Hinsehen die Arbeitslosigkeit beseitigte, eine «Volksgemeinschaft» verhies und Deutschland von den «Fesseln von Versailles» befreit habe. Freilich sah man durchaus auch die Schattenseiten: nächtliche Verhaftungen, Gewaltaktionen in den Strassen, Gerüchte über das Geschehen in den Konzentrationslagern.

Es war also eine Mischung aus staatlicher Politik und ihren gezielten Aktionen, aus sozialer Kontrolle und Anpassungsbereitschaft, die die Juden in Deutschland in eine derart schwierige Lage brachte. Und schliesslich muss ein bedeutender Faktor genannt werden: alle antinazistischen Kräfte, die es vorher gegeben hatte, waren unterdrückt oder ins «nationale Lager» übergelaufen; die Presse und der Rundfunk waren gleichgeschaltet. Wer sollte sich da noch für die ungeliebte Minderheit einsetzen?

Es ist ein Irrtum anzunehmen, offene Gewalt gegen deutsche Juden habe es nur 1933 und dann wieder während der «Reichskristallnacht» gegeben. Tatsächlich organisierten lokale NSDAP, SA und antisemitische Bürger immer wieder Ausschreitungen, wenn ein Anlass dafür geboten schien. So kam es in den Ostertagen 1934 zu einer regelrechten Hetzjagd auf Juden im fränkischen Gunzenhausen; bekannter sind die sogenannten «Kudamm-Krawalle» der SA im Jahre 1935. Lediglich während der Olympischen Spiele 1936 versuchte die Staatspartei, solche Vorfälle im Interesse des aussenpolitischen Erscheinungsbildes zu vermeiden.

Betrachtet man die Verfolgungsmassnahmen des Dritten Reiches im Ganzen, so richteten sie sich in dessen Anfangsphase am schärfsten gegen die politischen Opponenten, zunächst vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten, Liberale und christliche Demokraten.

Nach 1934 waren diese Personen entweder eingesperrt, geflüchtet oder mundtot gemacht. Nicht wenige hatte die SA in den ersten Monaten nach der «Machtergreifung» zu Tode geprügelt. Allerdings schrumpfte das KZ-System zunächst bis 1936/37. Mitte der dreissiger Jahre richtete sich das Bestreben der Staatsführung und ihrer «Experten» mehr und mehr auf die «Reinigung des Volkskörpers», d.h. eine biologische und rassistische Politik.

Die Juden waren nicht die einzig «rassisch» verfolgte Gruppe im Deutschland der dreissiger Jahre. Tatsächlich beschäftigte sich die Vielzahl der neuen «Rassenexperten» weniger mit der jüdischen Minderheit als mit den Sinti, aber auch vermeintlich «Asozialen» und «Erbkranken». Ob die «Rassenwissenschaften», die in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre ihre Blütezeit erlebten, überhaupt entscheidend für die Judenverfolgung waren, ist eher fraglich. Vor allem in einer Frage, bei der Debatte um die «jüdischen Mischlinge», hatten sie jedoch ein gewichtiges Wort mitzureden.

Gegen ihre anderen «Objekte» ergriff der Staatsapparat alsbald drastische Massnahmen, so die Sterilisierung angeblich «Erbkranker». Die Kommunen und die Erbgesundheitsgerichte, die solche brutalen Eingriffe in Gang setzten und entschieden, gingen dabei oftmals wahllos vor; schliesslich konnte jeden sozial Abweichenden die Sterilisierung treffen. Man schätzt, dass seit 1934 über 350'000 Opfer den Eingriff über sich ergehen lassen mussten. Für Sinti und Roma, die den Städten und Ländern im Reich schon immer ein Dorn im Auge waren, galten ähnlich diskriminierende Vorschriften wie für Juden. Zusätzlich richteten viele Städte «Zigeunerlager» ein, die mancherorts den KZ ähnelten.

Auch der Spielraum der jüdischen Minderheit engte sich zusehends ein. Oft ohne Anstellung, war man mehr denn je auf die Familie und die jüdische Gemeinde verwiesen. Es bildete sich in den dreissiger Jahren ein isoliertes jüdisches Bildungs- und Kulturleben

aus, das sich jedoch sehr stark an der klassischen deutschen Kultur orientierte, – im staatlich zugelassenen Kulturbund sammelten sich Künstler jüdischer Herkunft. Trotz der Verfolgung wollte die Mehrheit der deutschen Juden bis 1938 nicht ihre Heimat verlassen. Immer noch hoffte man, dass die Beschränkungen nun nicht mehr verschärft würden und man sich so ein dauerhaftes Leben als diskriminierte Minderheit einrichten könne. Niemand konnte sich vorstellen zu welcher Radikalisierung der nationalsozialistische Antisemitismus fähig war.

So sanken die Auswanderungszahlen nach der Welle von 1933/34 allmählich wieder ab. Um 1936/37 aber rückte die Emigration ins Zentrum der staatlichen Judenpolitik. In den Augen der Nationalsozialisten, aber auch vieler anderer Deutscher, reichte es nicht mehr, allein die Emanzipation der jüdischen Minderheit rückgängig zu machen, – sie sollten Deutschland ganz verlassen. Seit 1935 emigrierten jährlich 20'000-25'000 Juden; vor allem die Jüngeren verliessen Deutschland.

Einen erneuten Schub erhielt die Judenverfolgung durch die Annexion Österreichs im März 1938. Die österreichischen Nationalsozialisten, die bis dahin in der Illegalität operieren mussten, konnten sich nun gegen alle austoben, die sie als «Feinde» betrachteten. Besonders in Wien entwickelte sich in den Tagen nach dem «Anschluss» eine Pogromstimmung gegen die Juden Österreichs, mit Misshandlung, öffentlicher Demütigung und Beraubung; ältere Menschen wurden in den Selbstmord getrieben. In vielem wurden dadurch die Gewaltaktionen der «Reichskristallnacht» vorweggenommen.

Nun zeigten sich die Folgen der antisemitischen Tradition in Österreich, wie sie besonders in der Studentenschaft frühzeitig an Bedeutung gewonnen hatte. Der autoritäre «Ständestaat» seit 1934 hatte antidemokratische Strömungen eher gefestigt. In der Folge

sollte sich erweisen, dass sich Österreicher auch ohne die vorangegangenen fünf Jahre an staatlichem Antisemitismus nicht anders verhielten als die Deutschen.

In der «Ostmark», wie Österreich fortan bis 1945 hiess, wiederholten sich die Verfolgungsmassnahmen wie seit 1933 in Deutschland, nur geschah dies schneller und oftmals gewalttätiger. Zum Ausdruck kam dies in brachialen Abschiebungsversuchen an der Grenze zu Ungarn, vor allem aber in der Raubkampagne des Jahres 1938. NSDAP-Funktionäre, kleine Parteigenossen, nichtjüdische Geschäftsleute, viele suchten zu ergattern, was in der antisemitischen Stimmung von den Juden zu rauben war. Im Endeffekt war nicht nur der Schaden für die jüdische Minderheit gross, auch der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik war wenig geholfen.

In Österreich entwickelte sich ein neues System der Zwangsauswanderung, das nun erstmals von den jungen Fanatikern im Sicherheitsdienst der SS betrieben wurde. Adolf Eichmann richtete eine Dienststelle in Wien ein, die sowohl die Beraubung als auch die Vertreibung systematisch betrieb. Dort sammelten Eichmanns Männer die Erfahrungen, die sie im Krieg für die Deportation in den Tod anwenden sollten.

Das grösste Pogrom im Reich, die sogenannte «Reichskristallnacht» vom 9./10. November 1938, war keineswegs spontan entstanden. Vielmehr ergriff die NS-Führung die Gelegenheit, das Attentat eines Juden auf einen deutschen Botschaftsangehörigen in Paris als Anlass zu einer organisierten Gewaltorgie zu nutzen. Nahezu flächendeckend mobilisierte sie Gestapo, SA, Hitlerjugend und lokale NSDAP, um Synagogen und Geschäfte in jüdischer Hand zu zerstören und den Antisemitismus an den Juden selbst auszuleben. Die Polizei wurde angewiesen, nur zum Schutz von Nichtjuden einzuschreiten. Vor den Augen der Bevölkerung und unter Beifall vieler

«Volksgenossen» zerstörte man über 1'000 Synagogen und Bethäuser, misshandelte und demütigte man Juden auf offener Strasse. Etwa 100 jüdische Deutsche und Österreicher fielen Morden zum Opfer, Hunderte verübten Selbstmord aus Angst vor der Gewalt. Von den 27'000 zeitweise in Konzentrationslager eingewiesenen jüdischen Männern überlebten viele die Haft nicht.

Während das zentrale Ziel des Pogroms, die vollständige Auswanderung der Juden, nicht realisiert werden konnte, erreichte die Beraubung der Juden eine neue Dimension. Die Ausplünderung von Unternehmen in jüdischer Hand, euphemistisch «Arisierung» genannt, hatte es von Anfang an gegeben, verstärkt seit Jahresbeginn 1938. Zunächst wurden jüdische Eigentümer gezwungen, ihre Geschäfte weit unter Wert zu verkaufen. Ende 1938 dekretierte man die vollständige Schliessung solcher Betriebe, entweder zugunsten der Konkurrenz oder zum Ausschlachten.

Obwohl 40'000 Juden im Jahre 1938 aus dem Deutschen Reich auswanderten, war die Emigrationspolitik inzwischen an ihre Grenzen gestossen. Mehr und mehr Staaten weigerten sich nun, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen. Die Schweiz schloss im März 1939 ihre Grenzen für Einwanderer, – die schweizerische Fremdenpolizei forderte von deutschen Behörden eine Kenntlichmachung der Pässe von Juden, damit diese an der Grenze als Asylsuchende erkannt würden. Nachdem das Reichsinnenministerium die Pässe mit einem grossen «J» stempelte, konnten die Flüchtigen abgewiesen werden. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Evian am Genfer See im Juli 1938 geriet zum Offenbarungseid. Ausser Deklamationen und der Einrichtung eines Ausschusses zeitigte sie keine Ergebnisse. Vielmehr verschärften sich bis Ende 1939 die Restriktionen in der Einwanderungspolitik; Grossbritannien liess kaum mehr Immigration nach Palästina zu.

Überall in Europa war der Antisemitismus in den dreissiger Jahren im Ansteigen. Teils durch einheimische rechtsextreme und faschistische Bewegungen animiert, teils auf Druck Deutschlands, erliessen viele Regierungen restriktive Bestimmungen für Juden – so 1938 Ungarn, Rumänien und Italien. Allerorten blühten rassistische Verbände auf, die eine Ausweisung jüdischer Einwanderer oder gar die Vertreibung aller Juden verlangten. Der Antisemitismus machte sich in Boykottaufrufen Luft, in Osteuropa aber auch in gewalttätigen Ausschreitungen. Allein in Polen zählte man 1935/36 150 kleinere und grössere Pogrome, die zahlreiche Menschenleben kosteten. Nicht minder brutal ging die «Eiserne Garde» in Rumänien vor.

Die politische Rechtsdrift in den meisten Staaten Europas schwächte ganz eindeutig die Widerstandskraft der Gesellschaften später unter deutscher Besatzung. Zugleich etablierten sich rechtsradikale Bewegungen und antijüdische Tendenzen in der Politik, an die die nationalsozialistische Herrschaft dann anknüpfen konnte. Ganz eklatant ist dies in Rumänien und Kroatien sichtbar. Damit war bereits vor Kriegsbeginn eine Entsolidarisierung mit den jüdischen Minderheiten in Gang gekommen, die sich im weiteren Verlauf als fatal erwies. Man muss jedoch betonen, dass Deutschland unter Hitler eine grundsätzlich andere Entwicklung nahm: Hier verfolgte ein moderner Staat, die Zentralmacht Europas, zielgerichtet eine rassistische und imperiale Politik, die kaum mehr Beschränkungen unterlag und das Potential einer radikalen Steigerung in sich barg.

Schon im letzten Jahr vor dem Krieg war dies sichtbar geworden: Mit der «Reichskristallnacht» brach in Europa erstmals seit den zwanziger Jahren ein politisch inszenierter Gewaltexzess über die Juden herein, der sich über einen ganzen Staat erstreckte. Durch die Annexion der Sudetengebiete und den Einmarsch in Böhmen und

Mähren gerieten bis März 1939 auch Juden in ausländischen Territorien unter deutsche Herrschaft. Auch auf sie ging alsbald die Flut der antijüdischen Gesetzgebung nieder, – besonders in Böhmen wurde die «Arisierung» nun systematisch und nicht mehr «spontan» wie in Österreich vollzogen.

Je näher der von Hitler angesteuerte Krieg kam, desto radikaler wurden seine Drohungen. Um die Jahreswende 1938/39 äusserte er, die Juden «würden bei uns vernichtet». Und in seiner berühmten Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 drohte er offensichtlich vor allem den USA: «Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, so wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.» Hier wird Hitlers latente Vorstellung deutlich, die Juden in seiner Hand seien eine Geisel gegenüber Grossbritannien und den Vereinigten Staaten. Hitler war sich darüber im Klaren, dass mit dem Krieg, den er vom Zaun brach, das Programm der zwangsweisen Auswanderung an seine Grenzen stossen würde.

3. Unterdrückung und Isolierung in Europa bis Sommer 1941

Der 1. September 1939 markiert einen tiefen Einschnitt nicht nur in der Geschichte Europas, sondern auch im Verlauf der Judenverfolgung. Bereits zwei Tage nach dem Einmarsch in Polen wurden Juden erschossen. Nun folgte eine Orgie der Gewalt, die erst Anfang 1940 wieder abebben sollte. Die meisten Morde gingen auf das Konto von Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, die in erster Linie Weisung hatten, Angehörige der polnischen Elite zu ermorden oder zu internieren. Immer wieder aber erschossen die Gestapomänner auch Juden; die sogenannte Einsatzgruppe z.b.V. (zur besonderen Verwendung) massakrierte zu Hunderten polnische Juden in Südostpolen.

Doch die Hauptopfer der Morde bis Anfang 1940 stellten die nichtjüdischen Polen. Systematisch suchte die deutsche Polizei nach Angehörigen der polnischen «Intelligenz», nach Lehrern, Juristen und Pfarrern. Auch Aktivisten der deutsch-polnischen Grenzkämpfe bis 1921 standen auf den Todeslisten der Gestapo. Daneben inszenierte der «Volksdeutsche Selbstschutz», eine Miliz, die vor allem aus Polendeutschen bestand, blutige «Abrechnungen». Zu den ersten Opfern deutscher Herrschaft in Polen gehörten Behinderte und Geisteskranke. Mancher Besatzungsfunktionär drängte sogar auf Verbrechen an anderen «Unerwünschten» wie Prostituierten.

Juden sind in Polen keineswegs nur von der Sicherheitspolizei ermordet wurden. Auch Angehörige von SS-Truppen, Ordnungspoli-

zei und Wehrmacht sind für Ausschreitungen und Morde verantwortlich. Kollektive Geiselnahmen, extreme Repressalmassaker oder rassistisch motivierte Exzesstaten begleiteten jeden Tag des Feldzuges. Doch gab es 1939 noch Kräfte, die diesen Verbrechen entgegentraten. Zahlreiche Heeresgeneräle wandten sich offen gegen die «Verwilderung»; in vielen Fällen kam es zu Kriegsgerichtsverfahren wegen willkürlicher Tötungen. Doch Hitler verkündete unmittelbar nach dem Feldzug eine Amnestie für die Mörder. Bis Jahresende 1939 waren 7'000 polnische Juden Opfer solcher Verbrechen geworden. Zugleich gerieten etwa 61'000 polnische Soldaten jüdischer Herkunft in deutsche Kriegsgefangenschaft. Dort wurden sie zwar noch nicht ermordet, aber systematisch schlechter als die Nichtjuden behandelt.

In den Monaten September und Oktober 1939 erwies sich, welches Gewaltpotential gegen Juden bereits vorhanden war. Der Krieg mit dem allgegenwärtigen Töten wie auch die Konfrontation mit orthodoxen Ostjuden wirkten auf viele enthemmend. Schon beim geringsten Anlass nahm man Juden fest, misshandelte oder tötete sie. Manche öffentliche Demütigung gerade von jüdischen Männern mit Vollbart und Kaftan wurde für die Nachwelt fotografisch festgehalten.

Noch unter Militärverwaltung wurden Grundsteine der Judenpolitik in Polen gelegt. Kennzeichnung von Geschäften in jüdischem Besitz, Einrichtung von Arbeitskolonnen und mehr ordneten die ersten Befehle an. Damit knüpfte man an die Restriktionen gegen die Juden im Reich an. Doch die Auswirkungen gestalteten sich noch folgenreicher – im 1939 deutsch besetzten Polen lebten fast zwei Millionen Menschen jüdischer Herkunft. Die Mehrheit von ihnen war schwer von der Weltwirtschaftskrise getroffen worden und lebte bereits in äusserst kärglichen Umständen. Vor allem aber war es

nicht möglich, die jüdische Minderheit aus der Volkswirtschaft auszuschliessen, weil dies zum Zusammenbruch weiterer Bereiche von Handel und Handwerk geführt hätte.

Während das alltägliche Leben der polnischen Juden nun von Diskriminierung, Gewalt und Entbehrungen gekennzeichnet war, arbeiteten im Reich die Planungsbehörden an einer totalen Umstrukturierung des Landes. Schon seit etwa 1937 hatte es Planspiele gegeben, wie man Polen für deutsche Interessen umkrepeln könne. Diese Vorhaben zur «ethnischen Säuberung» waren in Europa nicht neu. Seit 1922 hatte es immer wieder Bestrebungen gegeben, homogene Nationalstaaten mittels Vertreibung von Minderheiten herzustellen. Doch unter dem Nationalsozialismus eskalierten diese Schemata zur massenhaften Gewalt gegen Hunderttausende. Mit dem September 1939 überschlugen sich die «Ostexperten» mit Denkschriften und Papieren. Die deutsche Ostgrenze sollte mindestens auf den Stand von 1914 verschoben werden, die dann annektierten Gebiete waren von Juden und «unerwünschten» polnischen Bevölkerungsteilen zu räumen.

Das im September 1939 eingerichtete Reichssicherheitshauptamt, eine Superbehörde aus Geheimpolizei und Geheimdienst, setzte in den letzten Monaten des Jahres auf dieser Grundlage Massendeporationen grössten Ausmasses ins Werk. Vor allem Polen, aber auch Juden wurden zu Tausenden unter winterlichen Bedingungen in Güterzüge gedrängt und ins südöstliche «Restpolen», das sogenannte Generalgouvernement, verfrachtet. Planer und Politiker hatten eine riesige Bevölkerungsrotation angekurbelt: Aus der sowjetischen «Interessenssphäre» des Hitler-Stalin-Pakts wurden die «Volksdeutschen» evakuiert, bevor der Bolschewismus Einzug hielt; dabei handelte es sich um alteingesessene deutsche Minderheiten im Baltikum und in Ostpolen.

Diese, als «rassisch besonders wertvoll» eingestufte Gruppe kam ins annektierte Westpolen, sollte die Bauernhöfe und Wohnungen von Polen und Juden übernehmen. Letztere wiederum sollten enteignet und vertrieben werden.

Für die Juden existierte ein gesondertes Projekt: das Reservat Lublin. Nicht nur aus Polen, sondern auch Juden, Sinti und Roma aus dem Reich sollten an die Demarkationslinie zur Sowjetunion gebracht werden und dort unter miserablen Lebensumständen dahingervegetieren. Tatsächlich schickten Eichmanns Männer einige Transporte aus Österreich und dem Protektorat in die Nähe des avisierten Gebietes, in das sogenannte Nisko-Reservat. Doch schon bald mussten diese Verschleppungen abgebrochen werden.

So monströs diese ganze utopische Planung war, trotz brutalster Deportation von 900'000 Menschen, vor allem Nichtjuden, scheiterte sie im Endeffekt; die «heimgeholten» Auslandsdeutschen blieben in Durchgangslagern. Denn die neue Regierung des Generalgouvernements setzte im März 1940 durch, dass vorläufig keine Züge mit Vertriebenen mehr in ihr Gebiet kamen. Man wollte dort eine eigene stabile Kolonialverwaltung aufbauen und sah sich mit der Versorgung der Ankommenden völlig überlastet. Obwohl auch später noch Tausende von Polen das Schicksal der Vertreibung durchmachen mussten, kamen kaum mehr Juden ins Generalgouvernement. Lediglich aus dem Reichsgau Danzig-Westpreussen hatte man die gesamte jüdische Minderheit vertrieben, im Warthegau und in Ostoberschlesien nur einen Teil; in letzteren Gebieten waren die verbleibenden Juden jedoch gezwungen, aus den westlichen Landkreisen in die östlichen Städte umzuziehen.

Somit war ein Stillstand erreicht; die utopischen Pläne mussten im Frühjahr 1940 auf Eis gelegt werden. Doch weiterhin galt es, die Juden unter Besatzung zu entrechten, zu enteignen und zu isolieren.

Erstmals im 20. Jahrhundert mussten Juden seit 1939 in den meisten Gebieten Polens ein Kennzeichen zu ihrer Identifizierung und Diskriminierung tragen, den sogenannten Judenstern; sukzessive führte man diese Kennzeichnung in den anderen Ländern bis 1942 ein. Flächendeckend galt in Polen auch der Arbeitszwang für alle erwachsenen Juden. Teils vermittelten die Arbeitsämter sie als Billiglohnkräfte, teils gerieten jüdische Männer in die zahlreichen Zwangsarbeitslager, die man 1940 eingerichtet hatte.

Da die Abschiebung aller Juden ein zentrales Ziel der NS-Politik war, sollte die Minderheit ursprünglich zwar konzentriert, aber nicht fest ghettoisiert werden. Erst mit dem Scheitern der Deportationspläne machten sich einige Besatzungsverwaltungen daran, «jüdische Wohnbezirke» einzurichten. Im Jahre 1940 waren davon vor allem die zwei grössten jüdischen Gemeinden betroffen: Łódź und Warschau. Mehr als ein Drittel der städtischen Bevölkerung war in den Strassen unterwegs, da die nichtjüdischen Polen, die im zukünftigen Ghettogebiet lebten, ihre Wohnungen ebenso verlassen mussten. Ende April 1940 wurde das Ghetto in Łódź abgeriegelt, Mitte November in Warschau. Darüber hinaus zwang man auch in den kleineren Städten des Warthelandes die Juden in Ghettos. Im Übrigen Generalgouvernement wies man den jeweiligen jüdischen Gemeinden meist besonders schlecht strukturierte Stadtviertel zu. Komplette «Umsiedlungen» wie auch geschlossene Ghettos waren dort jedoch noch selten. Erst im Frühjahr 1941 entstanden Ghettos in den Distrikthauptstädten Krakau, Lublin und Radom. An vielen Orten gab es ein geschlossenes Ghetto erst im Herbst 1942 oder gar im Frühjahr 1943, dann ausschliesslich zur Vorbereitung für den Transport in den Tod.

Die deutschen Stadtverwaltungen in Polen verfolgten mit der Bildung von Ghettos mehrere Ziele: zunächst die Isolierung einer verhassten Minderheit, die automatisch mit ihrer Ausraubung verbun-

den war. Gleichzeitig erwartete man aber, dass sich die Zwangsarbeit im Ghetto zu einem rentablen Geschäft für die Besatzer entwickeln würde, die so wiederum die minimale Versorgung der Juden garantierte, – quasi ein System der Selbstfinanzierung. Die radikaleren unter den Beamten interessierte eines am allermeisten: möglichst vielen Juden den Tod zu bringen. Überall verschlechterten sich seit 1940 die Lebensbedingungen drastisch, – im darauffolgenden Jahr grassierte bereits ein Massensterben unter der eingeschlossenen Bevölkerung. Die von der Verwaltung geschaffenen Zonen gerieten zu «Todeskisten». Überfüllung, gezielt schlechte Ernährung und Mangel an medizinischer Versorgung führten konsequent in den Tod. Besonders in Warschau war der Völkermord alsbald schleichend im Gange. Schon zu Beginn des Krieges war die NS-Führung davon überzeugt, dass die unter ihrer Herrschaft lebenden Juden die letzte Generation sein würde, die es noch geben sollte.

Mit den West- und Skandinavienfeldzügen kamen auch die Juden in Belgien, in den Niederlanden, in Dänemark und in Norwegen unter deutsche Herrschaft. Frankreich wurde nur zum Teil besetzt; jedoch gewährte das Marionetten-Regime von Vichy auch den Zugriff auf die jüdischen Gemeinden im unbesetzten Süden. Allmählich machten die jüdischen Minderheiten den Prozess der Entrechtung und Enteignung durch, dem die Juden im Reich bereits unterworfen waren. Frankreich hatte zu dieser Zeit die grösste jüdische Minderheit in Westeuropa: etwa 350'000 Menschen, von denen nur die Hälfte auch die französische Staatsbürgerschaft besass und unter denen sich viele Flüchtlinge aus Deutschland und den anderen westeuropäischen Ländern befanden. Besonders schwer traf es die Juden in Elsass-Lothringen. Das Gebiet wurde direkt dem Reich angegliedert, seine jüdische Minderheit im Juli 1940 ins unbesetzte Frank-

reich abgeschoben. Im September/Oktober 1940 begann die Militärverwaltung mit dem Erlass antijüdischer Verordnungen, die sich 1941 vor allem auf die «Arisierung», sprich: den Raub jüdischen Eigentums, konzentrierte. Bei der Durchführung ihrer Politik war die Militärverwaltung weitgehend auf französische Stellen angewiesen.

Die Regierung in Vichy, in deren Territorium schliesslich fast die Hälfte aller Juden lebte, knüpfte an judenfeindliche Strömungen der Jahre seit 1938 an; sie folgte der Militärverwaltung bald mit eigenen antijüdischen Gesetzen und richtete ein Generalkommissariat für jüdische Fragen ein. Zwar verhandelte das Regime intensiv mit jüdischen Stellen, gegen die ausländischen Juden ging es jedoch mit Härte vor: Für sie wurde ein Netz von Internierungslagern eingerichtet, unter anderem in Gurs, Rivesaltes und Les Milles. 1942 waren so 20'000 Juden unter kärglichen Lebensumständen eingesperrt.

Doch sogar über Europa hinaus reichten die Arme des Verfolgungsapparates. Marokko, Tunesien und Algerien waren Kolonien Vichy-Frankreichs und übernahmen 1941 dessen antijüdische Gesetze. Allerdings musste sich Vichy in Tunesien den italienischen Wirtschaftsinteressen beugen, die die Folgen erheblich abmilderten. Nach der alliierten Landung in Tunesien und Algerien verschärfte sich die Judenverfolgung; jüdische Männer wurden in Arbeitskompanien gepresst oder in Lagern interniert. Eine Deportation jedoch blieb den meisten nordafrikanischen Juden erspart; allerdings gelangten einige hundert Juden mit britischer Staatsangehörigkeit aus der italienischen Kolonie Libyen bis nach Bergen-Belsen.

In Westeuropa ging die deutsche Besatzungsverwaltung der Niederlande am härtesten vor. Niederländische Juden wurden Registrierungen unterworfen und aus dem Staatsdienst entlassen. Als im Fe-

bruar 1941 deutsche und einheimische Nazis ein Pogrom in Amsterdam veranstalteten, musste die jüdische Gemeinde in ein abge-
zäuntes Ghetto. Nach einer Verhaftungsaktion entfaltete sich eine
Welle nationaler Solidarität. Es kam zu zahlreichen Protestkundge-
bungen, die die deutsche Polizei aber mit Gewalt brach. Die erste
Deportation niederländischer Juden in die KZ Buchenwald und
Mauthausen überlebte nur eine einzige Person. Von da an gab es
kein offenes Signal kollektiven Mitgefühls mit der Minderheit mehr.

Auch für die Juden im Reich brachte der Krieg einschneidende
Veränderungen. Nun war die Auswanderung schwieriger denn je;
immerhin gelang noch 23'000 Personen nach Kriegsbeginn die
Emigration. Die Restriktionen im täglichen Leben verschärfen sich
sukzessive: Viele mussten seit 1939 ihre Wohnungen verlassen und
in sogenannte «Judenhäuser» umziehen, faktisch kleine Ghettos; in
Wien drängte man die 105'000 Juden allmählich in bestimmte
Stadtviertel. Immer mehr Juden, zuerst die Fürsorgeabhängigen,
dann fast alle Männer, wurden nun zu Zwangsarbeiten verpflichtet,
entweder in Kolonnen oder in Arbeitslagern. Bis zum Herbst 1941
entstanden so im «Altreich» an die 40 Wohn- und Arbeitslager. Ein-
zelne Kommunen ordneten bereits Anfang 1941 von sich aus die
Kennzeichnung jüdischer Zwangsarbeiter durch einen Davidstern
an, so in Breslau und Berlin. Noch schlechter ging es den Juden mit
polnischer Staatsbürgerschaft, die im Reich lebten. Viele von ihnen
landeten in Konzentrationslagern. Regional versuchten die Gaulei-
ter, auf eigene Faust Juden in die neu besetzten Gebiete abzuschie-
ben. Im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren wurden wie-
der Eichmanns Leute aktiv, – die kleineren jüdischen Gemeinden
löste man auf, die Juden mussten in andere Städte umziehen.

Auf den ersten Blick schien es so, als ob sich die Verfolgung der
Juden zwar vom Reich auf halb Europa ausgedehnt hatte, damit nun

aber eine «Normalität» unter nationalsozialistischer Herrschaft eingekehrt wäre. Entrechtung, Enteignung, Zwangsarbeit und Isolierung, dies war der Alltag der meisten europäischen Juden, ob sie nun direkt unter deutscher Herrschaft oder bei Vasallen des Reiches lebten. Doch im Krieg hatte die NS-Führung eine Dynamik angeschoben, die noch lange nicht an ihrem Endpunkt angelangt war. Die grossen Bevölkerungsumschiebungen im Osten sorgten für neue Planungen in den deutschen Verwaltungen. Und die Verarmung der Minderheit hatte absehbare Folgen: Die Juden würden, von Land zu Land unterschiedlich, zusehends von deutscher Versorgung abhängig. Die Konsequenzen waren besonders in Polen katastrophal: Zu Tausenden starben die Insassen der Ghettos. So erhofften sich die Führung in Berlin wie auch die verantwortlichen Beamten vor Ort einen baldigen Befreiungsschlag. Der Krieg gegen die Sowjetunion sollte einen solchen bringen. Wie der aber aussehen würde, davon hatten die Jahre 1939/40 bereits eine Kostprobe gegeben: Massenerschiessungen an der polnischen Führungsschicht, Morde an Behinderten und unheilbar Kranken mit Giftgas, Konzentrationslager usw.

4. Vernichtungskrieg in der Sowjetunion 1941

Dass ein Feldzug gegen die Sowjetunion sich grundlegend von allen anderen militärischen Operationen unterscheiden würde, war sowohl in der NS-Spitze wie auch in der Wehrmachtführung seit März 1941 klar. Hier ging es nicht allein um eine strategische Unternehmung, sondern um den Kampf gegen den ideologischen Todfeind, den Bolschewismus. Die gesamte slawische Bevölkerung sah man als tendenziell «minderwertig» an, die bolschewistische Führungselite galt zu grossen Teilen als jüdisch. So war eine radikalisierte Version des Polenfeldzuges von 1939 im Osten zu erwarten. Dies galt in zweierlei Hinsicht: Zum einen wurden wieder gigantische Planungsschemata entworfen, die nun jedoch weniger auf eine deutsche Besiedlung zielten, sondern vielmehr auf eine totale Ausbeutung des besetzten Landes. Angesichts der knappen Ressourcen im Reich sollte die Wehrmacht vollständig aus dem Lande ernährt werden. Bei der Schwäche der kollektivierten Landwirtschaft und der zu erwartenden Kriegszerstörung hiess das aber, dass die deutsche Armee auf Kosten der einheimischen Bevölkerung leben müsste. Gigantische Kalkulationen sahen vor, Nordrussland und die Grossstädte von den Getreidelieferungen aus dem Süden abzuriegeln; «zig Millionen» Menschen würden verhungern oder abwandern. Besonders der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Herbert Backe, selbst glühender Antisemit, trat mit solchen Planungen hervor.

Die jüdische Bevölkerung der Sowjetunion sollte davon indirekt betroffen sein: Da die Mehrheit der Juden in Städten lebte, war ihnen mindestens ein langsamer Hungertod zgedacht. Gleichzeitig existierten vage Überlegungen für ein «Reservat» in den sowjetischen Gebieten, genauer in den Pripjet-Sümpfen im Süden Weissrusslands. Dorthin sollte ein Teil der europäischen Juden deportiert werden und unter schlechtesten Lebensbedingungen bei Zwangsarbeit in absehbarer Zeit zugrunde gehen.

Während gerade letztere Vorstellung eher schemenhaft blieb, ordnete Hitler im März 1941 ganz konkrete Morde an: Die «jüdische Intelligenz» sei sofort zu erschiessen. Mit diesem Begriff meinte er wohl weniger Schriftsteller und Wissenschaftler, sondern die Personen, die man als «soziale Basis» der bolschewistischen Herrschaft ansah. In erster Linie waren darunter Juden in der Kommunistische Partei und im Staatsapparat zu verstehen, aber auch Lehrer. Im Grunde wollte man die komplette Elite der Sowjetunion zerschlagen, über deren Zusammensetzung allerdings unklare und ideologisierte Vorstellungen herrschten.

Zu diesem Zweck stellte man Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD auf, die alle «Reichsfeinde» zu bekämpfen hatten, – ihnen zur Seite gestellt wurden Bataillone der Ordnungspolizei. Da diese Einheiten unter Militärverwaltung agieren sollten, musste ihr Einsatz zumindest bezüglich der Unterstellung mit der Wehrmacht abgesprochen werden. Doch der Wehrmachtführung war auch bewusst, dass Massenerschiessungen in grossem Stil bevorstanden. Der Truppe selbst fiel die Aufgabe zu, Politoffiziere der Roten Armee sofort zu ermorden.

Es ist umstritten, ob die Führer der Einsatzgruppen vor Feldzugsbeginn den Befehl erhielten, alle Juden in der Sowjetunion zu ermorden. Vieles deutet darauf hin, dass zwar konkrete Befehle be-

züglich der «jüdischen Intelligenz» gegeben wurden, der Handlungsspielraum aber im Übrigen weit offenblieb. Möglicherweise hatten die Kommandos den Auftrag, alle jüdischen Männer im wehrfähigen Alter zu erschiessen. Denn frühzeitig war geplant, die kriegsgefangenen Juden im Ostfeldzug sämtlich zu ermorden.

Der Kommissarbefehl hatte nur indirekt antijüdischen Charakter, – vermutete man doch in der Wehrmacht-Führung, dass ein erheblicher Teil der Politoffiziere der Roten Armee jüdischer Herkunft waren. Verglichen mit den anderen Mordaktionen in der besetzten Sowjetunion brachte er jedoch weniger Menschen den Tod. Wohl einige tausend Kommissare bzw. Kriegsgefangene, die man dafür hielt, wurden direkt nach der Gefangennahme von Heereseinheiten erschossen.

Erheblich umfangreicher gestalteten sich die Erschiessungen von gewöhnlichen Kriegsgefangenen. Mit der Wehrmachtführung war vereinbart worden, dass die Sicherheitspolizei alle «unerwünschten» Rotarmisten ausgeliefert bekommt. Und darunter zählten Juden ohne Ausnahme. Jüdische Kriegsgefangene wurden in den Lagern sofort aussortiert und durchweg schlechter behandelt. Sofern sie nicht dem Hungertod im Winter 1941/42 zum Opfer fielen, starben sie vor den Erschiessungspeletons von Polizei oder Heer. Man schätzt, dass etwa 80'000 jüdische Rotarmisten in deutsche Hand gerieten und so gut wie keiner von ihnen überlebte. Insofern war ihr Schicksal noch schlimmer als das der Kommissare. Letztere konnten ihre Funktion in den Kriegsgefangenenlagern oftmals verbergen, und der Kommissarbefehl wurde im Mai 1942 «versuchsweise» aufgehoben.

Die kriegsgefangenen Juden machten jedoch nur einen Teil der Mordopfer im Osten aus. Die gesamte jüdische Bevölkerung der sowjetischen Gebiete war nun direkt vom Tode bedroht. Denn sie lebte zur Mehrheit im Westen der Sowjetunion, in den Gebieten, die

vorher zu Polen oder zu den baltischen Staaten gehört hatten. Da die Wehrmacht diese Territorien binnen Tagen überrannte, blieb nur weiter östlich die Möglichkeit zur Flucht. Der Sowjetstaat, bis zum Juni 1941 mit Deutschland verbündet, hatte seine jüdischen Bürger nicht über die Gefahr unterrichtet, die vom Nationalsozialismus für sie ausging. Auch bei den umfangreichen Evakuierungen, die im Juli 1941 einsetzten, wurden Juden nicht systematisch mitgenommen. Vielmehr konnten sich vor allem Fachkräfte bzw. Staatsbedienstete mit ihren Familien retten. Ältere und alleinstehende Menschen blieben meist zurück; viele aber auch aus schierer Unterschätzung der drohenden Gefahr. Man geht davon aus, dass fast einem Drittel der Juden die Flucht nach Osten gelungen ist. Von den ursprünglich mehr als 3,1 Millionen Juden aus den Gebieten, die von der Wehrmacht besetzt wurden, gerieten wohl über 2,4 Millionen in deutsche Hand.

Bereits in den letzten Junitagen 1941 brach ein Alptraum über sie herein. Die Einsatzgruppen hatten die Anweisung bekommen, unter der Einwohnerschaft antijüdische Pogrome «geräuschlos auszulösen». Tatsächlich kam es, teils noch vor deutschem Eintreffen, zu brutalsten Ausschreitungen in Lettland, Litauen und der Westukraine. Im Falle Litauens hatte es bereits vor dem 22. Juni Absprachen mit rechtsgerichteten Untergrundbewegungen gegeben, Gewaltaktionen auszulösen. Aber auch in den anderen Gebieten war der antikomunistische Untergrund entscheidend für die Auslösung der «spontanen» antijüdischen Gewalt. Dass sie einen derart massenhaften Charakter annahm, war darauf zurückzuführen, dass die sowjetische Geheimpolizei vor dem Abzug aus den Westgebieten an vielen Orten ihre politischen Gefangenen niedergemetzelt hatte. Sowohl die deutschen Stellen als auch die Untergrundorganisationen und weite Teil der Bevölkerung machten die jüdische Minderheit verantwortlich für diese Verbrechen.

Doch gleichzeitig übernahmen deutsche Polizisten des Mordhandwerk. Die erste Massenerschiessung von Juden datiert auf den 24. Juni 1941, sie fand in dem litauischen Grenzzort Garsden statt. Nahezu gleichzeitig begannen die Einsatzgruppen und die Polizeibataillone unter den Höheren SS- und Polizeiführern mit ihren Verbrechen. Schon am 27. Juni trieben die Männer des Polizeibataillons 309 in Bialystok Juden in eine Synagoge, zündeten diese an und schossen auf alle, die zu fliehen versuchten, – am 7. Juli metzelten Angehörige des Polizeibataillons 307, eine Einheit aus Lübeck, über 4'000 jüdische Männer aus Brest-Litowsk nieder. In Pinsk massakrierte die SS-Kavalleriebrigade, ein Verband der Waffen-SS, 7'000 Männer jüdischer Herkunft vom 5. bis 8. August. In der weissrussischen Hauptstadt Minsk hatte die Wehrmacht ein riesiges Internierungslager für Kriegs- und Zivilgefangene eingerichtet, darunter die meisten jüdischen Männer der Stadt. Sie wurden von Geheimer Feldpolizei herausgesucht und von Einheiten der Einsatzgruppe B erschossen.

Die Morde der ersten Feldzugswochen unterschieden sich noch etwas vom späteren Vorgehen: Zunächst suchte man fast ausschliesslich jüdische Männer im wehrfähigen Alter aus; ein konkreter Befehl in Weissrussland lautete, Männer im Alter von 17 bis 45 zu ermorden. Sie waren in der ideologisierten und pervertierten Sicht deutscher Funktionäre die Personengruppe, die potentiell am gefährlichsten sei. Lediglich Ärzte und Facharbeiter wurde davon ausgenommen. Meist versammelte man die Delinquenten unter einem bestimmten Vorwand oder liess sie von einheimischer Miliz zusammentreiben. Dann fuhr man sie in einen Wald in der Nähe und erschoss sie mit Exekutionspeietons. In der Berichterstattung wurden die Morde durchweg als Vergeltungsaktionen präsentiert, für die NKWD-Morde, für Angriffe von Heckenschützen, aber auch für

das Durchschneiden von Telefonkabeln der Wehrmacht. In Wirklichkeit waren Juden dafür nur in geringem Ausmass haftbar zu machen; hier handelte es sich um rassistische Massenmorde, für die man geringste Vorfälle zum Anlass nahm.

Im August veränderte sich der Verlauf der Massenverbrechen: Nun wurden von den meisten Einheiten explizit Frauen und Kinder mit einbezogen; allein das Einsatzkommando 2 hatte in Lettland schon seit Mitte Juli jüdische Frauen und Kinder in grosser Zahl ermordet. Einerseits drängten die Chefs von SS und Polizei auf eine Verschärfung des Vorgehens. Andererseits standen die neu eingerichteten lokalen Besatzungsverwaltungen vor Problemen, die sie auf Kosten der Juden lösen wollten. Im ukrainischen Kamenez-Podolsk sah sich die Feldkommandantur damit konfrontiert, dass die verbündeten Ungarn Juden aus ihrem nahegelegenen Territorium in die Stadt vertrieben. Die Militärs baten um weitere Abschiebung der Juden. Der Höhere SS- und Polizeiführer in der Ukraine, Friedrich Jeckeln, kam am 26. August in die Stadt und liess durch das Polizeibataillon 320 in drei Tagen 23'600 Juden erschiessen, inklusive zahlreicher Einheimischer. Nun sprach man immer weniger von Repressalaktionen, sondern von der Vernichtung «unnützer Esser» oder einfach vom Ziel, die jüdischen Gemeinden auszulöschen.

Die etwa 220'000 Juden Litauens stellten nicht nur die ersten Opfer der Massenmorde im «Unternehmen Barbarossa»; in Litauen begann zuerst die totale Vernichtung der jüdischen Gemeinden. Die Sicherheitspolizei versuchte hier von Anfang an, alle wehrfähigen jüdischen Männer umzubringen. Tatsächlich führte dies jedoch zu einem Konflikt mit der neuen zivilen Besatzungsverwaltung, die noch Arbeitskräfte reklamierte. Stattdessen entschied die Zivilverwaltung, weniger die «arbeitsfähigen», sondern alle übrigen Juden umbringen zu lassen, um grössere Nahrungskontingente an die

Wehrmacht abliefern zu können; Männer und Frauen waren bereits getrennt worden. Die Juden auf dem Land wurden zuerst systematisch ausgerottet. Dabei spielte die litauische Hilfspolizei eine zentrale Bedeutung. Die schlimmste Mordeinheit, das sogenannte Rollkommando Hamann mit nur 8-10 Deutschen, bestand zum grossen Teil aus rechtsextremen Litauern. Ab dem 18. August wurde Gemeinde um Gemeinde massakriert, bis Anfang November lebte in den Kleinstädten kaum mehr ein Jude. Das übergeordnete Einsatzkommando 3 meldete anschliessend, es habe 137'346 Menschen ermordet. Lediglich in Wilna, Kaunas und Schaulen (Siauliau) wurden Ghettos gebildet und noch arbeitsfähige Juden am Leben gelassen. Aber auch diese Ghettos wurden von laufenden Mordaktionen heimgesucht, ausgeführt in der Erschiessungsstätte Ponar bei Wilna und im sogenannten Fort IX bei Kaunas. Als im Dezember 1941 nur mehr Arbeitskräfte und deren Familien am Leben waren, hörten die Massaker auf. Doch der alltägliche Überlebenskampf ging weiter.

Auch in Lettland wütete die Einsatzgruppe A, unterstützt von lettischen Einheiten, in erster Linie vom sogenannten Arajs-Kommando. Hier bildete man nur wenige Ghettos, vor allem in Dünaburg und Riga, und brachte die Juden auf dem Lande bis Oktober 1941 fast sämtlich um. Doch schon am 30. November und 8. Dezember wurde auch die Mehrzahl der Rigaer Juden im Rumbula-Wald ermordet: 26'000 Menschen. Sie mussten Platz machen für Juden, die aus dem Reich in die Stadt deportiert wurden. Ganz im Norden, in Estland, ermordete das Sonderkommando la alle noch verbliebenen Juden, insgesamt 921 Personen.

In Weissrussland lebten 1941 mehr Juden als im ganzen Baltikum. Die Einsatzgruppe B, das Polizeiregiment Mitte und die SS-Kavalleriebrigade zeichneten hier in erster Linie für die Verbrechen verantwortlich. Dabei hatten die Morde vergleichsweise lange vor

allem jüdische Männer zum Ziel, die allerdings in Massen umgebracht wurden. Ähnlich wie im übrigen Ostpolen richtete sich dann ab Oktober 1941 der Vernichtungsfeldzug massiv gegen Frauen und Kinder. Insbesondere in der Osthälfte Weissrusslands, die unter Militärverwaltung verblieb, spielten sich schon 1941 schrecklichste Massaker ab. Dort wurden die meisten jüdischen Gemeinden bis Jahresende ausgelöscht, zuerst in grösseren Städten wie Witebsk, Bobruisk und Borissow, dann in den Kleinstädten und zuletzt in den Sumpfgeländen im Süden. Ausgerechnet im Gebiet unter Zivilverwaltung, im sogenannten Generalkommissariat Weissruthenien, übernahm die Wehrmacht einen erheblichen Teil der Vernichtungsaktionen. Die 707. Infanteriedivision ermordete zusammen mit einem ihr unterstellten Polizeibataillon die Juden in den ländlichen Kleinstädten. In den grösseren Städten im Westen hingegen überlebte die Mehrzahl der Juden diese Welle der Vernichtung.

Die meisten Juden gerieten im Sommer 1941 in der Ukraine unter deutsche Besatzung, in den damaligen Grenzen waren es fast 1,5 Millionen Menschen. Hier unterschied sich das Vorgehen beim Massenmord etwas von den anderen sowjetischen Territorien. Bis Ende Juli erschossen die Einsatzgruppen C und D sowie das Polizeiregiment Süd fast ausschliesslich jüdische Männer, danach auch Frauen und Kinder. Vor allem der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln mit seinem Polizeiregiment trieb die Morde erbarmungslos voran, so besonders beim Massaker in Kamenez Podolsk. Mitte September begann dann die restlose Vernichtung ganzer jüdischer Gemeinden, in Shitomir, in Berditschew und in Winniza. Das berühmte Massaker von Babi Jar war nur eines in dieser Reihe, wenn auch das fürchterlichste. Als Vorwand dazu nutzte man die Sprengung der Kiewer Innenstadt durch sowjetische Minen, bei der auch deutsche

Soldaten umgekommen waren. Das Sonderkommando 4 a und zwei Polizeibataillone erschossen am 27. und 28. September 1941 nach eigenen Angaben 33'771 Juden, in der Mehrzahl Frauen und Kinder. Doch auch danach zogen die Polizeieinheiten ihre Blutspur durch ukrainische Städte. Zuletzt ermordeten sie im Januar 1942 die Juden, denen die Flucht aus der ostukrainischen Grossstadt Charkow nicht gelungen war, – vor der Erschiessung waren sie drei Wochen lang bei extremer Kälte in mehrere Baracken gepfercht worden. Bis August 1942 waren alle Juden der Ostukraine tot.

In der Westukraine, die nun unter Zivilverwaltung stand, wurde der Vernichtungsfeldzug zunächst nur teilweise weitergeführt. Reichskommissar Erich Koch wünschte vor allem, dass die jüdische Gemeinde an seinem Dienstsitz in Rowno «reduziert» würde. 15'000 Menschen starben dort am 6./7. November 1941, weitere in der Umgebung. Die Verwaltung des Reichskommissariats Ukraine wollte jedoch einen Teil der jüdischen Minderheit als Arbeiter behalten. So war das Leben für die meisten ukrainischen Juden noch fast um ein Jahr lang verlängert.

Wenig ist bekannt über das Schicksal der Juden ganz im Osten der besetzten sowjetischen Gebiete, in der Russischen Föderation. Der Mehrzahl der dort ansässigen Juden war die Flucht gelungen, so dass deutsche Einheiten in den Ortschaften meist nur noch auf jeweils einige hundert ältere Personen trafen oder einige tausend wie in Smolensk. Zur Russischen Föderation gehörte damals aber auch noch die Krim mit ihren jüdischen Ansiedlungen. Dorthin hatte es eine Reihe von Flüchtlingen aus dem Raum Odessa verschlagen, die nun von den Verfolgern eingeholt wurden. Vom 13. bis 15. Dezember 1941 ermordete die Einsatzgruppe D die 12'000 Juden in der Hauptstadt der Krim, Simferopol. Auf der Krim lebten mehrere judaisierende Minderheiten, deren «rassische Einschätzung» den

Mördern nicht klar war. Nach Rückfragen in Berlin entschied man, die sogenannten Karaimen in Frieden zu lassen, die Krimtschaken jedoch zu ermorden. Bis in den März 1942 töteten die Sicherheitspolizisten, oft mit Hilfe von Wehrmachtstellen, fast alle Juden auf der Halbinsel, ebenso die dortigen Roma.

Doch nicht nur deutsche Stellen trachteten nach dem Leben der in sowjetischen Gebieten lebenden Juden, sondern auch rumänische Einheiten. Rumänien beteiligte sich am Feldzug gegen die Sowjetunion unter anderem deshalb, um Bessarabien und die Nordbukowina zurückzuerhalten; Gebiete, die es im Sommer 1940 an die Sowjetunion hatte abtreten müssen. Ähnlich wie die Nationalsozialisten 1939/40 in den «eingegliederten Gebieten» Westpolens, so unternahm auch die rumänische Regierung sofort die «ethnische Säuberung» dieser Territorien.

Hitler persönlich kündigte vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion dem rumänischen Staatschef Ion Antonescu an, dass er mit äusserster Härte gegen die Ostjuden vorgehen würde. Diese Gelegenheit nahm der zutiefst antisemitische Antonescu wahr, um selbst brutalste Aktionen anzuordnen. Zunächst begann das Morden innerhalb der alten rumänischen Staatsgrenzen: In Jassy im Nordosten des Landes, das als Hochburg der faschistischen «Eisernen Garde» galt, organisierten rumänische Polizei und Armee zusammen mit dort stationierten Wehrmachtseinheiten ein Massaker, das als «Pogrom von Jassy» in die Geschichte einging. Ab 28. Juni 1941 wurden Tausende Juden der Stadt in den Strassen oder in ihren Häusern erschlagen, weitere festgenommen. Über 4'000 Männer wurden bei brütender Hitze in Güterwaggons gepfercht und aus der Stadt gefahren, – mehr als 2650 erstickten oder verdursteten darin. Nach rumänischen Angaben starben mindestens 8'000 Menschen bei diesem grössten Massaker an Juden bis zu diesem Zeitpunkt.

Besonders im Visier hatte Antonescu jedoch die jüdischen Einwohner jener Gebiete, die er durch die Teilnahme am Feldzug zurückerhielt. Mit seinem Erlass «Säuberung des Bodens» ordnete er die vollständige Verdrängung der Juden in Bessarabien und der Nordbukowina an. Sie sollten entweder in Lager und Ghettos gesteckt oder aber unmittelbar ermordet werden. Rumänische Gendarmerie, Armee und eine Sondereinheit erschossen die Juden in den dörflichen Gegenden. Auch die deutsche Einsatzgruppe D hatte ihren Anteil, sie ermordete die «jüdische Intelligenz» in den Städten. Schätzungsweise 100'000 Juden fielen den Massakern in oder nahe ihrer Heimatorte zum Opfer. Die Überlebenden wurden über den Dnjestr auf die deutsch besetzte Seite getrieben. Die rumänische Gendarmerie begann im September mit der Verschleppung Hunderttausender Menschen Richtung Nordosten. Bis September 1942 wurden die meisten Juden aus Bessarabien, der Bukowina und dem Distrikt Dorohoi in den Raum um Odessa getrieben, – ihr Los teilten etwa 25'000 Roma. Viele Menschen ermordete man noch während der erschöpfenden Märsche.

Am 30. August 1941 erhielt Rumänien ein eigenes Besatzungsgebiet auf sowjetischem Territorium, den Raum um Odessa zwischen den Flüssen Dnjestr und Südlichem Bug, Transnistrien genannt. Nun waren die verschleppten Juden wieder unter rumänischer Hoheit. Entgegen deutsch-rumänischen Absprachen versuchten die Behörden nun, die Vertriebenen noch weiter nach Norden zu schicken. Nach einer diplomatischen Intervention mussten diese Vertreibungen gestoppt, der grösste Teil der Betroffenen zurückgenommen werden. In Transnistrien fristeten so 350'000 Juden unter katastrophalen Umständen in Ghettos und Lagern ihr Leben.

Das grösste Verbrechen der rumänischen Behörden spielte sich in Odessa ab. Dort befand sich das Hauptquartier einer rumänischen Armee. Nach einem Sprengstoffattentat des sowjetischen Geheim-

dienstes, bei dem der Armeestab ums Leben kam, ordnete Antonescu persönlich ein Massaker grössten Ausmasses an: Für jeden getöteten rumänischen Soldaten sollten 200 Juden erschossen werden, für jeden verletzten 100. Diesen Befehl konnte man sogar in der Zeitung nachlesen. Tags darauf fügte Antonescu hinzu, dass auch alle jüdischen Flüchtlinge aus Bessarabien in Odessa umzubringen seien. Konsequenterweise organisierte die rumänische Armee in der Stadt ein Blutbad von den Ausmassen wie in Babi Jar. Zuerst wurden mehrere tausend Einwohner in der Stadt öffentlich erhängt, zumeist Juden. Anschliessend trieb man mehrere tausend Juden in ein Gelände am Hafen und machte sie nieder. Weitere Juden eskortierte die rumänische Gendarmerie auf ein Flughafengelände und erschoss sie dort; viele wurden in Baracken gepfercht, die zuerst in Brand gesteckt und dann mit Maschinengewehrfeuer durchsiebt wurden. Vom 23. bis 25. Oktober fanden mindestens 25'000 Juden aus Odessa den Tod von rumänischer Hand, möglicherweise waren es weit mehr.

Die Juden aus Transnistrien und die dorthin Deportierten lebten zu einem grossen Teil in riesigen Internierungslagern, direkt gegenüber der deutschen Besatzungszone. In diesen Lagern herrschten katastrophale Zustände, Abertausende starben an Unterernährung, Krankheiten oder durch die Hand der Wachmannschaften. Im Dezember 1941 entschied Antonescu, weitere Juden in diese Gebiete zu treiben.

Dabei konnte er auf die Mitarbeit deutscher Stellen zählen. Eigentlich sollte es in einem rumänischen Besatzungsgebiet keine deutschen Funktionäre geben. Da in diesem Raum aber grosse Gruppen Ukrainedeutscher beheimatet waren, gestattete die rumänische Regierung den Einsatz der «Volksdeutschen Mittelstelle» der SS zu deren Betreuung. Himmler aber entsandte nicht nur Medizin und Wolldecken mit seinen Männern nach Transnistrien, sondern auch

Waffen. Die Volksdeutsche Mittelstelle installierte einen bewaffneten Selbstschutz aus jungen Ukrainedeutschen in den betreffenden Dörfern. Rumänische Gendarmerie trieb nun Juden aus dem Raum Odessa nach Norden in Richtung dieser Dörfer. In der Eiskälte des Winters 1941/42 wurden die Kolonnen vom Selbstschutz gestoppt, auf Felder umgeleitet und dort sofort niedergemetzelt.

Im Dezember 1941 befahl der Gouverneur im Norden Transnistriens, die jüdischen Insassen der grossen Sammellager zu erschiessen. Am 21. Dezember begann ein riesiges Massaker der rumänischen Gendarmerie, des Volksdeutschen Selbstschutzes und ukrainischer Hilfspolizei. Bis Februar brachte man die Juden im Lager Bogdanowka um, bis 19. März im Lager Domanewka. Diese Aktion forderte etwa 70'000 Menschenleben.

Doch auch danach war das Martyrium der Juden in Transnistrien nicht vorbei. Die Massaker dauerten bis in den Sommer an, – in den Ghettos blieb die Sterblichkeit weiterhin hoch, neue Lager wie Petschora und Wapniarka wurden zu Stätten des Todes. Erst im Oktober 1942 wandte sich Antonescu von der Mordpolitik ab. Einige Juden durften nach Rumänien zurückkehren, etwa 50'000 Menschen verblieben unter schwierigsten Bedingungen in Transnistrien und wurden im März 1944 von der Roten Armee befreit.

Insgesamt schätzt man, dass Antonescu und sein Besatzungsapparat für den Mord an 350'000 Juden verantwortlich zeichneten. Die schrecklichen Ereignisse in Bessarabien und Transnistrien zeigen, dass die rumänische Regierung nicht nur die nationalsozialistische Judenverfolgung ohne Not imitierte, sondern in den ersten Monaten des Sowjetunion-Krieges eigenständig fast halb so viele Juden ermordete wie SS und Polizei. Sogar Hitler musste laut Propagandaminister Goebbels im August 1941 gestehen, «was die Judenfrage anlangt, so kann man heute jedenfalls feststellen, dass z.B. ein Mann

wie Antonescu in dieser Angelegenheit noch viel radikaler vorgeht, als wir das bisher getan haben». Das antisemitische Gewaltpotential auch ausserhalb des Reiches war monströs.

Das «Unternehmen Barbarossa» führte direkt in den Völkermord. Erstmals plante die deutsche Führung die Ermordung grosser Bevölkerungsgruppen in einen Feldzug ein. Drei Antriebe waren dafür verantwortlich: voran der Antibolschewismus, den man mit der Ermordung der Führungsschicht zu realisieren gedachte, damit verbunden der Antisemitismus, der zunächst in einem pervertierten «Sicherheitsdenken» zu Massenmorden an jüdischen Männern führte, – und schliesslich der Antislawismus: Auf der Basis der vermeintlichen «Minderwertigkeit» der slawischen Bevölkerung glaubte man den rücksichtslosesten aller Kriege führen zu können, mit Nahrungsentzug, Entrechtung und Repressalmassakern. Die zahlenmässig grösste Gruppe von Opfern stellten die sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen bis Kriegsende an die drei Millionen an der miserablen Versorgung zugrunde gingen oder erschossen wurden.

Während die deutsche Führung ursprünglich davon ausging, den Feldzug in zehn bis zwölf Wochen beenden zu können, eskalierten die Morde. Als der Krieg sich länger als erwartet hinzog, wurde der Kreis der jüdischen Opfer immer weitergezogen: zuerst erwachsene Männer, dann auch Frauen, Kinder und Alte, und zuletzt komplette jüdische Gemeinden. Damit war vorgezeichnet, wie auf die «Judenprobleme» in den übrigen europäischen Staaten reagiert werden würde.

5. Der Weg zur letzten «Endlösung» 1941/42

Parallel zur Planung des Krieges gegen die Sowjetunion veränderten sich auch die Projekte zur «Endlösung der Judenfrage»; diese Chiffre kursierte schon seit Längerem und entwickelte sich erst allmählich zum Decknamen für den direkten Massenmord. Seit dem Sommer 1940 ging man in den Spitzenbehörden des Dritten Reiches davon aus, dass der grösste Teil der europäischen Juden auf die Insel Madagaskar deportiert werden würde. Dort sollten sie unter deutscher Kolonialaufsicht langsam aussterben. Da jedoch der Krieg gegen England nicht gewonnen werden konnte, blieb der Seeweg in den indischen Ozean versperrt; der Madagaskar-Plan verschwand allmählich wieder in den Schubladen.

Um die Jahreswende 1940/41, als nur die wenigsten in den bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion eingeweiht waren, hiess es deshalb, die Juden würden «in ein noch zu bestimmendes Territorium» abgeschoben werden. Ab März zeichnete sich jedoch ab, dass man an eine neue Variante des Reservatsplans dachte, nun in den Sümpfen im Süden Weissrusslands. Die Idee eines «Sterbervervats» wurde radikalisiert: An eine Ernährung der Bevölkerung war nicht mehr gedacht, der vermeintlich aktivste Teil der ansässigen jüdischen Bevölkerung, die «Intelligenz», war sofort zu ermorden. Wie alle Pläne vorher, so blieb auch dieses Projekt in den Anfängen stecken und erwies sich als Chimäre. Einen ergänzenden Vorschlag brachte die Kanzlei des Führers ein. Diese Behörde, die eigentlich als Hitlers «Sekretariat» fungierte, organisierte den Mord

an Behinderten und anderen. Im März 1941 wandte sie sich an Himmler mit dem Projekt, Millionen Juden zwangsweise zu sterilisieren, – so sollte ihre Arbeitskraft erhalten, aber ihre Fortpflanzung verhindert werden.

Im Juli 1941 nahm der Verlauf eine weit mörderischere Entwicklung. Es begannen die Massenerschiessungen jüdischer Männer, seit Monatsende auch an Frauen und Kindern. Zugleich etablierte Hitler in den westlichsten Teilen der neubesetzten Gebiete eine Zivilverwaltung, die, erst einmal fest eingerichtet, sich gegen die Aufnahme von Juden in diesem Ausmass wehrte. Und schliesslich kam Ende Juli ein weiterer Faktor hinzu: Mit der Schlacht von Smolensk kam der Feldzug erstmals zu einem Stillstand, der Zeitplan für die Niederwerfung der Sowjetunion war nicht mehr einzuhalten.

Erneut mussten also die Pläne zu einer «Endlösung» verändert werden. Der Sicherheitspolizeichef Heydrich holte sich Ende Juli bei Hermann Göring die formelle Ermächtigung zur Planung einer «Gesamtlösung». Wie diese aussehen würde, war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht klar. Ab Mitte August 1941 begannen die SS- und Polizeieinheiten in den neubesetzten Gebieten mit der totalen Ausrottung ganzer jüdischer Gemeinden. Die Besatzungsverwaltung in Polen forderte eine schnelle Abschiebung der fast zwei Millionen Juden, die unter ihrer Hoheit lebten; dazu gesellten sich erste Vorschläge, bestimmte Gruppen von Juden an Ort und Stelle zu ermorden. Aber nicht nur dies, auch die Gauleiter im Reich drängten auf die Verschleppung der Juden aus Grossstädten, und von der Besatzungsverwaltung in Frankreich verlautete Ähnliches.

Dies zeigt klar, dass der Prozess zur «Endlösung» keineswegs alleine eine Reaktion auf Vorstellungen vom «jüdischen Bolschewismus» oder gar auf die stalinistischen Verbrechen in den ersten Feld-

zugswochen war. Vielmehr wurden parallel zu den Massakern in den besetzten sowjetischen Gebieten Pläne zur Ermordung von «Arbeitsunfähigen» in ganz Europa entwickelt. Es war eine Mischung aus verschiedenen Faktoren, die die Dinge eskalieren liess, vor allem die unerwartete Entwicklung des Krieges. Jeder schätzte den Kriegsverlauf in seinem Sinne ein: Die einen sahen die Sowjetunion kurz vor dem Kollaps, also Kapazitäten für grosse Deportationen in diese Gebiete. Hitler hingegen äusserte sich im August 1941 immer düsterer über die gesamtstrategische Lage.

Um den 17. September 1941 entschied er nach längerem Zögern schliesslich, wieder Juden aus dem Reich deportieren zu lassen; seit Kurzem mussten auch sie ohne Ausnahme das Zeichen der Diffamierung, den «Judenstern», tragen. Ob mit diesem Deportationsbefehl auch die Weisung zur Ermordung der Juden verbunden war, ist nicht zweifelsfrei geklärt. Ein Teil der verschleppten deutschen und österreichischen Juden kam gar nicht in die «neuen Ostgebiete», sondern vorläufig ins Ghetto nach Łódź.

Nicht eindeutig beantworten lässt sich auch die Frage, ob und, wenn ja, wann Hitler einen endgültigen Befehl zur unmittelbaren Ermordung aller Juden in seinem Machtbereich gab. Darüber debattieren Historiker seit über zwanzig Jahren. Aller Wahrscheinlichkeit nach gab es diesen einen präzisen Befehl nicht. Vielmehr deutet alles auf mehrere, immer radikalere Einzelweisungen. Hitler, der unermüdliche Propagandist des Judenhasses, war dabei nicht durchweg der alleinige Initiator, – oftmals reagierte er auf Vorschläge aus der NS-Führung oder aus den Besatzungsverwaltungen. Wegen seiner alles überragenden Machtstellung konnten Entscheidungen von solcher Tragweite aber keinesfalls ohne Hitler getroffen werden. Eine Absegnung der Massenmorde durch den «Führer» gab ihnen

zugleich eine, in den Augen der deutschen Funktionäre unantastbare, Legitimation. Diese Männer lebten immer in dem Gefühl, «dem Führer zuzuarbeiten», wie der Historiker Ian Kershaw es formuliert.

Nach der schrittweisen Ausdehnung der Morde in den besetzten sowjetischen Gebieten von Ende Juli bis September folgte also vermutlich eine weitere, grundlegende Übereinkunft in der NS-Spitze. Die Juden aus dem Reich sollten deportiert, in ganz Polen mit der Ermordung bestimmter Gruppen von Juden begonnen werden. In allen Territorien Ostpolens, die die Sowjetunion 1940 annektiert hatte, begannen fast parallel Anfang Oktober 1941 grosse Massaker unter Einschluss von Frauen und Kindern.

Schon zuvor hatte die Suche nach neuen Tötungsmethoden begonnen, die die Täter psychisch weniger belasteten. Dabei konnte man auf das Personal der «Euthanasie» zurückgreifen, die offiziell im August 1941 abgebrochen, später aber fortgesetzt wurde. Das beim Mord an Behinderten eingesetzte Giftgas sollte nun gegen Juden angewandt werden. Die «Euthanasie»-Experten bereisten Polen und das Baltikum, «Fachpersonal» wurde in den Osten versetzt. Diese Männer richteten unter Aufsicht der regionalen SS- und Polizeiführung die ersten zwei Vernichtungslager ein, in Kulmhof (poln. Chelmno) im Warthegau und ab November in Belzec in Südostpolen (vgl. Kap. 15). Geplant waren wohl weitere solcher regionaler Mordzentren nach dem Vorbild der «Euthanasie», so in Riga und in Mogilew (Weissrussland). Aufgebaut wurden sie aber nur in Polen. Wohl eher zufällig fast zur gleichen Zeit, am 5./6. September 1941, unternahm die Lagerleitung im KZ Auschwitz einen der ersten Massenmorde mit dem Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B. Die Opfer waren nicht Juden, sondern vor allem sowjetische Kriegsgefangene. Die ganze Aktion ist auch mehr im Zusammenhang mit der

Ermordung invalider und unerwünschter KZ-Häftlinge zu sehen, die schon seit April 1941 unter der Chiffre «14f13» praktiziert wurde.

Der Plan für ein «Reservat» in Weissrussland verschwand, bevor er ausgearbeitet wurde, obwohl man weiterhin von Abschiebungen hinter den Ural oder von der Übernahme des stalinistischen Gulag am Eismeer träumte. Was davon noch übrig blieb, waren die Projekte zu Lagern für Juden aus dem Reich im Baltikum und in der Ukraine; auch diese wurden nur vereinzelt gebaut. Ende September/Anfang Oktober 1941 waren also eine Reihe einzelner Projekte zum Massenmord in Gang gesetzt worden, für eine Vernichtung aller europäischen Juden fehlten die Unterlagen freilich noch. An ihnen wurde ebenso gearbeitet wie am sogenannten «Generalplan Ost», einer monströsen Blaupause zum ethnischen Umbau ganz Osteuropas: 31 Millionen Slawen sollten deportiert werden, die Verbliebenen Zwangsarbeiten leisten. Zu beherrschen hatten das Gebiet deutsche «Siedlunginseln», verbunden durch Wehrdorfssysteme. Die Abwesenheit der Juden setzte man im Generalplan stillschweigend voraus.

So war im Dezember 1941 der Massenmord an den Juden in Polen, in der Sowjetunion und in Serbien im Gange, darüber hinaus wurden Vorbereitungen getroffen. Nach einer erneuten Änderung der strategischen Lage Deutschlands mit dem Kriegseintritt der USA, verkündete Hitler nun seinen Parteigrößen, dass er alle Juden in einer absehbaren Zeit, das heisst noch während des Krieges, ermorden lassen wolle. Die staatlichen Instanzen sollten auf einer gesonderten Konferenz informiert werden, bei der eigentlich die Frage der «jüdischen Mischlinge» auf der Tagesordnung gestanden hatte. Auf der bekannten «Wannsee-Konferenz» am 20. Januar 1942 – benannt nach der Adresse des Berliner Gebäudes, in dem sie stattfand – stellte Heydrich seine Pläne vor. Nachdem es zu einigen Reibe-

reien unter den Instanzen, besonders im Baltikum, gekommen war, pochte er auf seine «Federführung» bei der «Endlösung». Dennoch blieb die Kompetenzfrage noch länger umstritten. Sie behinderte den Massenmord jedoch nur geringfügig.

Was den Massenmord jetzt noch aufhielt, waren Probleme der unmittelbaren Organisation, also Transport- und Vernichtungskapazitäten, aber auch die unerwartete Lage der deutschen Wirtschaft. Ursprünglich hatte man gedacht, die Sowjetunion würde bald besiegt und Arbeitskräfte deshalb in grosser Zeit verfügbar sein. Tatsächlich aber waren über die Hälfte der sowjetischen Kriegsgefangenen verhungert, weil man ihre Rationen zugunsten der Versorgung der Wehrmacht gesenkt hatte, oder an schlechter Behandlung gestorben. Gleichzeitig verschlang der Ostfeldzug immer mehr deutsche Männer, die die gravierenden Verluste der Wehrmacht aufzufüllen hatten. So entwickelte sich seit Ende 1941 der Kampf um die Arbeitskräfte; Deutsche mussten durch Polen ersetzt werden und deren Plätze hatten vorläufig Juden zu übernehmen.

Himmler ordnete im Frühjahr 1942 explizit an, dass alle 16- bis 32-jährigen Juden vorläufig von der Ermordung auszunehmen seien. Für die Mehrheit der Juden unter Besatzung oder bei den Verbündeten war das Todesurteil jedoch gesprochen. Sie sah man wegen ihres Alters oder ihres schlechten Gesundheitszustandes als «arbeitsunfähig» an, wenn sie nicht ohnehin in Gegenden lebten, wo es kaum gewerbliche Wirtschaft gab. So rollten ab dem 7. Dezember 1941 die Todeszüge im Warthegau, ab dem 16. März 1942 im Generalgouvernement, und am 4. Juli begannen die Selektionen an der Rampe bei Auschwitz-Birkenau. Das Vernichtungsprogramm war so gigantisch, dass es erst allmählich in Gang kam. Einzelaktionen in ganz Europa mussten koordiniert, die Tötungsanlagen erheblich erweitert werden.

Etwa im Mai 1942 waren die Planungen für Polen, für das Reich und die Slowakei sowie für Westeuropa abgeschlossen. Zugleich stand nun der zweite Versuch an, die Sowjetunion niederzuwerfen, der Feldzug nach Stalingrad; er sollte die dringend benötigten Arbeitskräfte bringen. Der Chefplaner der «Endlösung» allerdings, Reinhard Heydrich, starb am 4. Juni 1942 an den Folgen eines Attentats. Ihm zu Ehren nannte man einen zentralen Teil des Massenmordes «Aktion Reinhard» (wegen der Unsicherheit über die Schreibung seines Vornamens oft auch «Reinhardt»). Heydrichs «Federführung» übernahm nun endgültig sein Vorgesetzter Heinrich Himmler. Auf der Begräbnisfeier für Heydrich verkündete Himmler der SS-Führung erstmals den Zeitrahmen des Judenmordes: «Die Völkerwanderung der Juden werden wir in einem Jahr bestimmt fertig haben; dann wandert keiner mehr. Denn jetzt muss eben reiner Tisch gemacht werden.» Am 17. und 18. Juli besuchte Himmler Auschwitz, das zum zukünftigen Zentrum der Vernichtung ausgebaut werden sollte; danach fuhr er nach Lublin, von wo aus drei andere Vernichtungslager gesteuert wurden. Nachdem die Transportperre der Reichsbahn für die Sommeroffensive der Wehrmacht aufgehoben wurde, konnte die schlimmste Phase des Massenmordes anbrechen.

6. Massenmord in Polen

Doch schon ein Jahr vorher, als der Krieg gegen die Sowjetunion begann, war die Mehrheit der polnischen Juden bereits in einer verzweifelten Situation. In den Grossghettos starben die Insassen zu Tausenden. Dennoch eröffneten die neuen Nachrichten aus den sowjetischen Gebieten noch entsetzlichere Perspektiven.

Bereits seit Juli 1941 diskutierte man in der deutschen Verwaltung des Warthegaus, wie mit den Juden weiter zu verfahren sei. Obwohl auch hier bei den Beamten noch die Hoffnung bestand, alle Juden weit nach Osten abschieben zu können, schwebte einigen bereits der Massenmord als «Lösung» vor. Insbesondere sollten vermeintlich arbeitsunfähige Juden ermordet werden, bevor der Winter anbrach. Angesichts der Erfahrungen, die man auch im Warthegau mit der Ermordung von Anstaltsinsassen hatte, kam das Gespräch auf «irgendein schnell wirkendes Mittel».

Tatsächlich begann eine Polizeieinheit, die früher Behinderte ermordet hatte, im Oktober mit dem Massenmord an den Juden. Etwa 3'000 Angehörige jüdischer Gemeinden im Kreis Kutno wurden in einem Wald erschossen. Unmittelbar danach richteten die Polizisten eine Vernichtungsstation in dem Dorf Kulmhof (Chelmno) ein. Beschleunigt wurden die Vorbereitungen durch die unerwartete Aufnahme von Juden und Roma aus dem Reich in Łódź. Seit September 1941 verhandelte Himmler deswegen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Wilhelm Koppe und dem Gauleiter Artur Greiser.

Die Morde in sogenannten «Gaswagen» in Kulmhof, die ab dem 7. Dezember 1941 einsetzten, markieren den Beginn der eigentlichen Vernichtungslager. Speziell Kulmhof hatte die Aufgabe, regional begrenzt 100'000 angeblich Arbeitsunfähige zu ermorden. Die ersten Opfer stammten aus den östlichen Landkreisen des Warthegaus, ihnen folgten ab Januar 1942 Juden aus Łódź. Darunter fielen bald auch österreichische Roma und Juden aus dem Reich.

Die überwiegende Mehrzahl der polnischen Juden lebte im Herbst 1941 aber im sogenannten Generalgouvernement, seit August um den Distrikt Galizien im Südosten erweitert; zu diesem Zeitpunkt etwa zwei Millionen Menschen. Auch im Generalgouvernement hatte die Verwaltung erwartet, dass die jüdische Minderheit nach dem schnellen Abschluss des Russlandfeldzuges weiter nach Osten abgeschoben würde. Zeitweise gedachte man sogar, weitere Gebiete Ostpolens zu annektieren, um dieses «Sterbereservat» in eigener Hoheit zu behalten. Doch spätestens Anfang Oktober 1941 wurde klar, dass mit einer baldigen Abschiebung nicht zu rechnen sei. Es schienen sich nun die Vorgänge vom Frühjahr 1940 zu wiederholen, als die Deportationen aus Westpolen abgebrochen werden mussten. Inzwischen hatte die Politik aber ein Niveau erreicht, in dem auch mit Massenmord kalkuliert wurde.

Anfang Oktober 1941 begannen Massenerschiessungen an jüdischen Männern Frauen und Kindern im Generalgouvernement, an der Südgrenze Ostgaliziens. Diese Morde spielten sich parallel in ganz Ostpolen ab. Zugleich forderten die Verwaltungen in Krakau und Warschau, Juden umzubringen, die aus den Ghettos flüchteten und angeblich auf diese Weise Seuchen verbreiten würden. Alsbald erliess die Polizei einen Schiessbefehl, der sich gegen jeden Juden richtete, den man ausserhalb einer Ortschaft aufgriff.

Nachdem eine Deportation nach Osten nicht in Frage kam, for-

derte der Lubliner SS- und Polizeiführer von Himmler radikalere Massnahmen in seinem Bezirk. Globocnik, ein guter Bekannter des SS-Chefs und selbst von weitreichenden «Rassenplänen» beherrscht, vereinbarte die Einrichtung mindestens eines Vernichtungslagers unter seiner eigenen Hoheit. Das Lager Belzec war zunächst für die Juden aus den Distrikten Lublin und Galizien bestimmt; am 16. März 1942 setzten die Deportationen aus Lemberg, tags darauf aus Lublin ein. Die Opfer dieser ersten Verschleppungen suchte man zuerst unter den angeblich Arbeitsunfähigen, den Fürsorgeabhängigen und Bettlern. Doch bald ging es auch darum, im Distrikt Lublin für ausländische Juden Platz zu machen, die aus dem Reich oder der Slowakei dorthin verfrachtet wurden.

Im Mai 1942 zeichnete sich ein Gesamtplan für den Mord im Generalgouvernement ab: In den Ghettos klassifizierte man die Menschen in drei Gruppen: kriegswichtige Arbeiter, Arbeitsfähige and «Arbeitsunfähige». Damit war der weitere Verlauf des Mordens vorgezeichnet. Zugleich begann am 1. Juni die Verschleppung der Juden aus dem Distrikt Krakau nach Belzec. Die Monate Juni und Juli 1942 waren im Generalgouvernement durch die Transportsperr der Bahn und durch weitere Vorbereitungen der Mörder bestimmt. Seit Mai existierte ein zweites Vernichtungslager in Sobibor, das Endstation für viele Juden aus dem Raum Lublin war. Für die Juden aus den verbleibenden zwei Distrikten, Warschau und Radom, wurde das dritte und grösste Vernichtungslager der «Aktion Reinhardt» errichtet: Treblinka im Distrikt Warschau. Nach Himmlers Besuch in Lublin vom 18. bis 19. Juli 1942 galten alle Arbeiten als abgeschlossen: Die grösste Mordaktion in der Geschichte der «Endlösung» erreichte ihren Höhepunkt.

Am Abend des 22. Juli 1942 verliess ein Güterzug mit Menschen aus dem Ghetto den Danziger Bahnhof in Warschau. Von nun an starben fast zehn Wochen lang jeden Tag bis zu 25'000 polnische

Juden. Die Beamten der Besatzungsverwaltung drängten nicht nur massiv auf die «Reduzierung der überflüssigen Juden» und beschleunigten so das Tempo der Massenmorde, sie bereiteten auch die Ghettoräumungen vor. Diese wilden Menschenjagden bestimmten besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 das Bild der «Endlösung». Deutsche Polizei und ausländische Hilfseinheiten umringten ein Ghetto nach dem anderen. Kleine Trupps liefen von Haus zu Haus, um die Einwohner herauszuholen. Wer nicht sofort folgte, wurde an Ort und Stelle erschossen; zurückgelassene Kleinkinder machte man erbarmungslos nieder. Die Insassen von Krankenhäusern wurden noch in ihren Betten erschossen. Innerhalb der Ghettos trieb die Polizei Kolonnen festgenommener Juden zu einem Sammelplatz, in Warschau war dies der sogenannte Umschlagplatz. Nun begann die Selektion. In der Regel konnten die Personen wieder gehen, die eine gestempelte Arbeitskarte vorzuweisen hatten. Zugleich reklamierten auch Beamte oder Unternehmer einzelne Juden als Arbeiter für sich. Die Mehrheit der Versammelten wurde jedoch zum Bahnhof getrieben und in Güterwaggons gezwängt. Dort herrschten im Sommer 1942 höllische Zustände. Bis zu 160 Personen mussten in einem Waggon stehen. Die überladenen Züge fuhren nur sehr langsam, manchmal benötigten sie für eine Strecke von wenigen hundert Kilometern an die zwei Tage. So zog man an der Rampe der Vernichtungslager regelmässig Hunderte von Leichen aus den Zügen. Doch auch die anderen hatten nur noch Stunden zu leben.

In Warschau hatte anfangs die jüdische Ghettopolizei die Aufgabe, Delinquenten für die Deportation festzunehmen. Nach einer Woche übernahmen jedoch SS- und Polizeiverbände diese Arbeit auf ihre Art. Im Gegensatz zu den meisten anderen Städten fanden hier die Selektionen in den Ghettoetrieben selbst statt. Erst in der

letzten Phase der «Grossen Aktion», vom 6. bis 10. September 1942, mussten sich alle Ghettoeinwohner im «Kessel in der Mila», einem Platz an der Milastrasse, versammeln, wo eine zentrale Selektion vorgenommen wurde. Bis 12. September fuhren fast täglich 5'000 Warschauer Juden in den Tod, insgesamt etwa 250'000. Die kleinen jüdischen Gemeinden östlich von Warschau erlitten das gleiche Schicksal. Zu dieser Zeit unternahm die SS- und Polizeiführung in Radom geradezu generalstabsmässig die Räumung der Ghettos in ihrem Distrikt. In nur sechs Wochen deportierte sie 300'000 Juden nach Treblinka. In dem Lager herrschten nun infernalische Zustände, die Ankommenden sahen riesige Kleiderberge, die Luft war vom Leichengeruch verpestet.

Mitte September, als die Todeszüge aus allen Distrikten unterwegs waren, verlangsamte sich die Vernichtungskampagne ein wenig. Mehr und mehr Juden versuchten sich ihren Häschern zu entziehen. Nun waren allerdings nur noch 54 Ghettos im Generalgouvernement «zugelassen»; wer ausserhalb dieser Plätze aufgegriffen wurde, fiel den Streifen der Ordnungspolizei zum Opfer. Zugleich entbrannte ein Kampf deutscher Funktionäre um die jüdischen Zwangsarbeiter, die immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. Unternehmer und auch einige Rüstungsoffiziere setzten sich für den Verbleib ihrer Arbeiter ein. Dennoch lebten bei Jahresende 1942 offiziell nur noch 300'000 der einstmals zwei Millionen Juden im Generalgouvernement.

Das nächste Gebiet Polens, das die Mörder ins Visier nahmen, war Ostoberschlesien, der Raum um Kattowitz. Hier war das Vernichtungslager nicht weit entfernt, es lag in Auschwitz. Auch um die Arbeitskraft der ostoberschlesischen Juden entstand eine heftige Debatte. Im oberschlesischen Kohlerevier und seiner Umgebung konnte zunächst mehr jüdischen Arbeitern das Leben erhalten wer-

den; manche erhielten in der Zeit der Massenmorde sogar erst ihre Fachausbildung! Doch für die Juden ohne Arbeitsausweise gab es keine Rettung, sie mussten vor allem aus den grossen Ghettos in Sosnowice und Będzin den Weg in die Vernichtung antreten.

Erst vergleichsweise spät, im November 1942, erreichte die «Endlösung» das letzte polnische Gebiet mit grossen jüdischen Gemeinden: der Bezirk Bialystok, eine Art administratives Anhängsel südlich von Ostpreussen. Allerdings hatten sich dort bereits im Juni und Juli 1941 furchtbare Massaker ereignet, denen fast ausschliesslich jüdische Männer zum Opfer gefallen waren. Seitdem lebten die Juden der Gegend in Ghettos. Auch aus dem Bezirk Bialystok gelangten zuerst die Juden der kleineren ländlichen Gemeinden ab Herbst 1942 ins Vernichtungslager Treblinka, dem Zentrum des Massenmordes in diesem Jahr.

Nach einer erneuten Transportsperre der Bahn bis Januar 1943 versuchte der Besatzungsapparat, mit den Massendeportationen fortzufahren. In Warschau stiess die Polizei dabei erstmals auf bewaffneten Widerstand. In der Provinz gingen die «Aktionen» unverändert weiter, im März 1943 folgte die «Auflösung» des Ghettos in Krakau. Die Insassen kleinerer Ghettos hatten nun keine Überlebenschance mehr, während die grösseren in sogenannte «Arbeitsghettos» umgewandelt wurden. Dort lebten nur noch jüdische Arbeiter, manchmal mit ihren Familien. Zugleich expandierte überall in Polen ein Netz von Zwangsarbeitslagern, die man meist an grössere Wirtschaftsbetriebe koppelte. In den Lagern konnten sich jedoch nur noch die Arbeiter ohne ihre Familien aufhalten, und auch sie lebten unter täglicher Todesdrohung.

Ein Ereignis erschütterte die deutsche Besatzungsverwaltung, genauso wie es vielen Juden wieder Mut gab: Am 19. April 1943 stellten sich bewaffnete Warschauer Juden gegen die deutschen Polizei-

einheiten, die zu ihrer Ermordung gekommen waren. Während die Ghettobetriebe samt Personal in die Nähe von Lublin verlagert wurden, machten die Truppen im Ghetto alle anderen Juden erbarungslos nieder. Vermutlich beschleunigte der Ghettoaufstand die nächsten Entscheidungen zur Vernichtung. Denn Himmler terminierte das Ende des polnischen Judentums nun auf den 1. August 1943.

So machte sich die Polizei auf, die verbliebenen Ghettos auszulöschen. Im Juni 1943 starben die letzten Juden im Lemberger Ghetto und in den anderen ostgalizischen Städten. Auch die Häftlinge in den meisten ostgalizischen Zwangsarbeitslagern hatten nun keine Chance mehr. Zugleich begann die Räumung der anderen Ghettos in Bialystok und in Ostoberschlesien. In Bialystok setzten kleine bewaffnete Gruppen von Ghettokämpfern der Polizei erbitterten Widerstand entgegen. Die «Liquidierung» des Ghettos zog sich bis September 1943 hin.

Kurz danach, im Oktober und November 1943, starben die jüdischen Zwangsarbeiter in der Osthälfte Polens, – die deutsche Führung fürchtete wohl ihre Befreiung durch das Herannahen der Roten Armee. Lediglich weiter westlich, in den Distrikten Radom und Krakau sowie in Ostoberschlesien, wurden noch Zwangsarbeitslager mit jüdischen Häftlingen geduldet, sofern sie als besonders «kriegswichtig» galten. Die Rüstungswirtschaft erreichte schliesslich, dass ein einziges Ghetto bestehen blieb: Łódź mit seinen bedeutenden Textilbetrieben. Doch die Offensiven der Roten Armee durch Polen kamen zu spät; sie konnten den meisten Łódzger Juden nicht mehr das Leben retten.

Damit war die Jahrhunderte alte Geschichte des polnischen Judentums beendet. Deutsche Besatzungsverwaltung und Polizei gingen hier mit einer ähnlich mörderischen Brutalität vor wie gegen die sowjetischen Juden. Auffällig am Fall Polen erscheint, mit welcher

Vehemenz die regionalen deutschen Potentaten auf die Vernichtung bestimmter Gruppen drängten. Gerade die zivilen Besatzungsverwaltungen, die den Juden bereits alle Rechte und die Existenzmöglichkeit genommen hatten, wollten die «unerwünschte»¹ und verarmte Minderheit mit allen Mitteln entfernen. Davon erhofften sie sich eine Erleichterung ihrer Herrschaft, ideologisch wie wirtschaftlich. Wer nicht schon 1939/40 geflohen war, besass kaum noch Chancen auf ein Überleben. Die polnischen Juden hatten keine irgendwie geartete Schutzmacht hinter sich; ihr Schicksal besiegelte sich, bevor die Schlacht von Stalingrad Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende nährte.

7. Die Vernichtung der jüdischen Gemeinden in der Sowjetunion 1942/43

Vielfach herrscht die Vorstellung, die Juden in der Sowjetunion bzw. in den 1939/40 von der Sowjetunion annektierten Gebieten seien 1941 durch die Einsatzgruppen vollständig ermordet worden. Tatsächlich war im Baltikum und in den besetzten altsowjetischen Gebieten die überwiegende Mehrzahl der Juden bereits Ende 1941 tot. Trotzdem lebten die meisten jüdischen Einwohner dieser besetzten Gebiete um die Jahreswende 1941/42 noch, und die Mehrzahl von ihnen wurde nicht durch die mobilen Einsatzgruppen erschossen. Die bevölkerungsstärksten jüdischen Gemeinden lagen nämlich im ehemaligen Ostpolen. Durch diese Gebiete, nun zum Westen Weissrusslands und der Ukraine gehörig, waren die Einsatzgruppen zunächst marschiert, um jüdische Männer zu erschiessen. Ab Oktober kehrten sie vereinzelt zurück, um weitere Massaker anzurichten. Doch nun war eine Zivilverwaltung etabliert, die zwar grundsätzlich die Ausrottung der Juden förderte, aber die Arbeitskräfte und deren Familien vorläufig verschont wissen wollte. Von Herbst 1941 bis Frühjahr 1942 entstanden hier überall Ghettos, also oftmals zu einem relativ späten Zeitpunkt.

Während die rumänische Mordkampagne in den besetzten sowjetischen Gebieten im Frühjahr 1942 allmählich nachliess, nahm sie in den deutsch besetzten Gebieten immer radikalere Formen an. Die Gebiete unter Militärverwaltung wurden durch die Sommeroffensive 1942 noch einmal erheblich ausgedehnt. Allerdings war die

Zahl der jüdischen Gemeinden so weit im Osten relativ gering. Auf dem Gebiet der Russischen Föderation existierten sie vor allem in Rostow am Don und auf dem Nordkaukasus. Dorthin waren viele Juden auf der Flucht vor den deutschen Truppen geraten. Während die Wehrmacht ab August in Richtung Stalingrad und Kaukasus zumarschierte, machten sich auch die Mordkommandos wieder auf den Weg. Am Fusse des Kaukasus-Gebirges, dem äussersten Punkt des deutschen Herrschaftsbereiches, erschossen Einheiten der Einsatzgruppe D Anfang September 1942 die verbliebenen Juden aus fünf Städten; in anderen Gebieten kam das Mordinstrument Gaswagen zum Einsatz. Die Gegenoffensive der Roten Armee Anfang 1943 erfolgte auch für sie zu spät.

Die überwiegende Mehrheit der sowjetischen Juden lebte jedoch viel weiter westlich, in den Gebieten unter Zivilverwaltung. Zunächst hatte das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete aus ökonomischen Motiven die jüdischen Arbeiter am Leben zu halten versucht. Auch hatte es in Minsk Misshelligkeiten darüber gegeben, ob alle ankommenden deutschen Juden dort umgebracht werden sollten. Die Ermordung aller übrigen, also der Mehrheit, förderte die Zivilverwaltung jedoch.

Noch im tiefsten Winter begannen die Polizeikommandos wieder mit Exekutionen. In Weissrussland fiel die erste Welle dieser Morde auf den 2./3. März 1942. Mitten im Minsker Ghetto wurden jüdische Kinder niedergemacht. Die Verwaltung des Reichskommissariats Ukraine bemühte sich darum, die letzten Juden an der Schwarzmeerküste zu ermorden; am 1. April 1942 war auch dies vollbracht. Als besonders «dringlich» erschien der Polizei auch die Erschiessung der verbliebenen Juden in der Nähe von Hitlers zukünftigem Hauptquartier in Winniza.

Überall im ehemaligen Ostpolen wurden die Ghettos nun nach Menschen durchkämmt, die keine Arbeitsbescheinigung vorzuwei-

sen hatten. Im Mai und Juni, parallel zur ersten Welle der Morde im Generalgouvernement, fielen verstärkt Frauen und Kinder den Massakern zum Opfer. Mit ihnen starben die meisten Juden, die aus dem Reich oder über Theresienstadt nach Riga und Minsk gekommen waren.

Doch damit nicht genug. Im Juli 1942 zeichnete sich eine Auflösung aller Ghettos in Weissrussland und der Ukraine ab. Anfang August 1942 war das Schicksal der Juden besiegelt: Nun forderte auch die Zivilverwaltung die totale Ausrottung. Die Funktionäre hatten enorme Nahrungsmittelkontingente aus Berlin auferlegt bekommen und hofften nun, mit der Ermordung der Juden die Zahl der Verbraucher «reduzieren» zu können. Überall arbeiteten Zivilverwaltung und SS-Polizeiapparat wieder Hand in Hand, wenn es um die Ermordung der unerwünschten Minderheit ging. Die Massaker lassen sich gar nicht alle schildern, Ende Juli traf es die Juden in Minsk, im August in Luzk, im September in Wladimir Wolynsk, im Oktober in Brest-Litowsk und Pinsk. Allein diese Morde betrafen jeweils über 10'000 Menschen; nicht gezählt sind Dutzende Massaker in kleineren Städten.

Parallel zur «Endlösung» im übrigen Polen, wurde im Westen Weissrusslands und der Ukraine Ghetto um Ghetto leergemordet. Die Gestapo, aber vor allem die zahlenmässig starke Ordnungspolizei und ihre ausländischen Helfer, richteten ein furchtbares Blutbad an. Nun waren es nicht mehr allein die Polizeibataillone, sondern auch die stationäre Schutzpolizei und die Gendarmerie, die mordeten. Bei den Ghettoräumungen wurden alle Hemmungen fallengelassen; jedem – ob Täter, Opfer, oder den anderen Einheimischen – war bewusst, dass die Ermordung der letzten Juden bevorstand. Entsprechend gestalteten sich die Menschenjagden in den Städten. Die Juden starben fast durchweg bei Massenerschiessungen; die berüchtigten Gaswagen galten als anfällig und wurden deshalb nur begrenzt

eingesetzt. Vernichtungslager wie in Polen gab es nicht, dafür aber Stätten, die ihnen stark ähnelten: Bei Minsk existierte das Lager Maly Trostenez, wo man mittels der Gaswagen mordete; die Juden aus Brest-Litowsk wurden mit der Bahn an eine zentrale Erschießungsstelle gefahren, Bronnaja Gora.

Gerade die jüdischen Gemeinden im westukrainischen Wolhynien befanden sich in einer ausweglosen Situation: Dort war auch die Mehrheit der einheimischen ukrainischen Bevölkerung ausgesprochen judenfeindlich eingestellt; die Untergrundbewegung wurde von den nationalistischen Kräften dominiert, die keinerlei Sympathie für das Schicksal der Minderheit hegten. Lediglich weiter nördlich und östlich bestand Hoffnung, auf Sowjetpartisanen zu treffen.

SS, Polizei und Wehrmacht führten seit Sommer 1942 einen brutalen Krieg gegen die Partisanen. Immer mehr richtete er sich gegen Zivilisten, die dort lebten, wo öfters sowjetische Untergrundkämpfer auftauchten. Bei Grossunternehmen mit dem Einsatz Tausender deutscher Uniformierter wurde die Einwohnerschaft ganzer Dörfer in grausamen Gemetzeln niedergemacht, oftmals in ihren Häusern lebend verbrannt. Mehrere Hunderttausend nichtjüdische Zivilisten starben auf diese Weise, vor allem in weissrussischen und russischen Gebieten. Die Besatzungsmacht nutzte die «Bandenkampfunternehmen», um zugleich die Ghettos in der jeweiligen Gegend zu «liquidieren». So waren von den 10'000 Opfern des Anti-Partisanen-Unternehmens «Sumpffieber» im September 1942 nicht weniger als 8'000 Juden. Zwar machten die Besatzungsfunktionäre die jüdische Minderheit für die Partisanenbewegung mitverantwortlich. In Wirklichkeit war der Zusammenhang genau umgekehrt: Als Folge der Ghettoräumungen vom Sommer und Herbst 1942 versuchten viele Juden, zu den Partisanen zu fliehen oder selbst eigene kleine Gruppen aufzustellen. Für die pathologische Weitsicht im Besatzungsap-

parat spielte dies jedoch keine Rolle. Die Tarnfunktion lässt sich am deutlichsten an einer Meldung Himmlers für Hitler über den «Bandenkampf» im Osten ablesen: Dort meldete der SS-Chef seinem «Führer», dass er von August bis November 1942 363'000 Menschen habe umbringen lassen, davon 95 % Juden. Dies unterschlug jedoch, dass die Mehrheit der Opfer 1942 gar nicht beim Anti-Partisanenkrieg, sondern separat ermordet wurden.

In der Ukraine, Ostgalizien ausgenommen, lebten schon Anfang 1943 kaum mehr Juden, – lediglich einige unentbehrliche Fachkräfte fristeten ihr Dasein noch in Zwangsarbeitslagern oder Mini-Ghettos. Allein in wenigen Ghettos weiter nördlich, im Baltikum und in Minsk duldeten die Besatzungsmacht noch jüdische Arbeiter mit ihren Familien. Doch auch diese waren nicht sicher. Am 21. Juni 1943 befahl Himmler die teilweise Ermordung der im Reichskommissariat Ostland lebenden Juden. In Riga und Kauen waren Konzentrationslager einzurichten, die übrigen unentbehrlichen Arbeiter deportierte man ganz nach Norden in Lager in Estland; dort sollten sie Ölschiefer abbauen. Aus Lida, Minsk und Wilna kamen Tausende Juden im September 1943 ins Vernichtungslager Sobibor, – dies waren die einzigen direkten Transporte aus den Reichskommissariaten in Vernichtungslager. Doch im Herbst 1943 befand sich die Rote Armee unaufhaltsam auf ihrem Weg nach Westen, – so hing auch über den letzten jüdischen Zwangsarbeitern im Osten ein Damoklesschwert.

8. Reich und Protektorat

Die Juden im Deutschen Reich nahmen aus Sicht der NS-Führung immer eine besondere Stellung ein. Einerseits galten sie als besonders «gefährlich», weil sie angeblich den «deutschen Volkskörper» direkt bedrohten, und wurden bereits seit 1933 kontinuierlich unterdrückt; andererseits fürchteten die Machthaber in Berlin immer die öffentliche Meinung der einheimischen nichtjüdischen Bevölkerung. Von den vielen Solidarisierungen im kleinen abgesehen, waren aber Widerstände gegen die Judenverfolgung aus der «schweigenden Mehrheit» der Reichsdeutschen nicht zu befürchten.

Dies zeigte sich ähnlich auch während der ersten grossen Mordaktion des Regimes, der sogenannten «Euthanasie». Der Mord an Anstaltsinsassen, unheilbar Kranken und anderen lief seit dem Frühsommer 1940. Unter den ersten Opfern waren die jüdischen Patienten, die man zum grössten Teil in der Mordanstalt in Brandenburg/Havel umbrachte. Zwar kann dies als erster Massenmord an den deutschen Juden bezeichnet werden; die hauptsächliche Motivation, die hinter dieser Aktion stand, war aber die «Vernichtung lebensunwerten Lebens», wie man Behinderte und unheilbar Kranke im NS-Jargon titulierte.

Nachdem die NS-Führung bis 1939 bestrebt war, die Juden aus dem Reich durch Auswanderung zu verdrängen, veränderte sich die Politik mit Kriegsbeginn. Nun galten die neu besetzten Gebiete als

Ziel, in das man die Minderheit abschieben wollte. In vielen Regionen bemühten sich die Gauleiter um einen möglichst baldigen Abtransport, so Ende 1939 ins Gebiet um Nisko in Polen. Aus der Saarpfalz verschleppte man im Oktober 1940 Juden nach Südfrankreich, in Wien erreichte Gauleiter Schirach 1941 die Deportation von jüdischen Einwohnern nach dem Raum Lublin. Überall lebten die betroffenen Menschen unter miserablen Bedingungen.

Mit Hitlers Entscheidung vom 16./17. September 1941, langfristig alle Juden aus dem Reich zu entfernen, setzte ein systematisches Deportationsprogramm ein. Nachdem eine Wiederaufnahme der Vertreibung ins Generalgouvernement gescheitert war, fuhren Züge aus Deutschland, Luxemburg, Wien und Prag mit über 19'000 Juden nach Łódź. Dort pferchte man sie zu den einheimischen Juden ins Ghetto, obwohl eigentlich kein Platz mehr vorhanden war. Zwar mussten seit dem Januar 1942 Ghettoinsassen aus Łódź den Weg ins Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno) antreten, – darunter befanden sich bis Mai jedoch noch keine Juden aus dem Reich.

Schlimmer erging es den jüdischen Deutschen, die in die neuen Ostgebiete transportiert wurden. 5'000 Menschen aus Berlin, München, Frankfurt, Wien und Breslau kamen zwischen dem 25. und 29. November 1941 ins litauische Kaunas (Kowno), wo sie sofort nach Ankunft vom Einsatzkommando 3 der Sicherheitspolizei erschossen wurden. Diese Aktion kann als Beginn der «Endlösung» an den Juden des Reiches gesehen werden. Es ist jedoch unklar, ob dies von der NS-Führung tatsächlich so gewollt war. Denn als einige Tage später, am 30. November 1035 jüdische Berliner in die lettische Hauptstadt Riga verfrachtet wurden, telefonierte SS-Chef Himmler mit seinem Untergebenen Heydrich: «Judentransport aus Berlin. Keine Liquidierung.» Da war es jedoch schon zu spät; der Höhere

SS- und Polizeiführer Jeckeln, der an diesem Tag einen Massenmord an den Rigaer Juden organisierte, hatte am Morgen zuerst die deutschen Juden erschossen lassen. Jeckeln musste sich von seinem Vorgesetzten Himmler deshalb heftig kritisieren lassen, er habe dessen «Richtlinien» missachtet.

Anscheinend wollte man in Berlin also noch eine Zeitlang abwarten, bevor man deutsche und österreichische Juden im Osten massenhaft umbrachte. Auch bei der nächsten grossen Verschleppungsaktion, diesmal in den Distrikt Lublin, wurden die Juden aus dem Reich in die Wohnungen der Einheimischen gesetzt, die man kurz zuvor ermordet hatte. Auch von dort kamen sie erst mit einer gewissen Verzögerung in die Vernichtungslager Belzec und Sobibor. Dies alles deutet darauf hin, dass die NS-Führung unbedingt vermeiden wollte, dass Informationen über Massenmorde an Deutschen in die Heimat durchsickerten und dort möglicherweise für Unruhe sorgten. Aus Łódź und Lublin konnten die Verschleppten noch Briefverkehr mit ihren Heimatorten halten. Und tatsächlich kursierten in Berlin bereits nach einigen Wochen Nachrichten vom Massaker in Kaunas.

Im Frühjahr 1942, noch während die Transporte fuhren, liess man diese Rücksichten allmählich fallen. Bereits im Februar hatte die Polizei wieder deutsche Juden in Riga erschossen. Ab Mai setzten dann die grossen Vernichtungsaktionen ein, in Kulmhof und vor allem in Minsk. Die weissrussische Hauptstadt war in erster Linie für die österreichischen Juden ein Ort des Todes. Der erste direkte Transport aus dem Reich in ein Vernichtungslager ist für den Juni 1942 nachweisbar, er führte von Wien nach Sobibor.

Aus Rücksicht auf die deutsche und internationale Öffentlichkeit wurde ein eigenes Tarnunternehmen für bestimmte Gruppen von Juden aus dem Reich entwickelt, das Sonderghetto in Theresienstadt.

In einer alten Festung in Westböhmen, die man seit Oktober 1941 als Lager hergerichtet hatte, sollten jüdische Rentner, Prominente und «Privilegierte», etwa mit Auszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg, interniert werden. Diese mussten jedoch für den Aufenthalt bezahlen und sogenannte «Heimeinkaufsverträge» abschliessen. Zugleich diente die Festung als Durchgangslager für die Deportation der böhmischen Juden. Sie stellten Ende November 1941 auch die ersten und insgesamt die meisten Insassen. Nach der Ankunft Zehntausender Juden aus dem Reich im Sommer 1942 lebten im September des Jahres zeitweise 53'000 Menschen auf engstem Raum. 1943/44 kamen auch Juden aus den Niederlanden und aus Dänemark.

Theresienstadt war eine Täuschung. Offiziell unter einer Selbstverwaltung unter dem Rabbiner Leo Baeck, unterlag es tatsächlich völliger SS-Kontrolle. Nach aussen hin wurden die Lebensbedingungen geschönt dargestellt, so in einem Propagandafilm, aber auch gegenüber einer Rot-Kreuz-Delegation im Juli 1944. In Wirklichkeit war das Leben in der Festung elend, von den 140'000 Juden, die dorthin deportiert wurden, starben 33'000 am Ort.

Vor allem aber war Theresienstadt eine Durchgangsstation in den Massenmord. Schon im Januar 1942 verliess ein erster Transport die Festung in Richtung Riga. Die Ziele waren die gleichen wie für die übrigen Juden aus dem Reich, nur legte man eine Zwischenstation ein. 88'000 Menschen wurden wieder abtransportiert, nur wenige von ihnen überlebten den Krieg. Verschleppte aus Theresienstadt befanden sich unter den letzten, die im November 1944 in den Gaskammern von Auschwitz qualvoll sterben mussten.

Der erste grössere Transport aus dem Altreich direkt nach Auschwitz fiel auf den 9. Dezember 1942. Das Konzentrationslager wurde nun zum Ziel der meisten Deportationen aus Deutschland,

während in Österreich schon fast keine Juden mehr lebten. Für besonderes Aufsehen sorgte die Verschleppung der jüdischen Zwangsarbeiter aus Rüstungsbetrieben am 27. Februar 1943. Als dabei in Berlin auch jüdische Partner von «Mischehen» festgenommen wurden, kam es zu der berühmten Protestdemonstration ihrer Ehegatten vor dem Gebäude der Gestapo in der Rosenstrasse. Allerdings ist nicht ganz geklärt, ob diese Juden nicht «versehentlich» verhaftet worden und somit gar nicht für die Deportation bestimmt waren. Auf jeden Fall kamen diese Inhaftierten wieder frei.

Unmittelbar danach liess Himmler auch den Grossteil der Sinti und Roma im Reich nach Auschwitz deportieren, die in einem separaten Lagerteil ebenso zugrunde gingen wie Juden. Als am 19. Juni 1943 die letzten Angestellten der jüdischen Gemeinde Berlins den Weg nach Theresienstadt antreten mussten, erklärte Gauleiter Goebbels die Reichshauptstadt schliesslich für «judenfrei». Offiziell lebten im September 1944 noch über 14'000 Juden in Deutschland und etwa 6'000 in Österreich, fast durchweg Partner in «Mischehen»; Tausende andere hielten sich versteckt. Erst in den letzten Monaten des Krieges begann die Gestapo auch mit der Deportation von bestimmten Juden aus Mischehen und «Mischlingen»; sie kamen nach Theresienstadt oder in Internierungslager. Von den 500'000 jüdischen Deutschen (1933) und den 206'000 jüdischen Österreichern (1938) wurden zusammen 230'000 Menschen Opfer des Völkermordes. Allein die deutschen Juden hatten bis zu zwölf Jahre ununterbrochener Verfolgungen erdulden müssen; viele nutzten diese Zeit jedoch, um zu emigrieren und ihr Leben zu retten. Gerade für die ältere Generation schien dieser Weg jedoch nicht gangbar. Sie starben zumeist in den Vernichtungsstätten im Osten.

9. Europaweite Vernichtung 1942-1944

Den mit Abstand höchsten Blutzoll zahlten die osteuropäischen Juden. Doch der Verfolgungsprozess erstreckte sich seit 1940/41 nahezu über das gesamte Europa, über alle von Deutschland besetzten oder mit ihm verbündeten Länder.

Die Slowakei existierte als Marionettenstaat von Hitlers Gnaden, der im März 1939 bei der Zerschlagung der «Resttschechei» gebildet worden war. Das autoritäre, sich besonders katholisch gebärdende Regime des Priesters Josef Tiso hatte sich schon frühzeitig bemüht, gegen die jüdische Minderheit vorzugehen. Bereits nach der Ausrufung einer «autonomen» Slowakei ordneten die Behörden Tage vor der «Reichskristallnacht» die Deportation von 7'500 Juden an, die in slowakische Gebiete kamen, welche an Ungarn abgetreten werden sollten. Auf diplomatischen Druck musste die Aktion jedoch wieder rückgängig gemacht werden. Sie zeigt freilich, wie schnell Tiso und seine Entourage danach strebten, Verschleppungen vorzunehmen.

Die Verfolgung der slowakischen Juden ging dennoch weiter, mit Enteignungen, Hunderten von antijüdischen Verordnungen und schon seit 1939 mit Arbeitskompanien und Arbeitslagern für jüdische Männer. Die slowakische Regierung war wieder unter den ersten, die sich meldete, als sich in Deutschland eine «Endlösung der Judenfrage» abzeichnete. Schon im Mai 1941 machte sie erste Vorschläge, seit Oktober des Jahres verhandelte sie mit deutschen Stellen über die Deportation von Juden nach Polen; sie war bereit, dafür

die Kosten zu übernehmen. Doch die Verschleppungen kamen erst ab März 1942 zustande, etwa 58'000 Menschen gelangten vor allem in den Distrikt Lublin, aber auch nach Auschwitz oder Majdanek, wo sie anfangs nicht direkt ermordet wurden, sondern an den Lagerverhältnissen elend zugrunde gingen. Für Eichmann und seinen Slowakei-Beauftragten Wisliceny war dies die erste grosse Transportaktion in die Vernichtungslager.

Es ist nicht zweifelsfrei geklärt, wann dem Tiso-Regime klar wurde, dass es seine Bürger in den Tod schickte. Auf jeden Fall begannen sich in der Bevölkerung und der katholischen Kirche Bedenken zu regen. Erst am 20. Oktober 1942, als sich immer mehr Juden der Deportation entzogen, wurden die Transporte nach Auschwitz eingestellt. Zwar wurden damit nicht die Verfolgungen unterbrochen, wohl aber die Massenmorde. Als im August 1944 jedoch der Slowakische Aufstand ausbrach, besetzte die Wehrmacht das Land und die eigens aufgestellte Einsatzgruppe H organisierte eine Menschenjagd auf die Juden, die bisher mit Schutzpapieren gelebt hatten. Über 12'000 Menschen wurden bis März 1945 deportiert, die Mehrzahl nach Auschwitz, andere nach Sachsenhausen und Theresienstadt.

Während die Verschleppung der Juden aus der Slowakei ein früher «Testfall» für Eichmann und seine Mitarbeiter darstellte, wurde für Westeuropa ein regelrechtes Deportationsprogramm aufgestellt. Die Situation der Juden in den westeuropäischen Staaten gestaltete sich bis Anfang 1942 ein wenig günstiger als in Osteuropa. Doch auch die Besatzer in Paris machten seit Oktober 1941 Vorschläge, die französischen Juden in die Ostgebiete abzuschieben, obwohl man auch hier über die Massenmorde im Bilde war. Die ersten Opfer dieser Vorstösse waren 1'000 Juden, die man als Geiseln im Lager Compiègne bei Paris interniert hatte und die am 27. März 1942 nach Auschwitz gelangten. Nachdem Heydrich Anfang Mai persönlich

nach Paris gekommen war und über die Mordpläne im Detail unterrichtete, begannen die Vorbereitungen für ein grosses Deportationsprogramm. Dazu gehörte unter anderem die zwangsweise Einführung des «gelben Sterns», die in Westeuropa erst im Frühjahr 1942 erfolgte. Zunächst wurden Juden in den Provinzstädten Frankreichs verhaftet. Am 16./17. Juli folgte die grosse Razzia der einheimischen Polizei in Paris. Fast 13'000 Juden ohne französischen Pass internierte man in einem Radrennstadion, dem Vélodrome d'Hivers. Gleichzeitig begannen regelmässig Deportationszüge über das Lager Drancy in Paris nach Auschwitz zu fahren, – die Mehrzahl der Deportierten wurde sofort nach ihrer Ankunft ermordet.

In kurzem Abstand mussten ab 17. August Juden aus den Internierungslagern der unbesetzten Zone den Weg in den Tod antreten. Zwar hatte sich Vichy-Premierminister Laval geweigert, französische Staatsbürger auszuliefern; in den Tod schickte er aber nicht nur Einwanderer, sondern auch deren Kinder, die in Frankreich geboren waren und somit die Staatsbürgerschaft erworben hatten. Diese wurden zum Teil von ihren Eltern, die man zuerst verschleppte, getrennt und in mehreren Transporten separat ins Vernichtungslager deportiert.

Im November 1942 überschlugen sich die Ereignisse: Nach der alliierten Landung in Nordwestafrika marschierte die Wehrmacht in den unbesetzten Teil Frankreichs ein. Ihr folgten Eichmanns Männer auf dem Fusse. Da aber italienische Truppen einen Teil Südfrankreichs übernahmen, flüchteten Juden in Scharen in den Raum um Nizza. Dort waren sie bis zum Sturz Mussolinis im September 1943 relativ sicher. Seit Juli 1943 fuhren jedoch wieder mehr Todeszüge aus Frankreich nach Auschwitz, mit weiteren 20'000 Juden. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass die italienischen Behörden, aber

auch Vichy und andere französische Stellen das gross angelegte Deportationsprogramm durchkreuzt haben. Trotz der schrecklichen Ziffer von 75'000 Deportierten aus Frankreich, von denen 3'000 überlebten, und mehreren tausend Opfern von Geislerschiessungen, konnte sich die Mehrheit der Juden retten.

Auch in Belgien, wo es keine unbesetzte Zone gab, gelang mehr als der Hälfte der Juden, die Besatzung zu überleben. Dank der Hilfe der nichtjüdischen Bevölkerung waren schätzungsweise 25'000 Juden untergetaucht. Den geringsten Schutz genossen, wie überall, die ausländischen Juden. Sie waren es vor allem, die nach Auschwitz deportiert wurden.

Aus den Niederlanden setzten die systematischen Deportationen am selben Tag ein wie aus Frankreich, am 16. Juli 1942. Nahezu parallel verliefen die Verschleppungen, obwohl die deutsche Besatzungsmacht in Paris andauernd mit einer Kollaborationsregierung zu verhandeln hatte. Erst im Frühjahr 1943 scherten die Entwicklungen in Westeuropa auseinander. Die Deportation der niederländischen Juden über die Durchgangsstation Westerbork lief ununterbrochen weiter, wenn auch jetzt nach Sobibor. In Frankreich geriet das Vernichtungsprogramm ins Stocken.

Bis heute ist umstritten, warum in den Niederlanden mit 107'000 Juden so viele, in Belgien und Frankreich weniger Personen und ein zugleich erheblich niedrigerer Anteil der jüdischen Minderheit den Morden zum Opfer fielen. Als Faktoren diskutiert man die Struktur der Besatzungsverwaltung, die Bedeutung der Kollaboration und die Haltung der nichtjüdischen Bevölkerung, oder das Verhalten der jeweiligen jüdischen Gemeinden. Allem Anschein nach wog der Faktor deutsche Politik am schwersten, – während man aus den Niederlanden mit aller Gewalt auch im Frühjahr 1943 verschleppte, zogen sich die deutsch-französischen Verhandlungen ohne entscheidendes Ende hin. In Frankreich gelang es deshalb den meisten Juden, sich zu retten.

Ein Jahr später als Westeuropa geriet Südosteuropa unter Hitlers Herrschaft. Jugoslawien zerfiel während des Krieges in zahlreiche autonome Einheiten und Besatzungsgebiete. Wie gezeigt, begannen die Massenmorde an Juden in Serbien bereits im September 1941 unter der Ägide der Militärverwaltung. Nachdem die Mehrzahl der jüdischen Männer unter dem Vorwand von Repressalien bis Anfang 1942 ermordet worden war, wurden ab Dezember Frauen, Kinder und Alte in das Lager Semlin bei Belgrad eingewiesen. Dort setzte die Gestapo von März bis Mai 1942 einen sogenannten Gaswagen ein, in dem über 6'000 Wehrlose grausam zu Tode gebracht wurden. Anschliessend meldete man: «Serbien einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst/»

Der von Deutschland abhängige Ustascha-Staat in Kroatien konnte seine antijüdische Politik zunächst selbständig betreiben. Doch bleibt festzuhalten, dass sich der Terror der Ustaschi unter Ante Pavelic vor allem gegen die im Lande ansässigen Serben, und erst in zweiter Linie gegen Juden und Roma richtete. Schon im Hochsommer 1941, also einige Monate nach der Errichtung des «Unabhängigen Staates Kroatien», massakrierten die Ustaschi Tausende von Serben, insbesondere orthodoxe Priester. Bereits Tage nach dem Umsturz vom April 1941 ergingen jedoch auch Rassengesetze; bald darauf folgte die zwangsweise Kennzeichnung der Juden. Die von den Ustaschi kontrollierte Regionalverwaltung entwickelte beträchtliche Initiativen bei der Verfolgung aller dieser Minderheiten.

Innerhalb Kroatiens internierten die Ustaschi seit August 1941 Tausende Juden im Lagersystem von Jasenovac, dem Todesort vor allem für Serben und Roma. In nahezu allen Lagern gingen die Ustaschi mit unvorstellbarer Grausamkeit vor und schlachteten ihre Opfer regelrecht ab. Die Zahl der Toten ist bis heute in serbisch-kroatischen Propagandagefechten umstritten. Auf massives Drängen der

Deutschen Gesandtschaft in Zagreb unternahm die kroatische Regierung auch Deportationen nach Auschwitz. So deportierte man im August 1942 5'500 Juden aus den Internierungslagern. Im Mai 1943 nahm man nach langen Verhandlungen die Deportationen nach Auschwitz erneut auf. Erhebliche Widerstände gegen die Vernichtungspolitik der Ustaschi gingen – wie in Griechenland – von Seiten der italienischen Besatzungstruppen aus, die Dalmatien und Südkroatien beanspruchten. Durch die Internierung auf der Insel Rab konnten die Italiener Tausenden Juden in Kroatien das Leben retten. Erst im März 1944, lange nach dem Umsturz in Italien, wurden die 280 albanischen Juden verhaftet, von denen die Mehrheit im Lager Bergen-Belsen starb.

Ähnlich wie Jugoslawien zerfiel auch das besetzte Griechenland in verschiedene Besatzungszonen unter deutscher, italienischer und bulgarischer Hoheit. Und vergleichbar dem Nachbarland unterschied sich auch das Schicksal der Juden je nach Zone: Im italienischen Besatzungsgebiet, das den grössten Teil Westgriechenlands umfasste, boten die Behörden den Juden bis September 1943 bemerkenswerten Schutz; in der bulgarischen und der deutschen Zone fehlte dieser. Besonders die grosse und traditionsreiche jüdische Gemeinde in Saloniki bekam das zu spüren; hier lebten sephardische Juden, also die Nachkommen derer, die Ende des 15. Jahrhunderts aus Spanien vertrieben worden waren. Unter deutscher Militärverwaltung machten die jüdischen Gemeinden in Saloniki und der Ägäis den europaweiten Prozess der Enteignung und Entrechtung durch. Erst vergleichsweise spät, am 15. März 1943, begannen die Deportation nach Auschwitz. Mehrere Ghettos in Saloniki bildeten eine Art Durchgangsstation. Im Oktober 1943 entfiel der italienische Schutz für die westgriechischen Juden, – im März 1944 wurden auch von dort einige tausend Menschen nach Auschwitz geschickt.

Mit welcher Vehemenz die Besatzungsmacht danach strebte, auch die griechischen Juden zu ermorden, zeigt der logistische Aufwand, den man dabei trieb. Noch im Juni und Juli 1944, als das Reich alle verfügbaren Kräfte nach Frankreich und an die Ostfront schickte, organisierte die Militärverwaltung die Deportation der Juden von Korfu und Rhodos. Eines der Schiffe von den Inseln sank, mit ihm gingen alle jüdischen Insassen unter. Die übrigen kamen an Land und per Zug ins Vernichtungslager. Der Vernichtungswille der deutschen Besatzungsmacht, wie auch die Kooperationsbereitschaft der bulgarischen Regierung, brachten 54'000 griechischen Juden den Tod; die jüdischen Gemeinde von Saloniki verlor 96% ihrer Mitglieder.

Bulgarien stand seit dem Krieg eigentlich immer in dem Ruf, seine jüdischen Bürger vor der nationalsozialistischen Vernichtungskampagne gerettet zu haben. Freilich ist dies nicht die ganze Wahrheit. Dass die Juden in Bulgarien nicht deportiert wurden, lag weniger an der hohen Moral der bulgarischen Regierung als vielmehr an ihrem Bestreben, sich trotz der Anlehnung an Deutschland diplomatisch alle Türen offenzuhalten. Auf deutsches Drängen führte die Regierung, wenn auch zögerlich, Rassengesetze ein; bald auch einen Zwangsarbeitsdienst für jüdische Männer. Im Juli 1942 gab sie die bulgarischen Juden im Reich zur Deportation, d.h. zur Ermordung frei. Weiter ging sie gegen die Juden im Lande aber nicht vor.

Ähnlich wie in Rumänien galt dieser Schutz nicht für die Juden in bulgarisch besetzten Gebieten, im jugoslawischen Mazedonien und im griechischen Thrakien. Ihre Deportation vereinbarte man umstandlos mit Eichmanns Vertreter. 11 343 Juden aus Mazedonien und Thrakien verhaftete die bulgarische Polizei und steckte sie im März/April 1943 in Züge bzw. Schiffe nach Wien. Nach der Übergabe an Reichsbehörden mussten sie weiter ins Vernichtungslager

Treblinka fahren. Damit waren die «Endloser» schon relativ zufrieden. Weitere, eher zurückhaltende, Forderungen nach Deportationen aus Bulgarien selbst waren angesichts der Kriegslage nicht mehr durchzusetzen.

Die rumänische Regierung hatte nach der deutschen die umfangreichsten Massenmorde an Juden zu verantworten. Von Juni 1941 bis März 1942 organisierte sie nahezu kontinuierlich Massaker von unfassbarem Ausmass. Dabei spielte eine grosse Rolle, dass sich diese Verbrechen zum allergrössten Teil gegen die Juden in den anektierten und besetzten Gebieten richteten. Ein grosses eigenes Territorium, Transylvanien, hatte die rumänische Regierung hingegen an Ungarn abtreten müssen; die dortigen Juden kamen erst im März 1944 unter Eichmanns Zugriff.

Gegen die Juden im Regat, also im altrumänischen Gebiet, blieben die Massnahmen meist unterhalb der Schwelle von Tötungen, sieht man von den schrecklichen Pogromen in Belgrad und besonders Jassy ab. Staatschef Antonescu wie auch Eichmanns Abgesandte planten jedoch auch ihre Deportation, – im August/September 1942 schienen diese Vorhaben spruchreif. 250'000 Juden sollten aus Altrumänien in den Distrikt Lublin in Polen verschleppt werden, die «Arbeitsunfähigen» waren für das Vernichtungslager Bełżec bestimmt. Doch Anfang Oktober 1942 stoppte Antonescu die Vorbereitungen. Noch vor der Niederlage von Stalingrad wandte er sich allmählich von Deutschland ab. Freilich resultierte dies mehr aus taktischen und weniger aus humanitären Erwägungen: Zu wenig war Hitler den rumänischen Interessen entgegengekommen, zu viele rumänische Soldaten starben – unzureichend ausgerüstet – an der Ostfront. Weder für die Juden in Rumänien noch für ihre Leidensgenossen in Transnistrien waren damit die Verfolgungen beendet; doch hatten sie nun keine Massenerschiessungen mehr zu fürchten; ein-

zelne Verbrechen ereigneten sich noch beim rumänischen Rückzug im März 1944. Antonescu und seine Schergen hatten ihren brachialen Antisemitismus in der Erfolgsphase Hitlerdeutschlands radikal umgesetzt, danach waren sie in der Lage, ihn wieder zu beschränken.

Wendet man den Blick nach Norden, ins von Deutschland weitgehend dominierte Skandinavien, so erscheint das Bild der Judenverfolgung nicht mehr ganz so düster. In Dänemark agierte die deutsche Besatzungsmacht vergleichsweise vorsichtig bei ihrem Bestreben, die «Judenfrage zu lösen». Die demokratisch gewählte dänische Regierung arbeitete unter Besatzung weiter und verhinderte ebenso wie die dänische Bevölkerung die Einführung einer «Judengesetzgebung». Dieser Handlungsspielraum bestand nur, weil sich in Dänemark vergleichsweise wenig Widerstand manifestierte. Erst im Frühjahr 1943 begann sich die Lage zu ändern, Ende August eskalierten die deutsch-dänischen Spannungen. Nun schien der Besatzungsverwaltung der Zeitpunkt gekommen, auch die dänischen Juden zu deportieren. Doch Informationen über bevorstehende grosse Verhaftungen sickerten von deutschen Stellen durch. Innerhalb von drei Wochen brachten dänische Fischer, unterstützt von vielen Institutionen, 7'200 Juden heimlich nach Schweden. Immerhin 500 Juden war die Flucht nicht gelungen; sie kamen nach Theresienstadt, wo die meisten überlebten.

Die kleine jüdische Minderheit in Norwegen konnte sich nicht ganz dem Vernichtungsprogramm entziehen. Zwar glückte den meisten die Flucht nach Schweden, 209 Menschen wurden jedoch am 25. Oktober 1942 mit dem Schiff von Oslo nach Stettin verfrachtet und von dort nach Auschwitz transportiert. Insgesamt erlitten 759 Norweger jüdischer Herkunft dieses Schicksal; nur 25 von ihnen überlebten. Allein die mit Deutschland verbündeten Finnen lehnten eine Auslieferung ihrer jüdischen Bürger ab. Aus heutiger Sicht mag

es erstaunlich klingen, dass sich unter den finnischen Soldaten, die hoch im Norden gegen die Sowjetunion kämpften, einige Juden befanden!

Erst relativ spät gerieten die Juden eines anderen Verbündeten, Italien, in deutsche Hand. Grundsätzlich war dem italienischen Faschismus zwar ein massiver Rassismus zu eigen, aber keine derart ausgeprägte antisemitische Komponente wie im deutschen Nationalsozialismus. Allerdings führte auch Mussolini, ohne grösseren Druck seines Verbündeten, 1938 antijüdische Gesetze ein. In den Jahren danach hatten die italienischen Juden vergleichsweise wenig unter Verfolgungen zu leiden, insbesondere wenn man auf die Situation bei den anderen deutschen Verbündeten blickt. Dies änderte sich schlagartig mit dem Sturz Mussolinis und dem deutschen Einmarsch im September 1943. Über 9'000 Juden wurden zwischen Oktober 1943 und Dezember 1944 verschleppt, zum allergrössten Teil nach Auschwitz.

Der Raum Triest bildete das «Adriatische Küstenland». Hier war das Personal der «Aktion Reinhardt», das im September 1943 aus Polen nach Italien wechselte, aktiv. Über das «Polizeihaftlager» San Sabba deportierte man die Juden aus dieser Gegend nach Auschwitz; von 1944 bis Kriegsende wurden italienische Juden auch, unter zahlreichen anderen Verfolgten, in Gaswagen ermordet. Während Rom vergleichsweise früh im Juni 1944 von den Alliierten die Freiheit erhielt, mussten die Juden in Norditalien bis zum Kriegsende leiden, – noch am 26. April 1945 ereigneten sich Morde.

Dieser Überblick über die «Endlösung» in den meisten Staaten Europas zeigt, wie unterschiedlich die politischen Voraussetzungen im Einzelfall waren. Im Allgemeinen ging die deutsche Regierung ihre Verbündeten, aber auch einige besetzte Länder, vergleichsweise vorsichtig an. Trotz des allgegenwärtigen Antisemitismus im Europa Anfang der vierziger Jahre reagierten die Regierungen und

Verwaltungen unterschiedlich. Das grösste Entgegenkommen zeigte sich in der Slowakei und in Kroatien, zwei Staatsschöpfungen Hitlers. Sie waren bereit, ihre eigenen jüdischen Staatsbürger auszuliefern. Weit gewalttätiger ging die rumänische Regierung vor: Sie organisierte weitgehend eigenständig die Ermordung von etwa 350'000 Juden. Fast überall erwies sich als entscheidend, ob sich die Verfolgung gegen eigene Landsleute oder gegen «Fremde» richtete. Für Juden in annektierten Gebieten gab es keinen Schutz, wie die Fälle Rumänien, Ungarn und Bulgarien zeigen. Aber auch im eigenen Land wurden Ostjuden und andere Immigranten dem Tode preisgegeben. Jude und Ausländer zu sein, erwies sich meist als doppeltes Stigma. Unter äusserem Druck änderten viele Regierungen aber ihr Verhalten, so zunächst in der Slowakei, dann in Rumänien und schliesslich in Ungarn sogar noch unter Besetzung. Allein die Mehrheit der Italiener und der Dänen wehrten sich konsequent gegen die Massenmorde. Erst die späte deutsche Besetzung brachte auch den bisher leidlich geschützten Minderheiten den Tod.

10. Der Sonderfall Ungarn

Bis zum März 1944 fühlten sich die einheimischen ungarischen Juden vor deutschem Zugriff weitgehend sicher. Zwar waren auch sie schon zuvor Verfolgungen ausgesetzt, die nur indirekt auf deutsche Intervention zurückzuführen sind. Schon 1937 hatte die Regierung, unter dem Eindruck des wachsenden Rechtsextremismus, ein erstes antijüdisches Gesetz verabschiedet, ein weiteres folgte 1938. Diese zielten noch auf eine Zurückdrängung der Juden in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. In zunehmende aussenpolitischer Abhängigkeit von Deutschland geraten, verschärfte Ungarn 1941 die Judenverfolgung. Ein drittes «Judengesetz», analog zu den Nürnberger Gesetzen, machte erst den Anfang. Jüdische Männer mussten Zwangsarbeit verrichten. In den sogenannten Arbeitsbataillonen waren sie gezwungen, Hilfsdienste für ungarische Truppen zu leisten, die seit 1941 auch in der Ukraine kämpften. Einige der Arbeitsbataillone gerieten sogar mit ungarischem Heeresseinheiten in den Kessel von Stalingrad. Die Mehrzahl der Männer, wohl an die 40'000, kam um oder wurde von deutscher Polizei ermordet.

Doch damit war Ungarns Anteil an der «Endlösung» noch nicht erschöpft; die ungarische Regierung wollte den Ostfeldzug nutzen, um aus der annektierten Karpato-Ukraine ausländische Juden abzuschieben; meist handelte es sich dabei um Flüchtlinge aus dem Reich oder Polen. Diese trieb man nach Ostgalizien oder in andere ukrainische Gebiete.

Dort gehörten sie, als ebenso unerwünschte Zuwanderer, zu den ersten Opfern der deutschen Polizei. Beim grössten Massaker dieser Zeit, Ende August 1941 in Kamenez Podolsk, liessen vor allem Flüchtlinge aus der Karpato-Ukraine ihr Leben. In der Batschka, die Ungarn von Jugoslawien im April 1941 annektiert hatte, verübten ungarische Truppen im Januar 1942 ein Massaker an der jüdischen Gemeinde von Novi Sad. Dies hatte allerdings in Ungarn ein juristisches Nachspiel, die Verantwortlichen wurden verurteilt.

Trotz weiterer Deportationspläne der ungarischen Regierung blieben die Juden im Lande 1942 relativ sicher, – nach der Niederlage von Stalingrad reagierte Horthy auf die Forderungen Hitlers, alle Juden auszuliefern, ablehnend. Vom Tode bedroht waren die Juden Ungarns erst seit März 1944, als die deutsche Wehrmacht kampfflos in dem Land einmarschierte. Zwar blieb der «Reichsverweser» Horthy weiter im Amt, die Politik wurde nun aber weitgehend von deutschen Stellen bestimmt. Eichmann reiste mit einem eigenen Kommando nach Budapest, um die «Endlösung» in dem Land zu organisieren.

Er liess das besetzte Gebiet in sechs verschiedene Zonen einteilen. Wie fast überall vorher, waren die ersten Opfer der Morde solche Juden, die in den von Ungarn annektierten Gebieten lebten und als «Ausländer» angesehen wurden, also in der Südslowakei, in Transsylvanien und in der Karpato-Ukraine. Ungarische Behörden ghettosierten oder konzentrierten die Juden in über 50 Städten. In der Karpato-Ukraine begannen die Deportationen am 15. Mai; das Gebiet war 1939 von Ungarn annektiert worden, von dort waren bereits 1941 Juden in deutsch besetzte Gebiete und damit in den Tod getrieben worden. Unmittelbar danach folgten die Juden aus Nordsiebenbürgen, das man Rumänien abgenommen hatte. Innerhalb von nur drei Wochen gingen aus diesen zwei Gebieten 92 Güterzüge mit fast

290'000 Menschen nach Auschwitz ab; zweifelsohne die radikalste Verschleppungsaktion der «Endlösung».

Es folgten die Juden aus den anderen Randgebieten des Landes. Erst danach, am 6. Juli 1944 begann die Deportation aus dem Raum Budapest, zunächst aus den Vororten. Bis zum 8. Juli mussten 437'000 Juden aus «Grossungarn» den Weg nach Auschwitz antreten. Viele von ihnen starben bei der Sommerhitze unter entsetzlichen Qualen bereits in den überfüllten Güterwaggons. Obwohl die Massenmorde an Juden nun schon seit drei Jahren andauerten, waren die jüdischen Gemeinden Ungarns erstaunlich schlecht informiert, was sie erwarten würde. Nach dem Krieg wurden die Führungsgremien der ungarischen Juden beschuldigt, solche Informationen gezielt zurückgehalten zu haben.

Warum aber unternahm die NS-Führung zu so einem späten Zeitpunkt noch einmal eine gigantische Mordaktion? Im Grunde hatten sowohl Hitler als auch sein Aussenminister von Ribbentrop immer darauf gedrängt, die Juden zu deportieren. Allerdings wollte man sie nicht in den besetzten sowjetischen Gebieten haben. Im Frühjahr 1944 hatte sich die strategische Lage der Achsenmächte dramatisch zugespitzt; die Rote Armee stand bereits nahe der ungarischen Grenze. Hitler, gefangen in seinem pathologischen Weltbild, sah die grossen jüdischen Gemeinden in Ungarn als «Gefahr im Hinterland»; zugleich aber benötigte das Reich dringend Arbeitskräfte für die Rüstung.

Am 7./8. April 1944 entschied Hitler, dass etwa 100'000 der Juden aus Ungarn als Ersatz für dringend benötigte Arbeitskräfte eingesetzt werden sollten. Schon im Juni 1944 kamen fast 15'000 ungarische Juden in das Lager Strasshof bei Wien. Dass diese Menschen nicht nach Auschwitz gelangten, war den Verhandlungen einer jüdischen Organisation mit Eichmann zu verdanken; in Österreich überlebten die meisten aus dieser Gruppe. Wieviele der nach

Auschwitz deportierten Menschen zur Zwangsarbeit selektiert worden sind, ist nicht genau festzustellen. Fast 28'800 von ihnen erhielten eine Registrierungsnummer in Auschwitz. Doch erheblich mehr wurden zur Arbeit ausgesucht, aber nicht registriert, vermutlich an die 80'000 Personen. Auf jeden Fall gelangten nun ungarische Juden über Auschwitz in Lager quer über Europa, und von dort zur Zwangsarbeit. Frauen kamen vor allem in die Rüstungsindustrie, Männer vorzugsweise zum Bau unterirdischer Flugzeuganlagen. Damit hatte Hitler mit dem Prinzip gebrochen, das seit Frühjahr 1941 galt: keine ausländischen Juden ins «Altreich» zu nehmen. Doch die Lebensbedingungen blieben weiter entsetzlich. Insbesondere der unterirdische Bau raffte Tausende ungarischer Juden dahin, vor allem in den Aussenlagern von Mauthausen.

Doch der Plan, alle etwa 800'000 Juden aus «Gross-Ungarn» zu deportieren, scheiterte. Am 7. Juli 1944 untersagte Reichsverweser Horthy alle weiteren Deportationen. Eichmann unternahm zwar weiterhin Versuche, Juden nach Auschwitz zu verschleppen; es gelang ihm nur noch in wenigen Fällen. Inzwischen war der aussenpolitische Druck auf die Regierung gross geworden, Amerikaner, Neutrale und der Vatikan hatten interveniert; nicht zu unterschätzen ist auch der Eindruck, den die herannahende Rote Armee und die westalliierte Landung in der Normandie auf die ungarische Regierung machte. Der Stopp der Deportationen zeigt im positiven wie im negativen, dass die ungarische Regierung noch über Handlungsspielräume verfügte.

Doch in der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 1944 wandelten sich die politischen Verhältnisse in Ungarn erneut. Die faschistische Organisation der Pfeilkreuzler stürzte Horthy und richtete ein eigenes Marionettenregime unter ihrem Führer Ferenc Szálasi ein. Eichmann sah nun die Gelegenheit, die Verschleppungen wieder aufzunehmen.

Angesichts des drohenden Zusammenbruchs sollten die Juden nicht mehr ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert werden, wo die Massenmorde durch Giftgas gerade eingestellt wurden, sondern zu Fuss nach Österreich marschieren. Dort und in Süddeutschland mussten die ungarischen Juden dringend benötigte Arbeitskräfte stellen.

So begannen im November 1944 die Todesmärsche Richtung Hegyeshalom. Angetrieben von Pfeilkreuzlern und ungarischer Gendarmerie, gelangten 78'000 Juden aus Budapest, in der Mehrzahl Frauen, und aus den Arbeitslagern, zur österreichischen Grenze. Die Bewacher standen den deutschen Funktionären oftmals nicht an Brutalität nach. In Österreich, also auf dem Boden des Reiches, erwartete die Verschleppten kein besseres Schicksal. Dort mussten sie vielfach die Beschimpfungen und Gewalttätigkeiten der örtlichen Bevölkerung über sich ergehen lassen. Zum Teil kamen die ungarischen Juden zur Zwangsarbeit an eine Befestigungsanlage im österreich-ungarischen Grenzgebiet, den sogenannten Südostwall, zum Teil noch weiter ins Aussenlagersystem des KZ Dachau. Gerade am Südostwall waren Massenmorde an der Tagesordnung. In einigen Fällen organisierten sich lokale NSDAP-Funktionäre mit anderen fanatisierten Einwohnern und brachten beispielsweise Gruppen von Marschierenden, die zurückgeblieben waren, auf eigene Faust um. So wurden am 25. März 1945 180 ungarische Juden bei Rechnitz (Burgenland) von SS, HJ und Volkssturm erschossen. Um die 14'000 Juden fielen den Morden bis März 1945 zum Opfer.

Der Putsch der Pfeilkreuzler war von brutalsten Ausschreitungen gegen Juden begleitet. Insbesondere jüdische Männer in den Arbeitsbataillonen hatten darunter zu leiden, – aber auch die Insassen des Budapester Ghettos waren nun Opfer direkter Massaker. Das Ghetto wurde am 10. Dezember 1944 hermetisch abgeriegelt und

beherbergte etwa 70'000 Menschen. Zehntausenden Juden darüber hinaus war es gelungen, sich von der schwedischen oder der schweizerischen Botschaft Schutzpässe zu besorgen, die sie vor den schlimmsten Verfolgungen bewahrten. Im Ghetto aber wüteten bis zum Einmarsch der Roten Armee die Banden der Pfeilkreuzler, die mindestens 9'000 Juden ermordeten, – meist warfen sie die Leichen in die Donau. Noch unmittelbar vor der Befreiung, vom 11. bis 14. Januar 1945, massakrierten Szalasi Männer Patienten der jüdischen Krankenhäuser. Drei Tage später stand die Rote Armee in Budapest.

11. Juden unter Verfolgung

Wer erklären will, wie und warum es zum Mord an den europäischen Juden kam, muss in erster Linie die Täter-Perspektive wählen, um der Ideologie, der Politik, den Entscheidungen und den Taten nachzuspüren. Natürlich ist dies nur ein Teil der Geschichte. Nicht davon wegzudenken ist das Schicksal der Millionen Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft, die unter die Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands oder seiner Verbündeten kamen.

Die überwiegende Mehrzahl dieser Personen hat den Krieg nicht überlebt und auch nur wenige Selbstzeugnisse hinterlassen. Deshalb wird unser Bild der Opfer stark durch die Überlebenden geprägt, durch ihre Zeugenaussagen und Memoiren. Die meisten Überlebenden waren zur Kriegszeit jung, oftmals politisch aktiv, und sie stammten aus Zentraloder Westeuropa. Innerhalb Polens, d.h. unter den nicht Geflüchteten, haben wohl nur 4-5 % der einheimischen Juden überlebt, in den besetzten sowjetischen Gebieten noch weniger von den Verfolgten.

Auch die Herkunft der verfolgten Juden war sehr unterschiedlich. Grob vereinfachend liesse sich eine Scheidelinie zwischen Westjuden und Ostjuden ziehen, zwischen dem assimilierten und dem traditionellen Milieu. So waren auch die Voraussetzungen für das Leben unter NS-Herrschaft sehr unterschiedlich, Juden in Berlin lebten oftmals zehn Jahre unter Verfolgung, Juden in Kiew wurden zehn Tage nach der Besetzung ermordet.

Von diesen Fällen der sofortigen Ermordung abgesehen, glich sich die Lage der Verfolgten in ganz Europa immer mehr an, also die sozialen Umstände, vor allem aber die Erfahrung der Verfolgung. Die Hauptursache dafür war die totale Enteignung durch deutsche Stellen, mit der oftmals die Beraubung durch Einheimische einherging. Meist war der erste Schritt dazu die Entlassung des Familienvaters von seiner Arbeitsstelle. Auch der Prozess der Verelendung gestaltete sich in den verschiedenen Milieus recht unterschiedlich. In Deutschland und Österreich geschah dies eher graduell, mit einer massiven Beschleunigung ab 1938, in Westeuropa innerhalb weniger Jahre nach 1940, in Polen hingegen relativ schnell. Die Juden in den sowjetischen Gebieten hatten meist keinen grösseren Besitz vorzuweisen.

Doch die Beraubung war nur das äussere Gesicht der sozialen Ausgrenzung. Oftmals viel schlimmer gestaltete sich für die Juden die menschliche Isolierung von ihrer Umwelt. Zunächst mit Ausschlüssen aus Verbänden und Organisationen, folgte die allmähliche Separierung der jüdischen Minderheit im täglichen Umgang. Nichtjuden frequentierten keine jüdischen Geschäfte, keine Ärzte und andere Berufsgruppen mehr; jüdische Schüler wurden in ihren Klassen isoliert, bald ganz vom Bildungssystem ausgeschlossen. Schliesslich wurden die Juden von ihren meisten nichtjüdischen Bekannten geschnitten.

Die gravierendsten Einschnitte der Isolierung bildeten aber die zwangsweise Kennzeichnung jüdischer Personen mit dem Davidstern (aufgenäht oder am Armband) und bald auch die Einrichtung sogenannter «Judenhäuser», in die man zwangsweise eingewiesen wurde; zuletzt schliesslich die Einweisung in ein Ghetto. Die Gestalt der Ghettos konnte recht unterschiedlich ausfallen. Eingemauerte Stadtbezirke mit bewaffneten Wachen waren bis Ende 1941 eher die Ausnahme.

Unter der jüdischen Bevölkerung grassierte täglich vor allem ein Notstand: Hunger. Die offiziell bewilligten Rationen entsprachen denen für nichtjüdische Kinder. Davon konnte kein Mensch leben, – oftmals wurden selbst die Rationen nicht ausgeliefert, die auf dem Papier standen. So musste jeden Tag ein Teil der Zeit darauf verwendet werden, Essen zu organisieren, sei es auf dem Schwarzmarkt, bei Verwandten oder durch sonstige Besorgung. Sobald man aber in ein geschlossenes Ghetto gelangte, bestanden kaum noch Möglichkeiten zum «Organisieren» von Nahrung. So nimmt es nicht wunder, dass in den abgeriegelten «jüdischen Wohnbezirken» in Polen das Hungersterben schon 1940 enorme Ausmasse annahm. Vor allem alte alleinstehende Menschen waren oftmals nicht mehr in der Lage, sich zusätzliche Versorgung zu beschaffen.

Bis auf die Facharbeiter und wenige Privilegierte verschlechterte sich bei allen Juden im Laufe der Zeit der Gesundheitszustand. In den zwangsweise zugewiesenen Wohngebieten lebten oft sechs bis zehn Personen in einem Raum, die Kanalisation war meist unzureichend. So erwies sich der Ausbruch von Seuchen unter diesen künstlich geschaffenen Bedingungen als fast zwangsläufig. Besonders im Herbst 1941 sprangen Epidemien aus den Lagern für sowjetische Kriegsgefangene auf die schwächsten Teile der Bevölkerung über, die Juden in Städten und Ghettos. Neben dem Verhungern waren Tuberkulose und Typhus (bzw. Fleckfieber) die häufigsten Todesursachen. Zwar verfügte die Minderheit über vergleichsweise viele Ärzte, doch waren diese längst aus ihren Praxen geworfen worden. Die wenigen jüdischen Krankenhäuser waren heillos überlastet, die deutsche Medizinalverwaltung verweigerte oft die geringste Versorgung mit Medikamenten.

Lange vor den Massenmorden gehörte deshalb der langsame Tod zum Alltag der Juden besonders in Polen. Die Winter waren gefürch-

tet, weil man sich kaum mehr Heizmaterial leisten konnte und eine Beschaffung von Holz in den umliegenden Wäldern lebensgefährlich war. In geschlossenen Ghettos wie Łódź und Warschau stieg die Todesrate kontinuierlich an. Tote in den Strassen gehörten zum Alltagsbild, ebenso wie die unentwegt tätigen Leichenfahrer. Doch an manchen Orten, etwa in Ghettos auf sowjetischem Boden, funktionierte nicht einmal mehr der Begräbnisdienst, Leichen lagen tagelang in den Wohnungen.

Aber auch ausserhalb Polens und der Sowjetunion war der Tod allgegenwärtig. Gerade viele ältere und schwächere Menschen verkrafteten die Verfolgung und die Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht. Manche sahen keinen anderen Ausweg und nahmen sich das Leben. Besonders während pogromartiger Ausschreitungen und unmittelbar vor Deportationen geriet der Suizid zum Massenphänomen.

Neben der Isolierung stand die Erfahrung seelischer und körperlicher Gewalt. Öffentliche Misshandlungen waren bis 1938 vergleichsweise selten. Ganz anders erlebten es die polnischen Juden seit Kriegsbeginn. Viele Deutsche machten sich eine Belustigung daraus, die exotisch erscheinenden Ostjuden vor aller Augen zu demütigen oder gar zu schlagen. Auch später mussten sie Schläge und Tritte über sich ergehen lassen, besonders bei Razzien auf Schwarzmarkthändler oder während der Verrichtung von Zwangsarbeit. Die «Ghettoaktionen» in Polen waren besonders ab Sommer 1942 von äusserster Brutalität begleitet, nun erschien das Leben eines Juden gar nichts mehr wert. Unfassbar ist es auch, mit welcher Brutalität die Täter ihre Opfer vor Massenerschiessungen behandelten. Noch unmittelbar vor der Ermordung fühlten sich manche Schergen bemüssigt, Juden zu malträtieren. Die Entmenschlichung kannte hier keine Grenzen mehr.

Keiner näheren Erläuterung bedürfen die Zustände in den Lagern, sei es KZ oder Zwangsarbeitslager. In diesen geschlossenen Zonen

waren die Häftlinge völlig dem Gutdünken von Wachmannschaften, Vorarbeitern und Kapos ausgeliefert. Und fast in jedem Lager gab es besonders gefürchtete Schläger, denen jeder Anlass recht war, um Häftlinge zu schlagen oder gar zu Tode zu prügeln. In Haftstätten, in denen sich auch nichtjüdische Insassen befanden, war die Behandlung der Juden meist systematisch schlechter, sie rangierten am unteren Ende der Lagergesellschaft.

Gerade in den Lagern, in denen grosse Massen deportierter Juden ankamen, hatten die Häftlinge nur eine geringe Lebenserwartung. Unter den Strapazen der Zwangsarbeit und bei minimaler Ernährung magerten sie zu «Muselmännern» ab, die alsbald von der Lagerführung für arbeitsunfähig erklärt und umgebracht wurden. In den Zwangsarbeitslagern war das Regime im Allgemeinen schlecht, konnte aber erheblich variieren. Insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte 1942 wurden von vielen Lagerleitungen Versuche unternommen, die kräftigeren und qualifizierteren Häftlinge etwas besser zu behandeln und von den anderen zu trennen.

Extremste menschliche Situationen hatten die Sonderkommandos in den Vernichtungslagern zu ertragen. Dabei handelte es sich um Häftlinge, die ausgewählt worden waren, um an den Tötungsanlagen zu arbeiten. Zunächst hatten die Angehörigen dieser Kommandos nur ein kurzes Leben, weil sie von den Lagerfunktionären als «lästige» Augenzeugen in periodischen Abständen ermordet wurden. Aber im Laufe der Zeit bevorzugten auch die Wachmannschaften erfahrenere Sonderkommandos. Die psychische Belastung war unvorstellbar gross. Die Funktionshäftlinge mussten den Todgeweihten vor den Gaskammern beim Ausziehen ihrer Kleider helfen, den Frauen die Haare abschneiden, und schliesslich die Leichen aus den Räumen ziehen, vergraben oder in den Krematorien verbrennen. Trotz dieser Ausnahmesituation war der Lebenswille auch in den

Sonderkommandos nicht gebrochen. Den Tod sicher vor Augen, unternahmen einige dieser Kommandos Revolten. In Treblinka und Sobibor gelangen Massenausbrüche, in Auschwitz die Zerstörung eines Krematoriums mit seinen Vernichtungsanlagen.

Im Angesicht der drohenden Ermordung standen alle jüdische Familien unter extremer Anspannung. Hatten zunächst Flucht, Zwangsarbeit und Verschleppung in andere Gegenden die Familien auseinandergerissen, so musste man nun den Tod seiner nächsten Angehörigen fürchten. Es gibt kaum Überlebende, die nicht mehrere oder gar alle Familienmitglieder und Verwandte während des Krieges verloren haben, meist unter schmerzlichsten Bedingungen. Noch mehr als es ohnehin schon der Fall war, rückte die Mutter in den Mittelpunkt der Familie, – Männer waren oft zur Zwangsarbeit rekrutiert oder hatten, wie in den besetzten sowjetischen Gebieten, bereits sehr bald einen gewaltsamen Tod gefunden.

Grundsätzlich unterschied sich das Schicksal von jüdischen Männern und Frauen unter Verfolgung nicht. Beide waren von der nationalsozialistischen Führung und deren Schergen zur Vernichtung ausersehen. Frühzeitig versuchten die Täter, jüdische Frauen und Männer voneinander zu trennen. Damit war eine Vorauswahl für Mordaktionen schon getroffen, – vor allem aber sollte die Fortpflanzung verhindert werden. Wie bei anderen Häftlingsgruppen auch, so waren Männer und Frauen in den grösseren Lagern getrennt interniert.

Und doch existierten geschlechtsspezifische Unterschiede in der Geschichte und Erfahrung der Verfolgung. Männern in der Sowjetunion konnte unter Umständen durch die Einziehung zur Roten Armee das Leben gerettet werden. Andererseits gab es für jüdische Rotarmisten, die in deutsche Hand fielen, keine Rettung. Für solche

Juden, die als «Arier» untertauchten, konnte sich die Beschneidung als verhängnisvoll erweisen. Frauen, insbesondere wenn sie älter oder Mütter waren, hatten in der Regel geringere Überlebenschancen als Männer. Für sie gab es weniger Stellen als Zwangsarbeiterinnen, so vor allem in der Textilbranche oder als Hausmädchen. Meist war die Frauenabteilung in Lagern kleiner, wenn sie überhaupt existierte. Nicht selten verband sich mit der Verfolgung der Frauen auch sexuelle Gewalt; Fälle von Vergewaltigungen selbst während der Ghettoräumungen sind bekannt. Hingegen sank die Geburtenrate unter den Verfolgten drastisch. Nur noch wenige wagten es, angesichts einer ungewissen Zukunft, Kinder in die Welt zu setzen. Für Neugeborene gab es spätestens ab 1942 keine Aussicht mehr auf ein Überleben; es sei denn, die Familien fielen in den Kreis der Juden, die nicht deportiert wurden. Zudem wirkten sich sowohl Verfolgungstraumata als auch Mangelernährung negativ auf die Fruchtbarkeit aus. Im Extremfall wurden Jüdinnen Opfer von Zwangssterilisierung, wie sie etwa bei Versuchen in Auschwitz unter grausamsten Umständen von Lagerärzten praktiziert wurden. Dennoch hat es überall in Europa auch während des Zweiten Weltkrieges Familiengründungen unter Juden gegeben, überall Geburten.

Jüdische Kinder stellten zweifelsohne die hilflosesten Opfer der Vernichtungskampagne; sie machten schliesslich etwa ein Viertel der Ermordeten aus. Himmler selbst sprach dafür gegenüber Generalen eine zynische Begründung aus: «Ich habe mich nicht für berechtigt gehalten – das betrifft nämlich die jüdischen Frauen und Kinder –, in den Kindern die Rächer gross werden zu lassen/ Von Beginn der Verfolgungen an machten sie alle traumatische Erfahrungen durch. Seit Herbst 1941 gehörten Kinder zu den Hauptopfern der Mordaktionen, schon Ende 1942 lebte nur ein Bruchteil der Juden unter 14 Jahren unter deutscher Besatzung. Für sie hatten die

Mörder keine wirtschaftliche Verwendung, bei den Selektionen hatten Mütter und ihre Kinder so gut wie keine Chance. Meist gingen diese zusammen in den Tod. In den Lagern bestand für Juden im Alter unter 13/14 Jahren so gut wie keine Überlebenschance. Oft wurden die Familien völlig auseinandergerissen, und die kleinsten Opfer waren ganz auf sich gestellt. Schon vor den Deportationen, im November 1941, lebten im Warschauer Ghetto weit über 10'000 Waisen. In manchen Ghettos lässt sich das Phänomen der Jugendbanden beobachten, die gemeinsam ihr Überleben zu organisieren suchten. Bei den meisten Kindern stellte sich so das Erwachsenwerden frühzeitig und traumatisch ein; dies lässt sich auch an den überlieferten Tagebüchern ablesen. Die Kinder aus den überfüllten Waisenhäusern mussten vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 den Weg in den Tod antreten; bekannt ist das Schicksal des Warschauer Waisenhauses von Janusz Korczak, der zusammen mit seinen Schützlingen am 5. August 1942 in Treblinka im Gas erstickt wurde. Ein sehr spätes Beispiel ist das Kinderheim von Izieu bei Lyon, dessen Insassen im April 1944 einen der letzten Deportationszüge von Frankreich nach Auschwitz besteigen mussten. Aber nicht selten stürmten die deutschen Polizisten die Heime bei den Ghetto-räumungen und machten die kleinen Insassen mit Maschinenpistolen an Ort und Stelle nieder. Die wenigen Kinder, die überlebten, hatten oft jahrelang in Verstecken ausgeharrt. Sie alle waren für ihr Leben beschädigt und hatten oft die ganze Familie verloren.

Doch nicht nur Geschlecht und Alter prägten unterschiedliche Verfolgungserfahrungen, auch das Milieu und kulturelle bzw. politische Bindungen. Assimilierte Juden erlebten die Verfolgung zunächst einmal als soziale Katastrophe, in Deutschland wurden sie zudem von ihrer eigenen Heimat verstossen. Die Assimilation hatte

sich überall als sehr brüchig erwiesen. Viele der «modernen» Juden fanden unter diesen Voraussetzungen zu einer jüdischen Identität zurück. Im Shtetl, den jüdischen Gemeinden in Kleinstädten vor allem in Ostpolen, interpretierte man die Verfolgung zunächst als periodisch wiederkehrende Erfahrung. Gerade orthodoxe Juden versuchten den Erlebnissen einen religiösen Sinn beizumessen; Zionisten fühlten sich in ihrer Einstellung bestärkt, dass man in der Diaspora keine Zukunft habe. Insgesamt hat es den Anschein, als ob die Religiosität unter der Verfolgung einen starken Aufschwung genommen hat; doch verzweifelten nicht wenige an ihrem Glauben. Zwar verstanden die Nationalsozialisten die Unterdrückung nicht als religiös motiviert; dies hinderte sie jedoch nicht, religiöse Symbole des Judentums zu attackieren. Jüdische Synagogen und Bethäuser waren zerstört oder zweckentfremdet, das Schächten offiziell untersagt. Der Sabbat musste wegen der Zwangsarbeit oder zum Beschaffen von Nahrung entheiligt werden. Manche Täter versuchten, Juden gezielt wegen ihrer Religion zu demütigen; oftmals wurden grosse Mordaktionen absichtlich auf jüdische Feiertage gelegt. Und dennoch versuchten die «Ghettogesellschaften» wie auch die einzelnen Familien, das religiöse und kulturelle Leben aufrecht zu erhalten. Geheime Gottesdienste, von der Besatzungsmacht geduldete Kulturveranstaltungen und ein jüdisches Schul- und Universitätswesen im Untergrund zeugen davon. Dies alles waren Zeichen eines Selbstbehauptungswillens, die weit in die Zeit der Vernichtung hineinreichten.

Eine Frage beschäftigte nach 1945 fast jeden, der sich für das Thema Judenmord interessierte: Warum haben die Juden in Europa vergleichsweise wenig Widerstand ausgeübt, obwohl sie am härtesten von der deutschen Herrschaft betroffen waren? Wie andere Debatten über die Kriegszeit, so hat auch diese einen stark moralisie-

renden Unterton mit retrospektiven Be- und Verurteilungen. Zwei Fragen sind hier eingangs zu stellen: Was bedeutete unter diesen Bedingungen überhaupt Widerstand? Und: Kann man von den Juden damals den Kenntnisstand erwarten, den wir heute haben, nämlich dass die Judenverfolgung im totalen Massenmord endete?

Aus der Retrospektive erscheint das Verhalten der meisten Juden mit Illusionen behaftet. Immer wieder hofften und erwarteten die Verfolgten, dass nun der Höhepunkt der Unterdrückung erreicht sei. Gerüchte und Nachrichten über die Massenmorde blieben über lange Zeit fragmentarisch. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die jüdische Minderheit überall zusehends von der Kommunikation abgeschnitten wurde, insbesondere mit der Errichtung geschlossener Ghettos 1940 bis 1942. Die Unterschiede im Kenntnisstand variierten erheblich, so zunächst geographisch, dann aber auch innerhalb der Gemeinden. Zwar war bis 1942, mancherorts sogar noch länger, Briefverkehr auch für Juden gestattet. Doch nicht jeder hatte Kontakte nach «aussen». Selbst bei so gut informierten Gruppen wie den Mitarbeitern des sogenannten Ringelblum-Archivs in Warschau dauerte es oft Monate, bis weiter östlich geschehene Mordaktionen bekannt wurden. Mit der Totalvernichtung ab Mitte 1942 brach auch die Kommunikation weitgehend zusammen.

Nur auf dieser Basis lässt sich das politische Verhalten der Verfolgten einordnen. Zunächst aber stellt sich die Frage, was denn überhaupt Widerstand war. In der allgemeinen Forschung ist man schon längst davon abgekommen, allein bewaffnete Aktionen wie etwa das Attentat vom 20. Juli 1944 als Widerstand zu qualifizieren. Widerstand fand auch im kleinen statt, seine Formen waren vielfältig. In der Extremsituation, in der sich die meisten Juden befanden, hiess das, dass jede Tat, die sich gegen die nationalsozialistische

Mordkampagne richtete, schon ein Akt des Widerstands sein konnte. Im Grunde zählte dazu auch der tägliche Kampf ums Überleben, um das Unterlaufen von Repressionsmassnahmen, um die persönliche Selbstbehauptung.

In den letzten Jahren haben die Historiker verstärkt danach gefragt, was denn die Bedingungen des Überlebens waren. Damit sind weniger die politischen Wechselfälle gemeint, die ganze jüdische Gemeinden gerettet haben, sondern das individuelle Überleben im Angesicht der drohenden Ermordung. Ein zentraler Faktor, der hier zuerst zu nennen ist, hat nach dem Krieg manchen Überlebenden verzweifeln lassen: Es war vor allem der Zufall, der es ermöglichte, die Befreiung zu erleben. Doch daneben existierten durchaus Muster, die die Wahrscheinlichkeit des Überlebens erhöhten: Wer jung, kräftig, handwerklich qualifiziert war und noch über ein gewisses Geldvermögen verfügte, war wohl am besten für ein «offizielles Leben» gerüstet. Im Versteck spielten diese Faktoren eine geringere Rolle, – hier hing man fast völlig von der Umwelt ab, von der Hilfsbereitschaft und der Diskretion der Nichtjuden. Noch komplizierter war das Untertauchen mit «arischen Papieren». Man musste ein einigermassen «arisches» Aussehen haben, entsprechende Dokumente besorgen, eine fremde Biographie erfinden, sich Kenntnisse der christlichen Religion aneignen und am besten die Heimat verlassen, um nicht von Bekannten gesehen zu werden. Manche Juden in Osteuropa liessen sich gar mit ihren gefälschten Papieren als Fremdarbeiter ins Reich rekrutieren, was eine gewisse Sicherheit bot.

Um ihre Kinder zu retten, gaben viele jüdische Familien sie zur «Adoption» an Nichtjuden oder Klöster, wo sie als christliche Verwandte oder Zöglinge firmierten. Dies galt als vergleichsweise sichere Methode des Untertauchens. Doch konnte es nach dem Krieg zu erbitterten Konflikten führen. Sofern die Eltern überlebt hatten,

mussten sie vielfach mitansehen, dass ihre Kinder von den Betreuern nicht mehr herausgegeben wurden oder tatsächlich für immer konvertiert waren.

Die Formen des Überlebens waren also vielfältig. Doch auch über die individuelle Selbstbehauptung hinaus wurde immer wieder versucht, gegen den Völkermord anzugehen. Ab Anfang 1942 bildeten sich in osteuropäischen Städten kleine Gruppen meist junger Juden, die über Möglichkeiten des Widerstands debattierten. Durch Untergrundzeitschriften und Mundpropaganda wollte man die jüdischen Gemeinden mobilisieren. Besonders spektakulär gestaltete sich der Fall des Juden Oswald Rufeisen, der sich in der weissrussischen Stadt Mir mit falschen Papieren bei der deutschen Polizei anwerben liess. Dies ermöglichte ihm, einige Mordaktionen zu verraten.

Für den Widerstand im klassischen Sinne, also bewaffnete Gegenwehr der Juden, waren die Voraussetzungen aber denkbar schlecht. Mehr noch als bei Nichtjuden musste jeder Einzelne immer einkalkulieren, dass Widerstandshandlungen brutalste Repressalien gegen den Rest der jüdischen Gemeinde zur Folge hatten. Im Grunde mussten für bewaffnete Aktionen erst einmal mehrere Voraussetzungen gegeben sein: der Erwerb von Waffen, eine Infrastruktur für die Partisanen (meist Wälder) und eine wenig feindlich gesinnte Umgebung, meist «bürgerliche» oder linke nichtjüdische Partisanen. Gegeben waren diese Vorbedingungen vor allem im Westen Weissrusslands, in Litauen und in Südfrankreich, regional auch in Polen (Raum Lublin, Ostgalizien). Die jüdischen Flüchtlinge schlossen sich meist grösseren anderen Partisanenverbänden an oder bildeten eigene kleine Gruppen. Im Gegensatz etwa zur sowjetischen Partisanenbewegung waren die jüdischen Widerständler nicht nur an der Bekämpfung der Besatzungsmacht, sondern auch an der Vergeltung für die Verbrechen und vor allem am nackten Überleben orientiert.

In den Wäldern Ostpolens hatten sich viele sogenannte Familienlager eingerichtet, in denen grössere Gruppen geflüchteter Juden ausharrten. Doch diese waren sowohl durch deutsche Einheiten und Nahrungsmittelknappheit als auch durch feindlich gesinnte Partisanen bedroht. Meist wurden diese Stätten entdeckt und ihre Bewohner ermordet; viele kehrten in ihrer Verzweiflung wieder heimlich in die Städte zurück.

In annähernd 100 Ghettos entwickelten sich Untergrundgruppen, die versuchten, sich von Nichtjuden Waffen zu beschaffen. Mit dem Mut der Verzweiflung waren die Kämpfer entschlossen, sich der endgültigen Ausrottung ihrer jüdischen Gemeinde entgegenzustellen. Die erste Welle von Ghettorevolten ereignete sich im September 1942 in Ostpolen während der Ghettoräumungen. Meist völlig unzureichend ausgestattet, kämpften die Männer und Frauen entweder bis zum Tod oder versuchten die Flucht in die Wälder. Ohne Chance zur Flucht entwickelten sich die grössten Ghettoaufstände: im April/Mai 1943 in Warschau, im August des Jahres in Bialystok und schliesslich im September in Wilna. Jeweils einige hundert Bewaffnete stellten sich der Übermacht aus SS, Polizei und Kollaborationsverbänden entgegen. Es war ein aussichtsloser Kampf, der sich in Warschau über Wochen hinzog.

Auch in den Lagern widersetzen sich nicht allein nichtjüdische Häftlinge. Den unter extremsten psychischen Bedingungen lebenden Häftlingen der Vernichtungslager Treblinka und Sobibor gelang im August bzw. Oktober 1943 die Massenflucht; nur wenige der Entkommenen erlebten allerdings das Kriegsende. Selbst in kleineren Zwangsarbeitslagern sind vereinzelt Revolten zu verzeichnen. Insgesamt besehen, blieb der bewaffnete jüdische Widerstand jedoch die Ausnahme.

Mindestens ebenso umstritten wie das Ausmass des Widerstands war lange Zeit das Verhalten der jüdischen Zwangsvertretungen, all-

gemein «Judenräte» genannt. Diese existierten seit 1939 in verschiedenen Formen, in Polen und den besetzten sowjetischen Gebieten lokal und regional; in den meisten anderen Ländern bestanden Gesamtvertretungen; so etwa die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, der Joodse Raad in den Niederlanden usw. Die Einrichtung solcher Zwangsvertretungen war ein taktischer Zug der Verfolger: Erstens durften sich Juden meist nur noch über die Judenräte an deutsche Stellen wenden, zweitens ermöglichten die Zwangsvertretungen einen schnelleren Zugriff auf die jüdische Minderheit, und schliesslich übernahmen sie eine Reihe von Aufgaben, von denen die Besatzungsmacht entlastet wurde. Nicht zu unterschätzen ist auch das psychologische Moment; viele Juden sahen die Judenräte als die eigentlich Verantwortlichen restriktiver Massnahmen, obwohl diese nur Befehle von oben umsetzten.

Anfangs wurden die Gremien meist aus schon bestehenden Organisationen, etwa den Gemeindeführungen, gebildet. Viele angesehene Personen des öffentlichen Lebens erhielten solche Ernennungen. Erfüllten die Vertreter aber die Erwartungen der deutschen Funktionäre nicht, so wurden sie ersetzt. Überall übernahmen die jüdischen Zwangsvertretungen wichtige Funktionen bei der Versorgung der Minderheit, aber auch bei der Organisation eines kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Mit Beginn der Massenmorde gerieten die Judenräte dann in eine katastrophale Situation: In der jeweiligen Anfangsphase der Massenmorde in einem Land hatten sie Kontingente für die Deportationen zu stellen, Personenlisten abzuliefern. Meist war bei diesen ersten «Aktionen» noch nicht durchgesiekt, welches Schicksal die Betroffenen erwartete. Doch sehr bald nach dem Abtransport trafen schreckliche Nachrichten ein. Nun standen die Vertreter vor dem schlimmsten Dilemma, das man sich vorstellen kann: Sollten sie den Befehlen gehorchen und Menschen

in den Tod schicken oder sich weigern? Die Judenräte reagierten wie alle anderen Menschen auch, nämlich individuell verschieden.

In den Gremien liefen nun erregte Diskussionen ab. Der Vorsitzende in Warschau, Adam Czerniakow, verübte am Abend nachdem er den Befehl zur Gestellung für Deportationen erhalten hatte, Selbstmord. Andere verweigerten sich und wurden ermordet. Oftmals verlegten sich die Judenräte auf die problematische Strategie, bestimmte Gruppen auszuliefern, um andere zu retten. Unter den Judenräten in Polen, wo der Tod allgegenwärtig war, wechselte man das Personal immer schneller aus, bis willfähige Vertreter gefunden waren. Die Gestellung von Todeskandidaten hatten längst deutsche Polizei und einheimische Hilfspolizei übernommen, rohe Gewalt beherrschte die Szene.

Besonders problematisch gestaltete sich die Rolle des Jüdischen Ordnungsdienstes, also der Ghettopolizei, die es in den meisten polnischen Städten gab. Der Dienst in diesen Formationen war deshalb attraktiv, weil er bessere Rationen und einen gewissen Schutz für die Familie brachte. Doch seit 1942 wurden die Ghettopolizisten in dasselbe Dilemma gestürzt wie die Judenräte: Gerade im Frühjahr und Sommer 1942 nahmen sie Hilfsfunktionen bei den Ghettoräumungen wahr, wurden zu Handlangern bei der Deportation in den Tod. Die Hoffnung, selbst von einem solchen Schicksal verschont zu bleiben, hielt die meisten Männer auf ihrem Posten. Doch der Preis war eine totale Demoralisierung. In den grossen Ghettos verfügten die Leiter der Ordnungsdienste über zunehmenden Einfluss auf die Judenräte, denen sie eigentlich untergeordnet waren. Im Endeffekt hat es nur den wenigsten genutzt. Meist mussten die Ghettopolizisten selbst die letzten Deportationszüge aus ihren Orten besteigen. Auch hier fällt es schwer, aus der Retrospektive eindeutige Urteile fällen zu wollen.

Inzwischen sind die heftigen Polemiken der Nachkriegszeit um die Judenräte einer vorsichtigeren Sicht gewichen. Zwar erleichterten die Judenräte der deutschen Besatzungsmacht die Arbeit. Die Zwangsvertretungen verfügten nur über geringe Handlungsspielräume, sie konnten den weiteren Gang der Dinge nicht voraussehen und vor allem: Sie haben es sich bei ihren Entscheidungen selten leicht gemacht. Nur wenige ihrer Mitglieder haben überlebt.

Die jüdischen Gemeinden in Europa gerieten im Krieg in eine Falle, aus der nur noch eine Minderheit entinnen konnte. So unterschiedlich die Herkunft und die Lebenswelt der Juden vorher auch war, spätestens ab 1941/42 bildeten sie eine Schicksalsgemeinschaft, die vor allem um eines kämpfte: das nackte Überleben. Die meisten Männer, Frauen und Kinder gerieten in menschliche Extremsituationen, die meisten fanden einen grausamen Tod. Alle, die in den deutschen Machtbereich gerieten, waren Opfer, ob sie nun das Kriegsende erlebten oder nicht.

12. Tatapparate und Täter

Weit komplizierter ist es festzustellen, wer Täter beim Judenmord war. Bei den Eliten des nationalsozialistischen Staates ist dies noch einfach. Dass Adolf Hitler in seiner überragenden verfassungsrechtlichen, realpolitischen und charismatischen Stellung im Dritten Reich einerseits und seinem seit den zwanziger Jahren propagierten extremen Antisemitismus andererseits eine entscheidende strukturelle Bedeutung in der Judenverfolgung hat, ist unbezweifelbar. Wie er sich aber bei antijüdischen Aktionen konkret verhielt, bleibt im Einzelfall zu prüfen. Insgesamt scheint Hitler zwar immer radikale Varianten der Judenverfolgung bevorzugt zu haben, entscheidende Anstösse durch ihn lassen sich für die Zeit nach März 1941 aber nur sehr schwer rekonstruieren. Vielmehr hat es den Anschein, als ob der «Führer» meist auf Vorschläge reagierte, die aus der NS-Spitze kamen. Offen sichtbar sind hingegen Hitlers Initiativen gegenüber den verbündeten Mächten. So drängte er die kroatische, die rumänische und die ungarische Führung, schärfste Massnahmen gegen Juden zu ergreifen.

Hitlers Partei spielte vor allem im Reich eine zentrale Rolle bei der Verfolgung der Juden. Unermüdlich bekämpften die kleinen und grossen Propagandisten in hasserfüllten Worten die entrechtete Minderheit. Zu ihnen gesellte sich eine Schar von Parteijournalisten und «Experten», die die Massnahmen gegen die Juden zu legitimieren suchten. Mit den Deportationen aus Deutschland und Österreich

blieb es nicht bei Worten, nun drängten die Gauleiter auf eine umfassende Vertreibung und – in der Konsequenz – Ermordung der Juden.

Als «Architekten der Endlösung» hat man Heinrich Himmler bezeichnet; dazu wäre wohl auch Reinhard Heydrich zu rechnen. Bisher unterschätzt wurde die Rolle anderer NS-Größen wie Hermann Göring, der als «Wirtschaftsdiktator» während des Krieges erheblichen Einfluss auf den Lauf der Politik nahm, oder der für Ernährungsfragen zuständige Herbert Backe. Vor allem für die Propagierung des Völkermordes nach innen waren Joseph Goebbels und Martin Bormann zuständig.

Während also in diesem Kreis die Fragen entschieden wurden, war der SS- und Polizeiapparat mit der Ausführung der Massensterbe betraut. Die SS, schon bald nach dem Kriege «Alibi einer Nation» genannt, spielt hier eher eine diffuse Rolle. Zwar stellte sie den ideologischen Background und das Personal, verfügte über die Konzentrationslager und den radikalen Sicherheitsdienst (SD). Entscheidende Schlagkraft erhielt sie jedoch durch die Verschmelzung mit der Polizei, wie sie seit 1936 von Himmler vorangetrieben wurde. Beamte aller Polizeizweige traten nun der SS bei, und umgekehrt SS-Funktionäre der Polizei. In der Bildung des Reichssicherheitshauptamtes aus SD und politischer Polizei fand diese Verschmelzung ihren sichtbaren Ausdruck.

Innerhalb des SS- und Polizeiapparates war für die Ermordung der Juden in erster Linie die Gestapo zuständig, und dort ihr «Juden- und Umsiedlungsreferent» Adolf Eichmann. In Polen und der Sowjetunion beauftragte man dagegen vor allem die Höheren SS- und Polizeiführer, die über alle SS- und Polizeizweige in ihrem Bereich verfügen konnten und so genügend Personal zur Verfügung hatten. Die «Federführung» behielten jedoch die regionalen und lokalen Ge-

stapostellen. Auf all den entscheidenden Posten sassen radikale Antisemiten, die nicht nur auf Befehle von oben warteten, sondern selbst aktiv wurden. Hier war eine Schicht von Weltanschauungskriegern herangebildet, die den Massenmord aus Überzeugung durchführten.

Da das Personal der Gestapo für ganz Europa bei Weitem nicht ausreichte, übernahm die Ordnungspolizei wichtige «exekutive» Funktionen. Eigentlich war diese, auch «grüne Polizei» genannt, für unpolitische Aufgaben zuständig, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Verkehrsregelungen usw. Doch schon in den dreissiger Jahren wurde «Öffentliche Ordnung» nationalsozialistisch definiert. Zudem verschmolz auch die Ordnungspolizei, insbesondere ihr Offizierskorps, personell mit der SS. Schon seit 1939 waren Ordnungspolizisten an der Ermordung von Juden beteiligt. Doch Ende Juni 1941 degenerierte die «grüne Polizei» vollends zum Komplizen beim Völkermord. Die meisten Polizeibataillone im Ostfeldzug wurden systematisch zu Massenerschiessungen eingesetzt, genauso wie die Einsatzgruppen. Ihnen folgte die Schutzpolizei in den Städten und die Gendarmerie auf dem Lande, die besonders ab Mitte 1942 an Massenmorden grössten Ausmasses teilnahmen. Aber auch im Reich und in Westeuropa machten Ordnungspolizisten Razzien auf Juden und begleiteten die Todeszüge in die Vernichtungslager. Die Masse der Männer hat ihre Aufgabe beim Judenmord erfüllt, auch die Polizeireservisten, die kurz zuvor aus der Bevölkerung rekrutiert worden waren. Und dennoch gab es bei der Ordnungspolizei auch interne Diskussionen um die Teilnahme an den Massakern, bis hin zu Fällen offener Befehlsverweigerung. Doch auch dieser Polizeizweig war von fanatischen Antisemiten durchsetzt, die oftmals auf eigene Faust Morde begingen.

Während die Rolle von SS und Polizei inzwischen relativ bekannt ist, erscheinen viele andere «hoheitliche Instanzen» immer noch als unbeteiligt. Gemeint sind damit die Verwaltung im Reich und die

Besatzungsapparate in ganz Europa. Besonders die Zivilverwaltungen in Polen und in den besetzten sowjetischen Gebieten trugen eine Hauptverantwortung für die Judenmorde in ihrem Bereich. Die Verwaltungen im Warthegau und im Bezirk Kattowitz, die Regierung des Generalgouvernements und die Reichskommissariate Ostland und Ukraine sind damit gemeint. Zum Teil arbeiteten dort Beamte der deutschen Innenverwaltung; an den Schlüsselstellen sassen jedoch Männer, die meist schon dem rechtsradikalen Milieu der zwanziger Jahre entstammten und nicht minder antisemitisch waren als ihre Kollegen von der SS.

Die Verwaltungen verfügten offiziell über die Hoheit in ihren Territorien und waren für die Verfolgung der Juden zuständig. Frühzeitig drängten die Funktionäre darauf, solche Juden, die nicht in Arbeit standen, zu «entfernen»; ab September 1941 hiess das im Regelfall Ermordung. Nach dem Krieg haben die Verwalter den Eindruck zu erwecken versucht, dass sie damals ständig gegen SS und Polizei gekämpft hatten. Bei der Verteilung von Macht und Ressourcen war dies tatsächlich so, – hingegen beim Mord an den Juden zog man an einem Strang.

Die «kleinen Könige» im Osten, wie Artur Greiser und Hans Frank in Polen, Hinrich Lohse und Erich Koch in den sowjetischen Gebieten, sie und ihre Mitarbeiter forcierten die Massenmorde ganz erheblich; Greiser trat darüber hinaus mit Vorschlägen hervor, TBC-kranke Polen ermorden zu lassen. Eine mörderische Logik bestimmte die Politik: Juden, die nicht arbeiteten, sollten nicht ernährt werden. Und wer nicht ernährt wurde, sollte sofort sterben. Doch das Reich stellte so hohe Forderungen nach Nahrungsmitteln aus den besetzten Gebieten, dass bald auch jüdische Zwangsarbeiter als «un-nütze Esser» gebranntmarkt wurden.

Wegen der hohen Bedeutung der Zwangsarbeit waren auch die Arbeitsverwaltungen stark in die Judenpolitik involviert; sie organisierten Vermittlung und Einsatz. Bei den Ghettoräumungen beteiligten sich die Arbeitsämter, indem sie Selektionen vornahmen; faktisch entschieden subalterne Beamte über Leben und Tod. Den Gesundheitsverwaltungen waren die Ghettos mit ihren geschwächten Insassen ein Dorn im Auge. Eine ausreichende medizinische Versorgung verweigerten sie den Kranken; andererseits war man darum bemüht, möglichst keine Epidemien auf die nichtjüdische Bevölkerung überspringen zu lassen. Auch von den Medizinern kamen bald Vorschläge zur Ermordung bestimmter Gruppen von Juden.

Die Rolle der Wehrmacht beim Judenmord ist ein heftig umstrittenes Thema. Zunächst sind über eine solch gigantische Organisation, die über die Jahre 18 Millionen Angehörige hatte, nur schwer allgemeine Aussagen zu treffen. Die überwiegende Mehrheit der Soldaten hatte mit dem Judenmord sicher nichts zu tun. Dennoch war die Wehrmacht als Organisation an NS-Verbrechen in erheblichem Ausmass beteiligt: Die Wehrmacht- bzw. Heeresführung arbeitete die «verbrecherischen Befehle» aus, sie war für die Behandlung der Kriegsgefangenen verantwortlich. Von besonderer Bedeutung für die Judenverfolgung war die Militärverwaltung. In Nordfrankreich und Belgien gab sie die antijüdischen Verordnungen heraus, in Serbien veranlasste sie die Erschiessung der jüdischen Männer, – in der Sowjetunion waren die Kommandanturen für die allgemeine Judenverfolgung zuständig: Registrierung und Kennzeichnung der Minderheit, Benachteiligung bei der Versorgung, vereinzelt auch Bildung von Ghettos. In vielen Fällen arbeiteten die Kommandanturen bei grossen Mordaktionen mit der Polizei zusammen, stellten Infrastruktur und manchmal auch Personal. Geheime Feldpolizei und Feldgendarmarie machten Jagd auf versteckte Juden;

diese «Polizisten» der Wehrmacht schreckten dabei manchmal vor nichts zurück, wie ein Bericht aus der Krim vom Februar 1942 zeigt: «In dem Dorfe Ikor wurde eine Jüdin, die ebenfalls ihre deutschfeindliche Einstellung zum Ausdruck gebracht hat, mit einem 3-jährigen und einem neugeborenen Kind bestimmungsgemäss behandelt», d.h. erschossen. Im Hinterland eingesetzte Einheiten waren am tiefsten in die Morde involviert. Den eklatantesten Fall stellt die 707. Infanteriedivision dar, die bei der «Säuberung des flachen Landes» in Weissrussland mindestens 10'000 Juden und Roma ermordete. Schliesslich sei das europaweite Wehrmachtstransportwesen erwähnt, das unter anderem bei den Deportationen aus Frankreich oder von den griechischen Inseln nach Auschwitz behilflich war.

Man kann davon ausgehen, dass in der Wehrmachtführung und im Offizierskorps der Antisemitismus noch stärker ausgeprägt war als in der Durchschnittsbevölkerung. Die Masse der Soldaten bestand aus einer repräsentativen Auswahl deutscher und österreichischer Männer im Alter zwischen 17 und 45, dürfte also so antisemitisch oder resistent gewesen sein wie die Mehrheit der übrigen Einwohner des Reiches. Während es gegen die Erschiessung jüdischer Männer in den ersten Wochen des Sowjetunion-Krieges so gut wie keine Proteste gab, sorgten die Massaker an Frauen und Kindern für Kritik. Aber insgesamt waren Antibolschewismus und Antisemitismus im Ostkrieg so weit verbreitet, dass sich den Massenvernichtungen kaum jemand in den Weg stellte.

Während alle bisher genannten Organisationen sozusagen offiziell, qua Amt mit der Verfolgung der Juden beschäftigt waren, nahmen andere auf Grund ihrer funktionalen Bedeutung oder aus eigener Initiative von Funktionären an den Verbrechen teil. Der wichtigste dieser «peripheren» Apparate war sicherlich die Reichsbahn.

Hatten die Eisenbahner 1939/40 Hunderttausende verschleppte Polen und 1941 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener befördert, so fuhren sie seit Oktober 1941 über drei Millionen Juden in den Tod. Vor allem für die Deportationen über weite Strecken war die Eisenbahn unverzichtbar.

Das Reichsverkehrsministerium, allen voran der zuständige Staatssekretär Albert Ganzenmüller, war dabei stets zu Diensten. Gemeinsam mit dem Reichssicherheitshauptamt verhandelte man über den «Bedarf an rollendem Material», die Generalbetriebsleitung Ost teilte die grossen Zugkontingente zu. In den einzelnen Betriebsleitungen arbeiteten dann Referenten die Fahrpläne für die Sonderzüge in die Vernichtungslager aus. Dass innerhalb Polens nur Güterzüge verwendet wurden, in denen Deportierte oft qualvoll starben, war den Eisenbahnern ebenso bekannt wie die Bedeutung der Reiseziele. Über das einfache Personal, meist Einheimische aus den verschiedenen Ländern, war man bald über die genaue Funktion der Vernichtungslager im Bilde.

Andere Institutionen wurden nur fallweise in den Verfolgungsprozess integriert, vor allem wenn Personal und Gerät nötig war. So stellte das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps im Osten LKWs für Massenerschiessungen, Angehörige der Forstverwaltung suchten in den Wäldern nach versteckten Juden usw. In Gebieten mit langen Grenzen arbeitete meist viel Zollpersonal; auch dieses wurde des öfteren um Mithilfe beim Massenmord gebeten. Die Organisation Todt (OT), im Allgemeinen für das Bauen von Brücken und Bunkern bekannt, beschäftigte Zehntausende jüdischer Zwangsarbeiter. Anfangs beschränkten sich diese auf den Strassenbau in den besetzten sowjetischen Gebieten und in Serbien, gegen Kriegsende gab es auch im Reich Lager der OT für «jüdische Mischlinge». Die Männer der OT konnten auf diese Weise unter Umständen ihren Beschäftigten das Leben retten, – in vielen Fällen taten sie jedoch das Gegenteil.

Schliesslich expandierte auch die deutsche Privatwirtschaft über das ganze besetzte Europa. Besonders in Polen operierten Hunderte deutscher «Einsatzfirmen», die die einheimische Ökonomie übernommen hatten oder «kriegswichtige» Arbeiten im Osten ausführten, z.B. Uniformnähen, Bauarbeiten oder richtige Rüstung. Viele hatten Zwangsarbeiter jüdischer Herkunft, die bis 1942 täglich aus den Ghettos kamen, – ab Ende des Jahres wurden meist separate Lager direkt auf dem Firmengelände eingerichtet. Wie bei allen Stellen, die Zwangsarbeiter beschäftigten, war die Behandlung der Juden im Allgemeinen schlecht, konnte jedoch im Einzelnen sehr variieren. Bei Werkschutz und Vorarbeitern fand man die ganze Breite des Verhaltens wieder: sadistische Schläger, heimliche Unterstützer und die Masse der Angestellten, die vor allem an der Erfüllung ihrer Aufgaben orientiert war.

Zweifelsohne kam die Mehrheit der Täter beim Judenmord aus der Mitte der deutschen bzw. österreichischen Gesellschaft. Unter ihnen waren jedoch nur wenige Frauen: Bekannt sind die Lagerbewacherinnen, weniger dagegen die Sekretärinnen in Polizei und Verwaltung. Auch Frauen haben hin und wieder Exzessmorde an Juden begangen, wenn sie im Osten eingesetzt oder – als Ehefrauen – ansässig waren.

Seit den sechziger Jahren versucht man, die Zahl der Täter beim Judenmord zu schätzen. Zunächst gab die Statistik der Beschuldigten in NS-Verfahren in Deutschland und anderswo eine Orientierung, was eine grobe Ziffer von um die 100'000 Personen ausmacht. Dabei waren einerseits viele Verdächtige inbegriffen, die der Verbrechen an anderen Opfern als Juden beschuldigt wurden, – andererseits hatte man über das gesamte Ausmass der beteiligten Institutionen nur vage Vorstellungen. Entscheidend für solche zahlenmässigen Schätzungen ist, wie man den Begriff Täter definiert.

Orientiert man sich allein am Strafrecht, so wären dies nur wenige Tausend, die rechtskräftig wegen Mord an Juden verurteilt wurden. Aus der Sicht des Historikers sind dazu aber alle Personen zu rechnen, die die Mordaktionen vorbereiteten, durchführten und unterstützten. Gemeint sind damit in erster Linie die Bürokraten, die den Juden die Existenzgrundlage im Osten entzogen, Deportationen und Ghetto-Räumungen vorbereiteten, und die Polizisten, SS-Männer und Soldaten, die Juden erschossen, oder aber die Exekutionen abriegelten; und schliesslich das Personal der Lager, in denen Juden ermordet wurden. Der Umfang dieses Personenkreises aber lässt sich momentan nur annähernd erfassen, wenn man die Täterapparate in den Blick nimmt, und dabei die «zuständigen» Abteilungen, also natürlich der SS- und Polizeiapparat mit seinen weit verteilten Dienststellen und Einheiten im Osten, dann Teile der Besatzungsverwaltungen vorzugsweise in Polen, der Sowjetunion und Serbien, aber – in geringerem Ausmass – auch in den anderen besetzten Gebieten und im Reich. Addiert man die Besetzung dieser Abteilungen überschlagsweise, so wird man wohl von 200'000 bis 250'000 deutschen und österreichischen Tätern und Tatbeteiligten beim Judenmord ausgehen können. Darin inbegriffen sind die zahlreichen Auslandsdeutschen die für Dienststellen der Polizei und der Verwaltung rekrutiert wurden. Gerade viele untere Polizeiränge, die im Osten eingesetzt waren, stammten selbst aus osteuropäischen Regionen. Dazu kommt ein ausländischer Personenkreis, vor allem die einheimische Polizei in den besetzten Gebieten, der zahlenmässig fast genauso umfangreich ist. Institutionell nicht zuzuordnen und deshalb zahlenmässig nur schwer erfassbar sind die Denunzianten und die sogenannten Exzesstäter, die ohne Befehl an Verbrechen teilnahmen oder auf eigene Initiative selbst Juden ermordet haben. Da besonders ab Mitte 1943 der Mord an den Juden in den Zusammenhang mit an-

deren NS-Verbrechen fiel, können diese Zahlen nur als grobe Schätzwerte genommen werden.

Im Kern handelte es sich um einige Tausend hochmotivierte Antisemiten, die in SS und Polizei, aber auch in den Verwaltungen und anderen Organisationen arbeiteten und von der Richtigkeit des Massenmordes völlig überzeugt waren. Viele von ihnen erhielten ihre Prägung bereits durch den Rechtsradikalismus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und hatten im Dritten Reich berufliche und weltanschauliche Erfüllung gefunden. Sie sahen den Mord als selbstverständliche Dienstaufgabe, die im Hinblick auf die eigene Karriere am besten 150prozentig erfüllt wurde.

Was aber motivierte die Masse der «ganz normalen» Täter zu ihren Verbrechen? War es das Denken in den Kategorien Befehl und Gehorsam, der Gruppendruck in den Organisationen, pervertierte Männlichkeitsrituale oder reichte allein der Antisemitismus an sich aus, um jüdische Männer, Frauen und Kinder zu ermorden?

Fast durchweg handelte es sich hier um Männer der Jahrgänge 1890 bis 1915. Obwohl sie nur zum geringeren Teil den Ersten Weltkrieg an der Front mitgemacht hatten, waren diese und die darauffolgenden Jahre prägend gewesen. Nationalismus, Militarismus und Antibolschewismus spielten dabei wohl eine grössere Rolle als die Feindschaft gegenüber den Juden. Auch waren die politischen Orientierungen der Durchschnittstäter, die sie vor 1933 gehabt hatten, durchaus nicht einheitlich. Freilich passten sie sich im Laufe der dreissiger Jahre mehr und mehr dem antisemitischen Alltag an. Schliesslich spielte die Einbindung in Dienststellen, Einheiten und Organisationen eine wichtige Rolle. Dort galten offizielle Vorgaben, dort sollte interne Disziplin herrschen, und das Meinungsbild wurde meist von den radikalen Nationalsozialisten dominiert. Dies wog umso schwerer, wenn man im Osten tätig war, wo sich eine Wagen-

burgmentalität gegen die slawische und jüdische Bevölkerung entwickelte: «Die Gespräche über die Juden allgemein waren so, als wenn man von dem untersten Unrat sprach», äusserte ein Beamter nach dem Krieg. Zugleich übten Durchschnittsmänner nun enorme Macht aus, – ein Gendarm hatte im Osten nahezu uneingeschränkte Macht über das Gebiet eines Landkreises. Und mit der Macht kam auch die Korruption. Die Enteignungen, die Beraubung bei der Ermordung, all dies liess enorme Werte im Osten zirkulieren. Trotz drakonischer Strafandrohungen versuchte sich ein grosser Teil der Besatzungsfunktionäre im Osten zu bedienen, meist im kleinen, manchmal aber auch im ganz grossen Stil. Die zahllosen Berichte über Korruption, beispielsweise vom Reichsrechnungshof verfasst, legen davon Zeugnis ab. All dies demoralisierte das Personal in erheblichem Ausmass. Im Osten arbeitete der rechtlich ungebundene Herrenmensch, der nur eine Aufgabe hatte: vermeintlich deutsche Interessen rücksichtslos durchzusetzen.

Schliesslich kam mit dem Krieg auch die Gewalt. Der Tod war schon während der Feldzüge allgegenwärtig; auch der Polizeidienst wurde als militärisch verstanden. Im Endeffekt hat die Masse der Funktionäre Befehle zum Judenmord ausgeführt, wenn auch nur eine Minderheit von ihnen aus eigenem Antrieb Juden eigenhändig ermordete. Entscheidend war, dass der Mord sich als Dienstaufgabe präsentierte, und dass man den Tötungen einen Sinn beimass, sie also irgendwie rationalisierte. Nur eine Minderheit der Männer, die solche Befehle erhielten, haben moralisch klaren Kopf bewahrt und erreicht, dass sie an den Morden nicht teilnehmen mussten.

Die Grenze zur Befehlsverweigerung war da fliessend. Wie man aus Nachkriegsermittlungen weiss, bestand objektiv kein Befehlsnotstand bei Weisungen zur Tötung von Zivilisten. Das heisst, es ist kein Fall bekannt, bei dem ein solcher Befehlsverweigerer Gefahr

für Leib und Leben einging. Tatsächlich hat selbst Himmler mehrfach geäußert, dass die Teilnahme an solchen Tötungen eine Frage der individuellen Stärke oder Schwäche sei. Während die objektive Lage beim Befehlsnotstand heute klar ist, muss jedoch auch der «subjektive Befehlsnotstand» berücksichtigt werden. Viele Beamte dachten, dass sie schwere Strafen zu gewärtigen hätten, wenn sie nicht an den Morden teilnehmen würden. Dies galt insbesondere, wenn ihre Vorgesetzten als besonders brutal bekannt waren. Der Historiker muss hier allerdings sorgfältig unterscheiden zwischen Schutzbehauptungen nach 1945 und der rekonstruierbaren Vergangenheit. Auf's Ganze gesehen, war die Zahl der Befehlsverweigerer beim Judenmord aber gering. Verweigerten sie sich in höheren Positionen oder über längere Zeit, so wurden sie in der Regel versetzt oder ihre Karriere unterbrochen. Nur die wenigsten waren bereit, diesen Nachteil auf sich zu nehmen, um nicht Männer, Frauen und Kinder zu ermorden.

13. Ausländische Kooperation

Aus ganz anderen Zusammenhängen kamen die Täter, die aus besetzten oder verbündeten Ländern stammten und den Massenmord entweder aus eigener Initiative vorantrieben oder den Verantwortlichen aus dem Reich dabei zuarbeiteten, gemeinhin abfällig als Kollaborateure bezeichnet. Die Mitarbeit Einheimischer bei der Besetzung durch eine fremde Macht stellt ein Phänomen dar, das sich in jedem Krieg beobachten lässt. Sie ist keineswegs aussergewöhnlich, sondern manchmal sogar erforderlich, um das öffentliche Leben unter Besetzung aufrechtzuerhalten. Das Wort Kollaboration ist aber durchweg negativ besetzt; dabei war die Zusammenarbeit mit der Fremdherrschaft ein äusserst vielschichtiges Phänomen, nicht weniger breit ist das Spektrum der Teilnahme Einheimischer an der Judenverfolgung. Es konnte sich um einen Hilfspolizisten, einen Bürgermeister, einen Spitzel der Gestapo oder einfach um einen Denunzianten handeln.

Eine erhebliche Rolle spielten die rechtsgerichteten Bewegungen in den betroffenen Ländern, seien sie faschistischer oder autoritär-nationalistischer Provenienz. Aus ihnen gingen oftmals üble Judenmörder hervor, die nicht nur an deutsch angeleiteten Massakern teilnahmen, sondern selbst die Vernichtungspolitik forcierten oder mit eigener Hand mordeten. Wenn auch nicht eindeutig abzugrenzen, so steht daneben der Typus des funktionalen Kollaborateurs, der auf Grund seiner Stellung in die Judenverfolgung involviert war, seien es die Polizisten im besetzten Westeuropa, polnische Eisenbahner

oder Beamte in einschlägigen Fachverwaltungen. Den Kern der Kollaborateure, mithin die wichtigsten einheimischen Polizeifunktionäre, stellten aber meist Personen mit hoher politischer Affinität zu den nationalsozialistischen Besatzern.

Von reiner Kooperation kann man im Falle von Rumänien kaum mehr sprechen. Das Land war zwar politisch an Deutschland gebunden, verfolgte jedoch bei der Verfolgung der Juden einen eigenen Kurs. Eine richtige Zusammenarbeit mit deutschen Einheiten kam lediglich Ende Juni bis Ende Juli 1941 in der Südwestukraine zustande, und bei den Massakern mit dem Volksdeutschen Selbstschutz im Norden Transnistriens. Wenn auch auf deutsches Drängen, so handelte auch das kroatische Regime relativ eigenständig gegen die jüdische Minderheit. Komplizierter ist der Fall Ungarn. Auch hier gab es zunächst eine aus Berlin veranlasste Verfolgung und eigene anti-jüdische Massnahmen. Ungarische Truppen, die an der Seite der Wehrmacht gegen die Sowjetunion kämpften, haben in einigen Fällen an Mordaktionen teilgenommen bzw. im Rahmen der Partisanenbekämpfung selbst Juden erschossen. Eine geregelte Kooperation kam jedoch erst mit der deutschen Besetzung im März 1944 zustande. Die neuen nationalsozialistischen Herren wechselten gezielt das Spitzenpersonal in Polizei und Verwaltung aus. Sowohl die ungarische Gendarmerie als auch die Regionalverwaltung haben nahezu ohne Anwesenheit Deutscher die Juden ausserhalb Budapests verhaftet, interniert und bis zur Grenze deportiert. Auch die Todesmärsche im November 1944 standen unter Bewachung ungarischen Personals. Freilich waren Proteste von ungarischen Funktionären nicht selten. Radikale Kollaborateure übernahmen erst nach dem Putsch der Pfeilkreuzler die Macht. Auch sie mordeten zwar unter deutscher Aufsicht, aber zum grossen Teil aus eigenem Antrieb.

Der italienische Verbündete kann bis zum September 1943 für sich in Anspruch nehmen, kaum Mithilfe beim Mord an den Juden geleistet zu haben; nur in Einzelfällen haben italienische Soldaten an der Ostfront anscheinend Juden der deutschen Polizei übergeben. Doch insgesamt überwogen eindeutig die Massnahmen, die in italienisch besetzten Gebieten Schutz vor dem Zugriff der NS-Mörder boten. Dies änderte sich jedoch im September 1943; wie überall unter deutscher Besatzung, so half auch bei den Deportationen aus Italien die einheimische – hier faschistische – Polizei tatkräftig mit.

In einem anderen Rahmen bewegte sich die Kooperation beim Massenmord in den besetzten sowjetischen Gebieten. Diese Territorien waren politisch völlig unterworfen, – einheimische Regionalverwaltungen wurden nur im Baltikum zugelassen. Die Zusammenarbeit spielte hier trotzdem eine bedeutende Rolle, wegen der Weite des Raums, der zugleich Schauplatz der Massenmorde war. Die NS-Führung konnte hier an Kontakte mit antikommunistischen Organisationen anknüpfen, da deren Führungen zumeist im deutschen Exil lebten. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht tauchten die Untergrundorganisationen auf und organisierten Milizen. Mit der deutschen Besatzung verband man die Hoffnung, wieder oder erstmals einen eigenen Nationalstaat etablieren zu können, – selbstverständlich mit enger Anlehnung an Deutschland. In Lettland, Litauen und der Westukraine organisierten diese paramilitärischen Einheiten – mit deutscher Unterstützung und Rückendeckung – Pogrome, brutalste Ausschreitungen gegen Juden und Kommunisten.

Doch bald nahm die deutsche Polizei das Heft in die Hand und baute den Kern der Milizen in eine Hilfspolizei um. Besonders in Lettland und Litauen wuchsen sich solche Einheiten zu regelrechten Mörderbanden aus. Das sogenannte Arajs-Kommando erschoss,

meist unter deutscher Anleitung, etwa 30'000 lettische Juden. Lettische, litauische und auch estnische Polizei zeichnete für die Ermordung der Juden in den Kleinstädten verantwortlich.

In allen besetzten sowjetischen Territorien richtete man geschlossene Hilfspolizei-Formationen ein, sogenannte Schutzmannschafts-Bataillone. Auch hier waren es vor allem lettische und litauische Einheiten, die beim Massenmord tätig waren, nicht nur in ihren Heimatgebieten, sondern auch in anderen Sowjetrepubliken oder in Polen. Ukrainische Schutzmannschafts-Bataillone gerieten nur vereinzelt in diese Rolle. Daneben existierte eine stationäre Hilfspolizei, die der deutschen Schutzpolizei in den Städten und der Gendarmerie auf dem Lande unterstand. Diese Einheimischen kamen aus unterschiedlichen Motiven in deutsche Dienste: Oft waren sie Kriegsgefangene gewesen und unter dieser Auflage entlassen worden; manchmal erhoffte man sich von der Tätigkeit in der Hilfspolizei bessere Lebensmittelkarten. Nicht alle Hilfspolizisten waren auch unbedingte Anhänger der deutschen Herrschaft.

Überall dort, wo Juden lebten, hatte die einheimische Polizei auch an den Mordaktionen teilzunehmen. Meist holten die Hilfspolizisten die Opfer aus den Häusern, eskortierten sie zur Erschiessungsstätte; manchmal erschossen sie die Opfer selbst. Dabei stand die Hilfspolizei fast durchweg unter deutscher Aufsicht. Unabhängiger agierte sie beim Aufspüren versteckter Juden, in Gebäuden oder in Wäldern. Auch dabei haben Hilfspolizisten zahllose Morde begangen.

Eine Formation, die besondere Erwähnung verdient, sind die sogenannten Trawniki. Diese Männer, zumeist Russlanddeutsche oder Ukrainer, hatten sich in Kriegsgefangenschaft angesichts der katastrophalen Lebensumstände freiwillig gemeldet, in deutsche Dienste zu treten. Sie wurden in das Ausbildungslager nach Trawniki bei Lublin gebracht, daher der Name. Ursprünglich waren sie

als Hilfstruppe für deutsche Besiedlungsprojekte gedacht; doch bald stellten die Trawnikis die Wachmannschaften in den Vernichtungslagern der «Aktion Reinhardt»; ihre Kompanien wurden regelmässig zu Ghettoräumungen in Polen eingesetzt, unter anderem in Warschau.

Aber auch Weissrussen und Russen verhielten sich nicht grundsätzlich anders. Zwar sind in diesen Gebieten kaum Pogrome zu verzeichnen, doch sowohl die weissrussische wie die russische Hilfspolizei erfüllte die Aufgaben, die ihr von der Besatzungsmacht gestellt wurden. Der politische Hintergrund war hier eher zweitrangig.

Ähnlich ist die Verantwortung der polnischen Polizei zu sehen. Sie ist eher einer funktionalen Kooperation zuzurechnen. Die «dunkelblaue» Polizei im Generalgouvernement hat zwar, unter Anleitung der Ordnungspolizei, an Razzien, Massenverhaftungen und auch an der Absperrung von Ghettoräumungen teilgenommen; doch bei direkten Morden war sie selten eingesetzt. Dies kann man eher der zahlenmässig schwachen polnischen Kriminalpolizei anlasten.

Während die Kollaboration in der Sowjetunion direkt mit der Teilnahme an Mordaktionen verbunden war, erstreckte sie sich im übrigen Europa vor allem auf die Deportationen. Obwohl weit und breit kein Deutscher zu sehen war, verhafteten einheimische Polizisten Juden, drängten sie in Züge, die von einheimischen Eisenbahnern bis an die nächste Grenze gefahren wurden. Selbstverständlich unterlagen diese Männer in den deutsch besetzten Gebieten einer Kontrolle durch die Besatzungsmacht. Doch auch dort, wo diese fern war, unterschied sich das Verhalten der Polizei kaum. Die Weisungen, die von der Kollaborationsregierung ausgegeben wurden, führte man auch aus.

Eine lange Zeit übersehene Form der Mitarbeit bei der Judenverfolgung ging von den einheimischen Kommunalverwaltungen aus.

Auch sie waren in der Regel mit Sympathisanten mit antikommunistischem Hintergrund besetzt. In den besetzten sowjetischen Gebieten führten die Stadtverwaltungen die ganze Palette der antijüdischen Massnahmen aus, Kennzeichnung, Enteignung und vor allem die Einrichtung von Ghettos. Mancher Bürgermeister entwickelte dabei beträchtliche Eigeninitiative. Nicht nur im Reich, überall in Europa gehörte das Vorgehen gegen die jüdische Minderheit zum Alltag der städtischen und ländlichen Verwaltung. Doch hatten die einheimischen Administratoren meist keine grossen Spielräume gegenüber ihren deutschen Vorgesetzten. In der Minderzahl blieben solche kommunalen Angestellten, die die Verfolgungsmassnahmen zu sabotieren suchten.

Insgesamt gesehen, hatte die ausländische Kooperation eine erhebliche Bedeutung bei der Ausführung der «Endlösung». Einheimische stellten überall zahlenmässig ein Vielfaches des deutschen Personals, wenn auch nicht alle bei der Verfolgung der Juden tätig werden mussten. Dennoch wissen wir bis heute nur sehr wenig darüber, wer diese Leute waren und was sie dachten. In Westeuropa blieb das Gros der Polizisten der Vorkriegszeit auf ihren Posten, in den besetzten sowjetischen Gebieten wurden meist Kriegsgefangene als Hilfspolizisten rekrutiert. So sind Personal und individuelle Einstellung wohl vielschichtiger, als es den ersten Anschein hat.

Die Kollaborateure bildeten den letzten Ausläufer der deutschen Herrschaft in Europa, sie waren in den Dörfern präsent, sie kannten die lokalen Strukturen. Sie haben die Verfolgung dem NS-Regime erheblich erleichtert, die ja besonders gegen Ausländer gerichtet war. Und dennoch bleibt festzustellen: Auf die Politik zum Massenmord haben sie kaum Einfluss gehabt. Vielmehr standen die meisten Mordaktionen unter direkter deutscher Anleitung, die Handlungs-

spielräume der Einheimischen waren gering. Nicht selten haben Widerstandsbewegungen die Hilfspolizeien und Kommunalverwaltungen unterwandert.

Aktionen zur Verweigerung hätten wenig Aussicht auf Erfolg gehabt. Wenn nicht Repressalien gedroht hätten, wie in Osteuropa, so wäre im Verweigerungsfalle zumindest anderes Personal bei den Verfolgungen eingesetzt worden. Bei dem hohen Stellenwert, den die nationalsozialistische Führung dem Mord an den Juden beigemessen hat, wäre sie bereit gewesen, andere Kapazitäten freizumachen. Das heisst, dass die Mitarbeit einheimischer Polizei und Verwaltung keine entscheidende Bedingung für den Mord an den Juden war, im Gegensatz zur Mitarbeit der verbündeten Staaten. Sicherlich hätten mehr Juden den Krieg überlebt, wenn das NS-Regime weniger ausländische Helfer gehabt hätte.

14. Die «Zuschauer»

Die Täter beim Judenmord agierten nicht quasi im luftleeren Raum, sondern inmitten der eigenen, vor allem aber inmitten von ausländischen Gesellschaften. Die Juden in Deutschland und Österreich lebten Ende der dreissiger Jahre in einem eiskalten sozialen Klima, wenn es davon auch immer wieder signifikante Ausnahmen gab. Die Mehrheit der Bevölkerung im Reich verhielt sich nach den Spielregeln des Regimes; viele versuchten darüber hinaus, von der Beraubung der Juden zu profitieren. Auch begann der Krieg, der schon bald die meisten Familien in irgendeiner Form betraf, zunehmend das Denken der Menschen zu bestimmen.

Lange Jahre nach dem Krieg war immer noch die Meinung verbreitet, nur einige wenige hundert Deutsche hätten damals etwas von den Judenmorden erfahren. Inzwischen hat sich dieses Bild erheblich gewandelt. Zwar wurde es vom Regime nach der «Reichskristallnacht» vermieden, die Gewalt gegen Juden öffentlich in Deutschland oder Österreich auszutragen. Der Beginn der Morde im Osten war jedoch in der «Heimat» keineswegs unbekannt geblieben. Schon im September 1939 kursierten erste Gerüchte über die Greuel in Polen. Die erste grosse Mordaktion innerhalb der Vorkriegsgrenzen, die «Euthanasie», sorgte für einige Unruhe in der Öffentlichkeit, die letztendlich aber regional begrenzt blieb.

Nach Beginn der systematischen Massenmorde an Juden ab dem Sommer 1941 dauerte es anscheinend eine Weile, bis Nachrichten

darüber ins «Reich» durchsickerten. In zahlreichen Regierungsstellen kursierten solche Informationen bereits frühzeitig. Einem breiteren Personenkreis wurden sie durch die Soldaten der Ostfront oder das Besatzungspersonal bekannt gemacht. Die deutschen und österreichischen Beamten, die in Polen oder den besetzten sowjetischen Gebieten tätig waren, wussten – regional unterschiedlich – bald Bescheid. Vor allem der rege Feldpostbriefverkehr, aber auch der Heimaturlaub, dienten als Mittel zur Verbreitung dessen, was man «im Osten» gesehen und gehört hat.

Nach dem Höhepunkt der Massenmorde an den Juden, im Sommer und Herbst 1942, verdichteten sich auch in der Heimat die Informationen und Gerüchte. Nun sah sich die NSDAP gezwungen, gegen angebliche «Gerüchtemacherei» vorzugehen. Nach der Niederlage von Stalingrad verstärkte sie die antisemitische Propaganda erheblich. Hinter den Bombenangriffen auf deutsche Grossstädte würde angeblich das «Weltjudentum» stehen, – und bei einer Kriegsniederlage hätte man einen Vernichtungsfeldzug von dieser Seite zu erwarten. Dabei betonte man auch öffentlich an vielen Stellen, dass das Judentum generell vernichtet werde, – man lese dazu nur Reden oder Zeitungsartikel von Göring oder Robert Ley. Andererseits häuften sich nun die Fälle, in denen normale Bürger vor Sondergerichte gestellt wurden, weil sie ihre Kenntnisse von den Morden in der Öffentlichkeit, z.B. in Wirtshäusern, kundgetan hatten. Das konnte zu jahrelangen Haftstrafen wegen «Heimtücke» führen.

Insgesamt kann man wohl davon ausgehen, dass 1943/44 ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung, vor allem natürlich Erwachsene im arbeitsfähigen Alter, einzelne Informationen oder Gerüchte über die Morde wahrnahmen. Ob dies nun 20 oder 40 % der Bevölkerung waren, lässt sich noch nicht sagen. Nur wenigen war bewusst, dass eine totale Vernichtung aller Juden in Europa vor sich

ging. Bekannt waren vor allem die Massenerschiessungen in den besetzten sowjetischen Gebieten, – als gerade sensationell wurden Existenz und Einsatz der sogenannten «Gaswagen» gesehen. Während die Kenntnis von Konzentrationslagern schon vor dem Krieg weit hin öffentliches Gemeingut war, wussten wohl nur wenige Durchschnittsbürger von den Massenvernichtungen in Lagern. Freilich war gerade in Norddeutschland der umliegenden Bevölkerung nicht entgangen, dass in den Stammlagern für sowjetische Kriegsgefangene 1941/42 ein Massensterben vor sich ging.

Im Allgemeinen war der Bevölkerung auch klar, dass die Deportation der Juden aus dem Reich, also oft die Verschleppung von Nachbarn, kein gutes Schicksal für die Betroffenen erwarten liess. Die Verhältnisse im «Osten» waren als rauh bekannt, und man hörte nie wieder etwas von den Abtransportierten. Somit verblieb viel von dem, was man hörte und aufschnappte, ein Gerücht oder eine Vermutung. Mancher fühlte sich an die «Greuelpropaganda» der Entente im Ersten Weltkrieg erinnert, oder hielt die Nachrichten von riesigen Massenerschiessungen schlichtweg für unglaublich. Über genauere Kenntnisse verfügten meist nur die Personen, die Kontakte zu Besatzungsfunktionären im Osten hatten oder – trotz drakonischer Strafandrohungen – die Berichte der BBC heimlich hörten. Erst seit Ende 1944 konnten Deutsche und Österreicher hautnah das Schicksal der letzten überlebenden Juden mitansehen: bei den Todesmärschen zerlumpter und ausgemergelter Häftlinge durch Dörfer des Reiches.

Wie reagierten nun die nichtjüdischen Deutschen und Österreicher, die zuhause geblieben waren, auf die Radikalisierung der Verfolgungen? Vereinfacht gesagt: überhaupt nicht. Zwar lassen sich viele Unmutsäusserungen über allzu brutale Behandlung finden; direkt geholfen haben nur noch wenige Nichtjuden. Von dieser Hilfe waren vor allem solche Juden abhängig, die mit falschen Papieren

oder in Verstecken untertauchten. In Berlin war dies vieltausendfach der Fall; etwa 1'500 dieser sogenannten «U-Boote» überlebten den Krieg. Man schätzt eine Zahl von etwa 20'000 Deutschen, die dabei geholfen haben, Juden das Leben zu retten. Besonders die im Osten stationierten Funktionäre, Soldaten und Geschäftsleute konnten wahre Wunder wirken, wenn sie die Vernichtungsmassnahmen sabotierten. Die überwiegende Bevölkerungsmehrheit war davon weit entfernt. Der Antisemitismus war tief in die Gesellschaft eingesickert, wenn man auch unterschiedliche Konsequenzen daraus gegen die Juden zu ziehen bereit war. Auch im Vergleich zur Reaktion auf die Morde der «Euthanasie», die in weiten Kreisen für Unruhe sorgten, blieben kritische Äusserungen gering. Nicht unerheblich war die Zahl der Denunziationen gegen jüdische Deutsche, die untergetaucht waren oder die drakonischen Sonderverordnungen missachteten. Es ist unter Historikern umstritten, ob man das Verhalten der Bevölkerung im Reich als «Apathie» oder doch mehr als «passive Komplizenschaft» bezeichnen soll. Hier wird man sicher den Einzelfall betrachten müssen, und welche Folgen er für die Juden hatte. Im grossen und ganzen waren die nichtjüdischen Deutschen und Österreicher oft nicht in der Lage und meist nicht willens, für ihre jüdischen Nachbarn einzutreten oder die Behandlung der Juden in die verbreitete partielle Kritik am Regime einzubeziehen.

Von ganz anderen Voraussetzungen gingen die Einwohner der Länder aus, die von Deutschland unterworfen wurden. Gerade dort, wo das Vorgehen gegen die jüdische Minderheit am brutalsten war, hatten die nichtjüdischen Einwohner ebenso am meisten zu leiden. Auch vom Verhalten gegenüber den Juden abgesehen, blieben «Helden» oder «Verräter» in der Minderheit. Der Durchschnittsbürger war vor allem daran interessiert, die Jahre unter deutscher Besatzung unbeschadet zu überstehen. Und das hatte zur Folge, dass man sich

von der Politik möglichst fernhielt und die Existenz mit vielen kleinen Arrangements sicherte.

Wenn man berücksichtigt, dass die meisten Juden in den sowjetischen Gebieten nach der Besetzung nur noch kurze Zeit zu leben hatten, so waren es vor allem die christlichen Polen, die tagtäglich mit dem Leiden und Sterben der Juden konfrontiert waren. Im Laufe der dreissiger Jahre hatte es starke antisemitische Strömungen in der polnischen Regierung, der Kirche und auch den in den gesellschaftlichen Gruppen gegeben. Diese Einstellungen sind mit dem deutschen Einmarsch nicht über Nacht verschwunden. Zunächst waren die nichtjüdischen Polen selbst geschockt über die Morde an ihrer Elite. Im ersten Jahr der Besetzung offenbarten sie durchaus rege Sympathien für ihre jüdischen Landsleute, die noch mehr unterdrückt wurden als sie selbst. Mit zunehmender Kriegsdauer zeigte die soziale Ausgrenzung der Juden durch die Besatzungsmacht aber Wirkung. Die Einrichtung von Ghettos und die antisemitische Propaganda förderten die Isolierung zusehends.

Als dann die Massenmorde einsetzten, waren die christlichen Polen entsetzt über das Ausmass der Brutalität, die sich oft in aller Öffentlichkeit abspielte. Doch blieb die überwiegende Mehrheit zurückhaltend; ihr Handlungsspielraum war denkbar gering. Aber auch der Antisemitismus lebte weiter, teilweise sogar angeheizt durch die Wahrnehmung der sowjetischen Gewaltpolitik in Ostpolen als vermeintlich «jüdisch». Versteckte Juden hatten ständig die Denunziation zu fürchten. Besonders abstossend war das Phänomen der «szmalcowniki», Polen, die gewerbsmässig gegen Belohnung versteckte Juden aufspürten. Erst ab der Jahreswende 1942/43, als die totale Ausrottung des polnischen Judentums anstand, verstärkten sich wieder die Zeichen der Solidarität. Nicht zuletzt fürchteten viele Polen, das nächste Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu werden.

Erheblich feindlicher gestaltete sich das Klima im ehemaligen Ostpolen und im Baltikum. Vor allem Balten und Westukrainer lasteten «den Juden» die stalinistische Schreckensherrschaft an; Denunziationen waren an der Tagesordnung. Aber auch hier zeigte sich die Bevölkerungsmehrheit während der Morde des Sommers 1942 eher zurückhaltend. Geringer war die Bedeutung des Antisemitismus in den altsowjetischen Gebieten, vor allem in Weissrussland. Es war jedoch keineswegs so, dass der Sowjetstaat den Antisemitismus vor dem Krieg ausgerottet hätte. Allerdings hatten gerade die dortigen Einwohner selbst am meisten unter der deutschen Besatzung zu leiden, auch wenn sie nicht jüdischer Herkunft waren.

Das Verhalten der westeuropäischen Bevölkerung angesichts der Judenverfolgung ist am genauesten untersucht worden; in diesen Ländern war es etwas weniger riskant, jüdischen Bürgern Hilfe zukommen zu lassen. Besonders in Belgien schlug dies positiv zu Buche. Wieder waren es vor allem Angehörige bestimmter religiöser Strömungen oder Kommunisten, die für Juden eintraten. Doch wie überall blieben die Helfer in der Minderheit. Die Masse der Bevölkerung wollte mit den Juden nichts zu tun haben, viele hatten gegen den Abtransport der jüdischen Immigranten, die nach Westeuropa gekommen waren, nichts einzuwenden.

Nicht nur im Reich, in nahezu ganz Europa konnten Nichtjuden vom Raub an der Minderheit profitieren. In erste Linie galt dies natürlich für die Regierungen der Marionettenstaaten. Sie erhofften sich von der Enteignung eine Aufbesserung des Staatshaushaltes. In den besetzten Gebieten hatte die Reichskasse den Vortritt. Der nächste in der Schlange waren die Besatzungsverwaltungen, die sich besonders für Immobilien und Zwangskontributionen interessierten. Ein grosser Teil des Raubgutes versickerte in den Taschen der Besatzungsfunktionäre.

Erst danach ergaben sich auch für die Einheimischen Möglichkeiten, an Verfolgung und Mord zu profitieren. Geschäfte in jüdischem Besitz gingen an Treuhänder, konnten aber auch von der Konkurrenz übernommen oder ausgeschlachtet werden. In der Bevölkerung bestand grosses Interesse an besseren Wohnungen, an Einrichtungsgegenständen oder an Dingen zum alltäglichen Gebrauch. Vieles wurde von den Juden bereits vorher weit unter Wert verkauft, um es nicht an die Besatzungsmacht zu verlieren. Doch auch nach den Mordaktionen kam die Kleidung der Getöteten zur Verteilung, vorzugsweise an «Volksdeutsche», aber auch unter Kollaborateuren. Nach manch einer Ghettoräumung stürzten Plünderer in die leeren Stadtviertel. So fremd das heute klingen mag, verständlich wird es ein wenig dadurch, dass auch Nichtjuden oftmals unter das Existenzminimum gedrückt wurden; fast überall im deutsch besetzten Europa herrschte Hunger.

Während viele Menschen im täglichen Gespräch ihre Abneigung gegen Besatzung und Kollaboration zum Ausdruck brachten, war es immer gefährlich, sich zur Hilfe für Juden zu bekennen. Fast überall fürchtete man Denunziation. Trotz dieses Klimas erscheint die Zahl der Nichtjuden, die Juden halfen oder gar versteckten, erstaunlich hoch. Meist war nämlich nicht nur eine Person dazu nötig, sondern ein ganzes Netz von Mitwissern. In Polen und den besetzten sowjetischen Gebieten begab sich jeder, der Juden versteckte, in Todesgefahr. Zwar mussten im Generalgouvernement deswegen besondere Strafverfahren geführt werden, die nicht durchweg mit Todesurteilen endeten. Doch viele dieser Fälle «regelte» die Polizei allein und erschoss sowohl die versteckten Juden als auch deren Helfer mitsamt der Familie. So bleibt der Mut dieser Menschen erstaunlich. Wem kann man zumuten, für seinen Nachbarn sein eigenes Leben und das seiner Kinder aufs Spiel zu setzen? Voraussetzung für solche Ret-

tungsaktionen war meist ein bereits bestehender loser Kontakt und eine geeignete soziale Situation. Auch sollte man bedenken, dass vor Februar 1943 eine Kriegswende für die meisten nicht absehbar war, folglich auch die Dauer der Beherbergung. Sofern die Fälle heute noch rekonstruierbar sind, werden die Retter mit einem Baum in der «Allee der Gerechten» auf der Gedenkstätte Yad Vashem geehrt; bis jetzt fanden sich über 16'000 Personen aus ganz Europa.

Die Kirchen waren im deutsch beherrschten Europa die einzigen Institutionen, deren eigenständige Existenz von der NS-Führung anerkannt wurde, wenn auch zahllose Priester unter Verfolgungen zu leiden hatten. Ihre Haltung zu den Juden wie auch zur Judenverfolgung war ambivalent, oft unterschiedlich von Region zu Region, von der Spitze bis zu den einzelnen Klerikern. Oft waren sie gehemmt durch antijüdische Traditionen, aber auch mangelnden eigenen Handlungsspielraum.

Beschäftigt man sich mit der Haltung der katholischen Kirche zum Verbrechen an den Juden, so denkt man zunächst an die heftige Debatte um die Politik des Vatikans in dieser Frage. Zweifellos gehörte Pius XII. und der Vatikan zu den am besten informierten «neutralen Mächten» im Zweiten Weltkrieg. Nachrichten über Verfolgungen und Morde an Juden erreichten Rom frühzeitig und mit hoher Detailgenauigkeit. Obwohl man dem Papst sicher keine Affinität zu den Nationalsozialisten nachsagen kann, hat er öffentlich nicht explizit gegen den Völkermord Stellung genommen. Inwieweit er über inoffizielle Kanäle Rettungsversuche unternommen hat, ist bis heute umstritten. Den grössten Einfluss besass er sicher gegenüber den katholisch geprägten Verbündeten Deutschlands, so die Slowakei, Kroatien und Ungarn. Aber auch hier sind Interventionen nur indirekt und erst zu einem späten Zeitpunkt erfolgt. Lediglich

für Ungarn ist nachweisbar, dass Deportationen auch auf Intervention des Vatikans (und der Westalliierten) gestoppt wurden. Eine vielzitierte Weisung des Papstes an die italienische Kirche, ihre Pforten für jüdische Verfolgte zu öffnen, hat sich bis heute nicht dokumentarisch belegen lassen. Die Gründe für diese Zurückhaltung sind vielfältig und wohl in erster Linie im Bemühen des Vatikans zu suchen, sich die diplomatische Handlungsfreiheit nicht einzuschränken, zumal während der deutschen Besetzung Roms von September 1943 bis Anfang Juni 1944.

Erheblich vielgestaltiger ist das Bild der gesamten katholischen Kirche im deutsch dominierten Europa. Gerade in Italien schützten Kleriker Tausende Juden vor Verfolgung. In den anderen mit Deutschland verbündeten Staaten nahm die Kirche wenig zugunsten der Juden Stellung, Rettungsaktionen beschränkten sich auf die Aktivitäten einzelner Priester. Dagegen kam es in Frankreich oder im griechisch-katholisch dominierten Galizien zu spektakulären Aufrufen von Bischöfen gegen die Morde. Die Rolle der dominanten katholischen Kirche in Polen in diesem Zusammenhang ist noch nicht hinreichend geklärt; sie litt selbst unter massiver Verfolgung. Einerseits konnte sie sich nur schwer aus ihrer antijüdischen Tradition lösen, die in den dreissiger Jahren ihren Höhepunkt erreicht hatte, – andererseits haben polnische Priester und Klöster unter hohem Risiko wohl Tausende Juden versteckt. Als problematisch erwies sich zunächst die Rolle der katholischen Kleriker in den Satellitenstaaten, die sich explizit als «katholische» Regime verstanden, so in Kroatien und der Slowakei. Erst nach einer Weile, in Kroatien Mitte 1943, trat die Kirche gegen die Massenmorde auf. Aber auch hier war die Haltung und die Tätigkeit der Priester nicht einheitlich. Im katholischen Litauen hat sich die Kirche im Allgemeinen kaum für Juden eingesetzt.

Einige protestantische Landeskirchen in Deutschland zeigten bisweilen erhebliche Affinitäten zum Nationalsozialismus, nicht nur in der Bewegung der «Deutschen Christen». Aber auch die dagegen gerichtete «Bekennende Kirche» konnte sich zu keiner einheitlichen Haltung angesichts der Judenverfolgung durchringen und protestierte erst relativ spät. Mehr zugunsten der Juden trat der Protestantismus in einem anderen Umfeld auf, so in Dänemark. Nahezu völlig unbekannt ist die Haltung der orthodoxen Kirche in den besetzten sowjetischen Gebieten, die nach der stalinistischen Unterdrückung 1941 eine kurzzeitige Renaissance erlebte.

Die einzigen gesellschaftlichen Gruppen, die wirklich unabhängig von der deutschen Herrschaft waren, fanden sich im Widerstand. Zwar gab es auch hier zahlreiche rechtsgerichtete Organisationen, die mit der Besatzungsmacht zeitweise taktische Bündnisse schlossen. Doch generell war die Einstellung der Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus und seine Vorherrschaft gerichtet. Davon ist jedoch die Haltung bezüglich der Juden zu unterscheiden: So unterschiedlicher politischer Herkunft die Gruppen waren, so verschieden reagierten sie auf Verfolgung und Mord an den Juden. Zumeist spielte das Schicksal der Juden keine prominente Rolle in den Überlegungen und in den Aktionen der Widerstandsbewegungen in Europa. Sicherlich war man über die Massenmorde erschüttert. Doch orientierten sich die Gruppen vor allem an den politischen Zielen, die in der Vorkriegszeit geprägt worden waren und die sie zusammengeführt hatten. Darüber hinaus hatte der Widerstand bis Ende 1942 weder die Ressourcen für grosse Rettungsaktionen noch die Aussicht auf ein baldiges Ende der nationalsozialistischen Hegemonie.

Vor allem bürgerlich-liberale und sozialistische bzw. kommunistische Widerstandsgruppen nahmen Anteil am Schicksal der Juden;

gerade in letzteren waren zahlreiche jüdische Mitglieder zu finden. Kleine Hilfsaktionen, Warnmeldungen vor Ghettoräumungen, Beschaffung gefälschter Papiere oder Verkauf von Waffen gingen vom nichtjüdischen Widerstand aus. Vor allem für das Untertauchen einzelner Juden war dies von Bedeutung. Dennoch war fast niemand bereit, spektakuläre Aktionen zur Rettung der Minderheit zu unternehmen, etwa die Störung von Massenerschiessungen oder die Sprengung der Gleisanlagen in die Vernichtungslager. In einigen wenigen Fällen wurden die Insassen von Zwangsarbeitslagern befreit.

Meist differierten die einzelnen Gruppen und Grüppchen in ihrer Haltung, auch wenn sie unter dem Dach der grossen Widerstandsbewegungen wie der Armia Krajowa (Heimatarmee) in Polen oder der Partisanen in der Sowjetunion agierten. So war es meist vom Zufall abhängig, ob ein geflüchteter Jude in den Wäldern Unterstützung oder den Tod fand, wenn er auf Untergrundeinheiten traf.

Eher rechts orientierte Gruppen zeigten relativ wenig Sympathie für den Überlebenskampf der jüdischen Minderheit. Dies lässt sich beispielsweise an der Berichterstattung der Untergrundpresse dieser Provenienz zum Ghettoaufstand in Warschau ablesen. Selbst zu einem solch späten Zeitpunkt zeigten einzelne Gruppen Verständnis für den Massenmord an Juden und forderten ein «judenfreies» Polen nach dem Kriege. Nicht selten haben bewaffnete Einheiten aus dem rechtsradikalen Milieu Juden ermordet, die sie im Versteck aufgefunden hatten; selbst noch nach der Befreiung sind solche Morde zu verzeichnen. In Einzelfällen haben auch Einheiten der Armia Krajowa oder sowjetische Partisanen Juden umgebracht. Doch sind diese sicher nicht repräsentativ. Insgesamt bleibt jedoch festzuhalten, dass die Ermordung der Juden für den Widerstand gegen Hitler eine zweitrangige Angelegenheit darstellte. Dieses Problem stand

nie oben auf der Agenda, und als die Untergrundbewegungen 1943/44 mächtig anschwellen, lebten kaum noch Juden.

Unter ganz anderen Voraussetzungen reagierten Staaten, die nicht deutsch besetzt oder mit Deutschland verbündet waren. Am unabhängigsten konnten die militärischen Gegner der Achse handeln, wenn sie auch relativ wenig Einwirkungsmöglichkeiten auf deutsche Entwicklungen hatten. In Grossbritannien und den USA wurde die Verfolgung der Juden vor dem Krieg sorgfältig beobachtet. Nicht zuletzt die dortigen jüdischen Gemeinden und das Problem der Immigranten setzten das Thema immer wieder auf die Tagesordnung. Mit Kriegsbeginn trat das Interesse an den Vorgängen jedoch zurück; gerade die Presseberichterstattung aus Deutschland war stark eingeschränkt. Dennoch war es auch 1940/41 möglich, sich grundsätzlich über die Zustände im deutsch besetzten Europa zu informieren.

Den Beginn der Massenmorde im Juni 1941 konnten nur wenige registrieren, – diese dafür aber umso genauer. Dem britischen Geheimdienst war es nämlich gelungen, den deutschen Polizeifunk aus dem Osten zu decodieren. Bis Mitte September 1941 gingen tägliche Meldungen von Massenerschiessungen durch den Äther, dann bedienten sich die deutschen Funker einer Geheimsprache. Doch auch später war den britischen Spezialisten etwa die tägliche Häftlingsstärke von Auschwitz bekannt.

Als zentrale Informationsquelle für die Alliierten sollte sich 1942 die polnische Exilregierung erweisen. Dort liefen die Berichte der Untergrundbewegung Armia Krajowa ein, die sehr genau Bescheid wusste. Zwar hatte man nur bruchstückhafte Informationen über die riesigen Massaker seit September 1941, die Deportationen ab Anfang 1942 und die Vernichtungslager waren aber sehr wohl bald bekannt. Etwa im Juni/Juli 1942 wurde das Ausmass des Völkermords allmählich sichtbar, – sowohl die westliche Presse als auch die BBC

begannen mit detaillierter Berichterstattung. Dem World Jewish Congress (WJC) war es über einen deutschen Industriellen gelungen, Informationen aus der NS-Führungsspitze zu erhalten. Im sogenannten Riegner-Telegramm, benannt nach dem Vertreter des WJC in Genf, wurde dem State Department im August 1942 mitgeteilt, dass Hitler die Vernichtung aller Juden plane und dazu Giftgas benutzen wolle. Die Informationen erschienen der britischen und der amerikanischen Regierung jedoch noch zu bruchstückhaft. Obwohl schon im Februar 1942 feierlich in London beschlossen worden war, die NS-Verbrechen nach dem Krieg zu sühnen, dauerte es bis zum Dezember des Jahres, bis die Alliierten eine öffentliche Erklärung über die Morde an Juden publizierten. Im April 1943 trafen britische und amerikanische Vertreter auf den Bermuda-Inseln zusammen, um das Problem der jüdischen Flüchtlinge zu besprechen, – doch das Ergebnis war mager. Die USA richteten schliesslich im Januar 1944 eine eigene Behörde für diese Fragen ein, das War Refugee Board.

Eine direkte Intervention gegen die Massenmorde wurde diskutiert, aber schliesslich grösstenteils verworfen. Lediglich einige diplomatische Proteste bei der Vichy-Regierung zeigten Wirkung. Besonders akut war diese Frage ab März 1944, als die Wehrmacht Ungarn besetzte und den Verantwortlichen vor Augen stand, dass die Juden in dem Land nun tödlich bedroht seien. Inzwischen kannte man das Lager Auschwitz, wenn auch Details über die Vernichtungsanlagen erst Ende Juni verfügbar wurden. Seit Mai 1944 überflog die US Air Force das KZ und machte Luftaufnahmen. Dennoch unterblieb eine Bombardierung des Lagers und der Eisenbahnstrecke dorthin. Über diese Frage wird seit Jahrzehnten von Historikern und Luftkriegsspezialisten debattiert. Da die in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Gummifabrik Auschwitz-Monowitz bombardiert

und auch das Lager Birkenau dabei beschädigt wurde, bestanden wohl die technischen Möglichkeiten. Tatsächlich aber wollten weder amerikanische Politiker noch Militärs die Luftwaffe einsetzen, um Rettungsaktionen durchzuführen. Für sie hatte immer Vorrang, den Krieg möglichst schnell zu gewinnen.

Vor allem jüdische Organisationen unternahmen verzweifelte Versuche, über ihre Vertretungen in Kontinentaleuropa grosse Rettungsaktionen zu starten. Noch 1940/41 gelangten Hilfssendungen in die polnischen Ghettos. Für die Zeit der Vernichtung seien nur der sogenannte Transnistrien-Plan genannt, bei der rumänischen Regierung die Rettung jüdischer Kinder zu erreichen; oder der Europa-Plan, mit dem Vertreter Eichmanns in Bratislava gegen Geld Teile der slowakischen Juden zu retten; und schliesslich die berühmten «Ware-gegen-Blut»-Verhandlungen in Budapest 1944, die einigen Tausend Juden das Leben retteten. Alle diese Unternehmungen hatten im Endeffekt aber nur sehr begrenzten Erfolg.

Weitgehend unerforscht ist das Verhalten der sowjetischen Führung im Angesicht des Massenmordes. Die Sowjetunion war das einzige Land, das von Deutschland nicht besiegt werden konnte und in dem trotzdem NS-Verbrechen in grossem Ausmass verübt wurden. Inzwischen ist bekannt, dass die Spitze der KPdSU sehr genau über diese Morde Bescheid wusste, durch die Berichterstattung der Roten Armee, des Geheimdienstes und seiner Untergrundinformanten. Tatsächlich hat man in den sogenannten Molotow-Noten immer wieder grosse Massenmorde bekannt gemacht. Doch seit 1943 wurde mehr und mehr verschleiert, dass die Hauptopfer Juden waren. Auch scheinen Stalin und seine Entourage relativ wenig am Leiden der Bevölkerung unter deutscher Besatzung interessiert gewesen zu sein, – genauso wie sie in der Kriegführung Menschenleben gering erachteten. Vorrangig ging es den Funktionären um die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung kommunistischer Herrschaft.

In einer ausgesprochen schwierigen Lage befanden sich die neutralen Staaten in Europa. Besonders die Schweiz und Schweden mussten fürchten, selbst von Deutschland besetzt zu werden, – Franco-Spanien war mit Deutschland befreundet. Ausgesprochen gut informiert waren schweizerische Behörden, bei der Lage des Landes nicht weiter verwunderlich. Durch eine Ärztedelegation bei der Wehrmacht an der Ostfront wurden schweizerische Offizielle direkt Zeugen der Massenmorde. Genaue Informationen besass ebenso das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf; doch auch dessen Hilfe beschränkte sich auf – zumeist nichtjüdische – Lagerinsassen. Ansonsten übten dessen Funktionäre dezente Zurückhaltung.

In begrenztem Umfang hat die Schweiz jüdische Flüchtlinge aufgenommen; freilich wurden die meisten von ihnen während des Krieges abgewiesen und damit in den fast sicheren Tod geschickt. Erst in den letzten Jahren ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, dass die schweizerische Wirtschaft erheblich an Rüstungslieferungen für Deutschland profitiert hat, die zum Teil mit geraubtem jüdischem Eigentum bezahlt wurden. Wie die schweizerische so war auch die schwedische Bevölkerung nicht frei von Antisemitismus. Dort waren die Folgen allerdings nicht so fatal, weil die Zahl der Flüchtlinge nach Schweden geringer blieb.

Zusammenfassend ergibt sich der Eindruck, dass die europäischen Juden tatsächlich in einer Falle sassen. Die Mehrheit der Einwohner im Reich, aber auch die unterdrückten Völker konnten oder wollten sich nicht mit den Juden unter ihrem spezifischen Schicksal solidarisieren. Aus der Retrospektive erscheint es jedoch einfach, moralisches Verhalten einzuklagen. Hier war letztendlich der Einzelne gefordert.

Als entscheidend aber erwies sich, dass Hitler im Zenit seiner Macht stand, als die meisten Juden ermordet wurden, von Herbst 1941 bis Frühjahr 1943. Die Interventionsmöglichkeiten von aussen

wie von innen waren also gering und beschränkten sich auf bestimmte Situationen und auf individuelle Fälle. Für der Zeit des Niedergangs der deutschen Herrschaft muss das Desinteresse alliierter Regierungen wie auch manch anderer Organisationen jedoch erstaunen. Im grossen und ganzen zeigte sich die Welt für diese nie dagewesene Herausforderung nicht gerüstet. Unter günstigen Bedingungen konnten Rettungsinitiativen Erfolg haben, wie etwa die Beispiele Dänemarks, das Verhalten italienischer Behörden und Priester, oder der Stop der Deportationen aus Ungarn zeigte.

15. Die Bedeutung des Lagersystems seit 1942

Vielfach assoziiert man den Mord an den Juden mit den nationalsozialistischen Lagern. Dies ist jedoch nur zum Teil richtig. Erst im Verlauf der «Endlösung» erlangten die Vernichtungslager eine zentrale Bedeutung (vgl. Kap. 5). Etwa die Hälfte aller jüdischen Opfer wurden in Lagern umgebracht, davon jedoch nur ein Teil in den offiziellen Konzentrationslagern. Als Konzentrationslager bezeichnet man nur solche Haftstätten, die der sogenannten Inspektion der Konzentrationslager, einer SS-Behörde in Oranienburg, unterstanden, – also vor allem die bekannten KZ wie Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen usw.

Bis 1938 kamen einige Hundert Juden in diese KZ, während der «Reichskristallnacht» zeitweise 27'000 jüdische Männer, von denen der grösste Teil aber nach einigen Tagen wieder mit der Auflage entlassen wurde, möglichst bald auszuwandern. In den ersten Kriegsjahren gelangten vor allem Ausländer in die KZ, unter ihnen waren vereinzelt auch Juden. Gelegentlich wurden ganze Gruppen von Juden in Lager gesperrt, so Niederländer in Mauthausen, oder Polen und Österreicher in Buchenwald. Massive Einweisungen von Juden in die Konzentrationslager plante die SS-Führung erst im Januar 1942, als sie sich in der Kriegswirtschaft profilieren wollte und die Arbeitskräfte dafür fehlten. Überhaupt hatte das Lagersystem 1941/42 bei Weitem noch nicht die Ausmasse, die es in der zweiten Kriegshälfte einnehmen sollte. Im Jahre 1941 waren dort etwa 60'000 Menschen inhaftiert, Anfang 1945 dagegen 720'000! Erst im

März 1942 begannen regelmässig Transporte mit jüdischen Menschen in Auschwitz und Majdanek anzukommen, zunächst aus der Slowakei; ab Juli wurde dies ein massenhaftes Phänomen. Die meisten Opfer wurden zu dieser Zeit in Lager gebracht, die nicht offiziell zum KZ-System gehörten, und auch nicht zur Internierung, sondern ausschliesslich zur Ermordung dienten.

Kulmhof (Chelmno) im Warthegau war das erste nationalsozialistische Vernichtungslager. Mitten in diesem Dorf richtete sich im Herbst 1941 das «Sonderkommando Lange» ein, eine Polizeieinheit, die seit Ende 1939 in Westpolen vor allem Geisteskranke ermordet hatte. Man zäunte ein landwirtschaftliches Gebäude, «Schloss» genannt, ein und richtete es als Vorhof der Vernichtung her. Ab dem 7. Dezember 1941 wurden wartheländische Juden auf einer Kleinbahn nach Chelmno gefahren und dann in das Gelände und das Schloss gebracht. Dort mussten sie sich entkleiden und wurden weitergetrieben, über eine Rampe auf die Ladefläche eines Lastkraftwagens, der rückwärts mit offenen Flügeltüren an das Gebäude geparkt war. Der LKW fuhr an, die Türen wurden geschlossen und die Abgase längere Zeit ins Wageninnere geleitet. Nach etwa einer halben Stunde verliess das Fahrzeug das Gelände und fuhr mehrere Kilometer in das sogenannte Waldlager. Dort entlud man die Leichen und verbrannte sie. In Kulmhof starben auch Roma aus dem Burgenland und andere Nichtjuden. Im März 1943 schloss man das Lager und zerstörte das «Schloss». Erst zur Vernichtung des Ghettos in Łódź 1944 kehrte die zweite Lagermannschaft, das sogenannte «Sonderkommando Bothmann» wieder zurück und wiederholte das Verfahren, nun mit einem anderen Gebäude. Auf diese Weise wurden in Kulmhof mindestens 152'000 Menschen ermordet.

Vergleichbar mit Kulmhof ist eine Vernichtungsstätte bei Minsk, Maly Trostenez, wo die Opfer, weissrussische Juden und solche aus dem Reich, in «Gaswagen» ermordet wurden. Darüber hinaus gibt es Indizien dafür, dass in Mogilew im Osten Weissrusslands, ein Vernichtungslager mit stationären Gaskammern errichtet werden sollte. Aber dieser Plan scheiterte, – vermutlich lag die Stadt zu weit weg, um dorthin Juden aus anderen Gebieten Europas zu transportieren.

Die ersten regelrechten «Todesfabriken» waren 1942 mit den Lagern der «Aktion Reinhardt» errichtet. Sie wurden seit November 1941 sukzessive aufgebaut, um die Juden im Generalgouvernement zu ermorden. Die drei Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka waren anfangs noch stark durch die «Euthanasie», den Massenmord an Anstaltsinsassen im Reich, geprägt. Die Kanzlei des Führers, die für letztere Mordaktion verantwortlich zeichnete, stellte dem SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik, das Personal für seine Mordplanungen zur Verfügung. Das waren Männer, die Erfahrungen mit der massenhaften Tötung von Menschen durch Giftgas mitbrachten. Ihnen wurden rekrutierte Kriegsgefangene, vor allem Volksdeutsche und Ukrainer, zur Seite gestellt, die in Trawniki bei Lublin ihre Ausbildung erhielten und deshalb «Trawniki-Männer» hiessen.

Im November 1941 begann man mit dem Bau des Lagers Belzec. Hier, an der Grenze des Distrikts Lublin nach Ostgalizien, war früher ein Zwangsarbeitslager für Juden und Sinti gelegen, in dem ein «Grenzwall» gegen die 1940 angrenzende Demarkationslinie zu den neuen sowjetischen Gebieten gebaut werden sollte. Nachdem das alte Lager längst aufgelöst war, wurde nun am Rand des Dorfes Belzec ein abgeschottetes Gelände eingerichtet, das neben einem Bahnanschluss vor allem über ein Holzgebäude mit vier abgedichteten Räumen verfügte. Seit dem 16. März 1942 rollten Deportations-

transporte nach Belzec. In der Gaskammer wurden bis Mai 1942 etwa 90'000 Menschen durch Abgase eines grossen Motors getötet. Dann entschloss sich die Lagerführung, ein neues Gebäude mit sechs Gaskammern zu bauen.

Zugleich errichteten Globocniks Männer seit März 1942 an der Ostgrenze des Distrikts Lublin an einer in einem Wald gelegenen Bahnstation das Vernichtungslager Sobibor, das ähnlich aufgebaut war. Dort kamen Anfang Mai die ersten Opfer an. Das dritte und grösste Lager der «Aktion Reinhardt» wurde nicht im Distrikt Lublin, sondern östlich von Warschau eingerichtet: Treblinka. Dort existierte bereits ein Zwangsarbeitslager für Polen. Das neue Vernichtungslager, das von Ende April bis Ende Juli 1942 aufgebaut wurde, war nun vor allem für die Juden im Warschauer Ghetto bestimmt.

Deren massenhafte Ermordung begann am 23. Juli 1942. In nur zehn Wochen, von Ende Juli bis Mitte September 1942, wurden annähernd eine Million Männer Frauen und Kinder in den Lagern Belzec und Treblinka ermordet (nach Sobibor war die Bahnstrecke defekt). Damit erreichte die «Aktion Reinhardt» Dimensionen, wie sie nicht einmal in Auschwitz Realität wurden. Auf den Geländen der Lager mussten riesige Massengräber ausgehoben werden, da eine Verbrennung der Leichen noch nicht vorgesehen war. Neben der allgemeinen Transportsperre war dies wohl der entscheidende Grund dafür, dass das Vernichtungslager Belzec in der zweiten Dezemberwoche 1942 geschlossen wurde. Nun musste das aus Häftlingen bestehende Sonderkommando bis ins Frühjahr 1943 die Leichen enterden und verbrennen. In Belzec starben – nach vorsichtigen Schätzungen – etwa 500'000 Menschen. Nur ganz wenigen, die dorthin deportiert worden waren, gelang die Flucht; vermutlich lediglich drei Personen.

Nach Sobibor und Treblinka rollten auch 1943 die Todeszüge der Deutschen Reichsbahn, wenn auch nicht mehr in der Intensität. Da das Konzentrationslager Auschwitz noch nicht ganz ausgebaut war, kamen nun auch verstärkt nichtpolnische Juden in die Lager, so aus den Niederlanden nach Sobibor und aus Griechenland nach Treblinka. Als absehbar war, dass auch diese beiden Vernichtungslager geschlossen wurden, revoltierten die jüdischen Häftlinge, am 14. August in Sobibor und am 1. Oktober in Treblinka. Einem Teil der Insassen gelang der Massenausbruch, weniger als einhundert überlebten den Krieg. Wie in Belžec, so wurden auch in Sobibor und Treblinka die Lagergelände dem Erdboden gleichgemacht und alle Dokumente aus dem inneren Lagerbetrieb vernichtet. Dennoch kann auch heute noch die Zahl der Opfer rekonstruiert werden; in Sobibor liegt sie bei 200'000-250'000, in Treblinka sogar um die 900'000 Tote. Die deutsche Lagerbesatzung wurde in den Raum Triest versetzt, um dort gegen Partisanen vorzugehen, aber auch Juden zu ermorden.

Erst in einer vergleichsweise späten Phase der «Endlösung», nämlich ab Anfang 1943, wurde Auschwitz zum Zentrum des Massenmordes an den Juden. Die Vernichtungsanlagen in Auschwitz hatten sich erst allmählich entwickelt. Zunächst war es ein Konzentrationslager unter vielen gewesen, wenn auch von bedeutender Grösse. Etwa Anfang September 1941 begannen direkte Massenmorde innerhalb des Lagers. Vor allem entkräftete und invalide Häftlinge waren unter den ersten Opfern. Schon seit April 1941 hatte man in einigen Konzentrationslagern solche Häftlinge aussortiert, in die «Euthanasie»-Anstalten gebracht und dort mit Giftgas ermordet. Im September nun ergriffen Lagerfunktionäre in Auschwitz die Initiative, an Ort und Stelle solche Häftlinge zu ermorden, vor allem sowjetische Kriegsgefangene. Dazu verwendeten sie ein Schäd-

lingsbekämpfungsmittel, das eigentlich zur Entseuchung von Kleidern vorgesehen war, Zyklon B. Zyanide waren schon im Ersten Weltkrieg zur Kleiderentwesung benutzt worden und hatten damals des öfteren zu tödlichen Unfällen geführt. Zyklon B war seit 1940 den Mordfunktionären der «Euthanasie» bekannt, wurde allerdings damals noch kaum verwendet. Seit Juli 1941 kam das Gift systematisch zur Kleiderentwesung in Auschwitz zum Einsatz, die Lieferfirma Degesch organisierte dazu eigens eine Ausbildung von Lagerbewachern.

Etwa am 5./6. September 1941 wurde Zyklon B erstmals zum Mord an Menschen gebraucht. 900 Häftlinge, in der Mehrheit sowjetische Kriegsgefangene, sperrte man in den Keller eines KZ-Gebäudes und warf Zyklon B hinein. Das Gift entfaltete seine Wirkung nur sehr langsam, möglicherweise überlebten sogar einige der Opfer. Dennoch waren damit die Anfänge für die Massenvernichtung in Auschwitz gelegt. Seit Februar 1942 wurden immer wieder als «arbeitsunfähig» deklarierte Häftlinge, auch aus anderen Lagern, in einem umgebauten Raum des Krematoriums I erstickt. Seit Ende September 1941 wurde nun neben dem Stammlager Auschwitz ein zweites geplant, Auschwitz-Birkenau. Ursprünglich war es für grosse Zahlen von sowjetischen Kriegsgefangenen vorgesehen, die die SS übernehmen wollte. Doch dazu kam es nicht; die Zehntausenden inhaftierter Rotarmisten starben in kürzester Zeit. Stattdessen gelangten im Frühjahr 1942 erste geschlossene Transporte europäischer Juden ins Lager, zunächst aus der Slowakei und Frankreich. Noch zu diesem Zeitpunkt war nicht klar, dass Auschwitz dereinst Zentrum des Judenmordes werden würde. Tatsächlich fanden die Massenmorde fast ausschliesslich in Kulmhof, Belzec, Sobibor und den besetzten sowjetischen Gebieten statt.

Ab Juni 1942 setzten dann systematisch Deportationen nach Auschwitz ein, und dessen Vernichtungssystem begann sich zu kon-

stituieren. Noch an einer Rampe, lange Zeit ausserhalb des Lagers, wurde unter den Ankömmlingen die berüchtigte «Selektion» vorgenommen, d.h. angeblich Arbeitsunfähige von den übrigen getrennt. Etwa 70-80 % der Deportierten traf dieses Schicksal. Die Todeskandidaten, fast durchweg ältere Personen und Frauen mit Kindern, führte man zu «Bunker I» und «Bunker II», Bauernhäuser am Rande des neuen Lagers Birkenau, in denen Räume als Gaskammern abgedichtet worden waren. In diesen Gebäuden und im Krematorium I wurden sie im Gas erstickt.

Als der Reichsführer Heinrich Himmler am 17. Juli 1942 das Lager inspizierte, liess er sich eine solche Mordaktion vorführen. Vermutlich erst zu diesem Zeitpunkt entschied er, Auschwitz zum zukünftigen Zentrum des Mordens zu machen. Im Herbst 1942 wurden die Pläne für die zwei neuen grossen Krematorien im Lager Birkenau (mit Nummern II und III), so abgeändert, dass als Leichenkeller vorgesehene unterirdische Räume zur Ermordung Lebender mittels Zyklon B verwendet werden konnten. Doch der Bau der neuen Krematorien, der modernsten überhaupt, zog sich bis ins Frühjahr 1943 hin. Bis dahin ermordeten die Lagerfunktionäre die Selektierten vor allem im Krematorium I und in den beiden Bauernhäusern. Die Leichen wurden noch nicht verbrannt, sondern vergraben. Erst im Spätherbst 1942 grub man die etwa 100'000 Toten wieder aus und verbrannte ihre Körper.

Zwischen März und Juni 1943 waren die neuen Krematorien festgestellt, zu II und III kamen nun die Bauten IV und V, die allerdings gänzlich oberirdisch konstruiert waren. Da man die Verbrennungsöfen der Krematorien oftmals weit über die Kapazitätsgrenze hinaus verwendete, brach das Vernichtungssystem vielfach wieder zusammen. Deshalb konzentrierte sich der Massenmord zum grossen Teil auf das weniger «störanfällige» Krematorium II.

Der Weg der Opfer gestaltete sich folgendermassen: Nach der Selektion liefen die Todeskandidaten nicht in die eigentlichen Lagerbereiche, sondern weiter an den Gleisen entlang in ein abgezäuntes Gelände. Über eine Freitreppe betraten sie einen unterirdischen Raum, wo Bewacher und die jüdischen Häftlinge der Sonderkommandos auf sie warteten. Unbekleidet trieb man sie durch zwei Türen in einen anderen grossen Raum, der wie eine grosse Duschanlage aussah. Dort hatten etwa 2'000 Menschen Platz. Nachdem man die gasdichten Türen von aussen abgeschlossen hatte, stieg ein SS-Sanitäter auf das Dach der Gaskammer und schüttete das Gift aus Zyklon-B-Dosen in Öffnungen, die in unterirdische Säulen liefen. Durch Löcher in den Säulen trat das Gift aus. Die Opfer wanden sich in einem oftmals zwanzigminütigen Todeskampf, die meisten drängten zur Tür.

Nachdem keine Lebenszeichen mehr zu hören waren, saugte man die Giftschwaden über ein Abluftsystem aus der Gaskammer. Dann öffneten die Männer des Sonderkommandos die Türen und schleiften die Leichen heraus, die oftmals ineinander verkrallt und mit Exkrementen bedeckt waren. Über einen Lastenaufzug gelangten die Leichen in das Erdgeschoss, wo zunächst alle Goldzähne aus den Gebissen gebrochen wurden. Anschliessend schoben die Häftlinge die Körper, meist zwei auf einmal, mit Bahren in die Öfen des Krematoriums. Die Asche der Leichen wurde später abtransportiert und in einem Weiher versenkt. Innerhalb der Krematorien IV und V verliefen die Massenmorde im Erdgeschoss, dort konnten jeweils mehrere Hundert Menschen auf einmal ermordet werden. Nach dem Ende eines solchen Vernichtungsvorgangs begann der Massenmord von Neuem.

Obwohl die «Kapazitäten» von Gaskammern und Öfen vergleichsweise hoch waren, reichten sie oftmals nicht aus. Vor allem bei der Ankunft der Deportationen aus Ungarn von Mai bis Juli 1944 warteten die Todeskandidaten stundenlang in einem Wäldchen in

der Nähe der Krematorien. Um das Morden zu beschleunigen, verbrannten die Sonderkommandos einen Teil der Leichen auf der Erde ausserhalb der Krematorien.

Über 400'000 der nach Auschwitz Deportierten wurden nach der Ankunft zur Arbeit selektiert und registriert; zugleich tätowierte man ihnen eine Häftlingsnummer auf den Unterarm. Ein Teil dieser Menschen war gar nicht erst nach Birkenau gelangt, sondern bereits einige Kilometer vorher aus den Zügen geholt und auf die zahlreichen Aussenlager von Auschwitz verteilt worden. Doch auch die Arbeitsfähigen hatten oftmals nur ein kurzes Leben. Insbesondere beim Bau und Betrieb in der neuen IG-Farben-Fabrik in Monowitz wurden Zahllose bis zur Erschöpfung gepeinigt. Konnten sie nicht mehr arbeiten, so fielen sie den regelmässigen Selektionen innerhalb des Lagers zum Opfer. Auch diese Selektierten mussten den Weg in die Krematorien antreten und wurden dort ermordet. Insgesamt geht die Forschung heute davon aus, dass 1,1 Million Menschen in Auschwitz umgebracht wurden, davon knapp eine Million Juden. Das heisst, jedes sechste Opfer der «Endlösung» fand seinen Tod in Auschwitz.

Ebenso wie Auschwitz war auch Majdanek, offiziell Lublin, ein Konzentrationslager. Zunächst parallel zu Auschwitz-Birkenau als Lager für sowjetische Kriegsgefangene konzipiert, war es alsbald zur grössten Haftstätte für Polen auserkoren. Doch der Ausbau des Lagers stockte, letztendlich wurde nur ein Fünftel der projektierten Grösse erreicht. Genauso wie Auschwitz hatte man auch in Majdanek ursprünglich nicht in erster Linie jüdische Häftlinge im Visier, erst der Gang der «Endlösung» brachte Juden nach Lublin. Zunächst waren es vor allem slowakische Juden, die ins Lager gelangten. Majdanek, man mag es kaum glauben, bot noch katastrophalere Lebensbedingungen für die Häftlinge als Auschwitz. Die Slowaken

starben binnen Kurzem fast alle an Entkräftung und Misshandlung. Polnische Juden gelangten eher selten ins Lager, vor allem 1943. In Majdanek bestand eine Gaskammer. Seit August 1942 wurden ankommende Gruppen selektiert, die Lager-SS brachte die vermeintlich Arbeitsunfähigen um. Anfang November 1943 wurden alle Juden im Lager, etwa 8'000 Menschen, von auswärtigen Einheiten erschossen. Man schätzt heute, dass von den mindestens 180'000 Todesopfern des Lagers 50'000-80'000 Juden waren.

Insgesamt entziehen sich die Vorgänge in den Vernichtungslagern jeder adäquaten Beschreibung. Es ist jedoch ein Irrtum anzunehmen, hier hätte ein «klinischer Tod» stattgefunden. Vielmehr waren die Abläufe von unendlichem Schrecken und Brutalität gekennzeichnet. Schon die Auseinanderreissung der Familien bei den Selektionen fügte den Opfern tiefen Schmerz zu. Voller Scham mussten sie sich dann vor ihren Peinigern ausziehen, wurden oftmals mit Peitschenhieben in die Gaskammern getrieben. In den Räumen genauso wie in den «Gaswagen» herrschte meist Finsternis, Panik brach aus. In vielen Fällen lief der Motor in den Mordinstallationen der «Aktion Reinhardt» nicht richtig an, die Opfer standen dichtgedrängt in Todesangst und waren schon der Erstickung nahe.

Insgesamt wurden wohl weniger als die Hälfte der Opfer des Judenmordes mit Giftgas umgebracht, und von diesen auch nur ein Teil in Konzentrationslagern. Erheblich mehr Opfer, als früher angenommen, wurden direkt erschossen; Hunderttausende starben an Hunger, Krankheit und Misshandlungen.

Eines der wenigen Konzentrationslager im Reich, das über einen hohen Anteil an jüdischen Häftlingen verfügte, lag in Bergen-Belsen. Auf dem Gelände eines Kriegsgefangenenlagers richtete man dort im Frühjahr 1943 ein «Aufenthaltslager» ein, das aber eigent-

lich ein KZ war. SS-Chef Himmler wollte hier Juden aus dem alliierten Ausland internieren, um sie für einen etwaigen Austausch gegen Deutsche bereitzuhalten. Doch nur weniger als 10% der Häftlinge erlangten wirklich die Freiheit. Stattdessen erhielt Bergen-Belsen ab März 1944 eine weitere Funktion: Dorthin deportierte man kranke und schwache Häftlinge aus anderen KZ. Als schliesslich ab Ende 1944 immer mehr Evakuierungstransporte aus anderen Lagern in Bergen-Belsen eintrafen, hatte sich das ganze Gelände zu einem Sterbelager entwickelt. Die Lagerleitung reduzierte die Versorgung auf ein Minimum, sie liess die Häftlinge einfach verkommen. Auf dem völlig überfüllten Gelände regierte nun der Tod, im Februar 1945 starben 7'000, im März 18'000 Menschen.

Während die bisher genannten Lager allgemein bekannt sind, existierte ein weiterer Lagertyp für Juden, der bisher noch wenig erforscht wurde: die Zwangsarbeitslager. Solche Lager entstanden zunächst im Reich, für arbeitslose und fürsorgeabhängige Juden, die öffentliche Arbeiten verrichten mussten. Bald ahmten die Satellitenstaaten dieses Prinzip nach. Im besetzten Polen entwickelten sich 1940 regelrechte Netze von Zwangsarbeitslagern, zum Befestigungsbau, zur Entwässerung usw. Oftmals waren die Gelände nicht hermetisch abgeriegelt, und die Häftlinge konnten abends nach Hause gehen. Die meisten dieser Lager wurden bereits 1940 aufgelöst.

Die eigentliche Expansion der Zwangsarbeitslager fiel erst in die Phase der Massenmorde. Mit der Verknappung von Arbeitskräften um die Jahreswende 1941/42 entwickelte sich ein Prinzip, das bestimmend war für die «Endlösung»: die Selektion. Für die reinen Vernichtungslager nahmen die deutschen Behörden die Aufteilung in arbeitsfähig – nicht arbeitsfähig noch in den Ghettos vor, – in Auschwitz und Majdanek verlegte man die Selektion in die Lager selbst.

Je mehr vermeintlich «arbeitsunfähige» Juden in die Gaskammern geschickt wurden, desto drängender wurde die Frage der jüdischen Arbeiter. Zwar entschied die NS-Spitze im September 1942 nach heftigen Debatten, dass die Arbeiter zeitweise am Leben gelassen würden. Sie sollten jedoch in geschlossenen Lagern interniert werden. So erstreckte sich um die Jahreswende 1942/43 ein Teppich von kleinen Lagern vor allem über Polen; etwa 200 dieser Zwangsarbeitslager existierten im Warthegau, über 300 waren es im Generalgouvernement. Geschlossene Lagersysteme hatten schon seit 1940 die «Organisation Schmelt» im deutschen und polnischen Schlesien, und seit 1942 die «Durchgangsstrasse IV» Lemberg-Dnjepropetrowsk, wo Zwangsarbeiter beim Autobahnbau eingesetzt waren. Die Erscheinung der Lager variierte enorm, manche waren komplett wie KZ ausgebaut, andere stellten Überbleibsel früherer Ghettos dar, wieder andere bestanden aus einem einzigen Gebäude.

Vor allem jüdische Häftlinge waren es, die der berüchtigten «Vernichtung durch Arbeit» ausgesetzt waren, d.h., sie sollten sich gezielt bis zur Erschöpfung zu Tode arbeiten. Sowohl die Kriegslage als auch das wirtschaftliche Interesse zwang manchen Unternehmer, die Arbeitskraft bei den Juden zu erhalten. Nach der Auflösung der Ghettos waren die Zwangsarbeitslager der einzige Platz, wo die Existenz von Juden in Osteuropa noch geduldet wurde.

Doch der umfangreiche Einsatz zur Zwangsarbeit war nie langfristig angelegt, mehr eine Verlegenheitslösung der Jahre 1942/43. Deshalb blieb die Existenz der Lager labil. Weit im Osten wurden sie – bis auf wenige Ausnahmen – bereits Mitte 1943 aufgelöst, ihre Insassen evakuiert oder ermordet. Relativ überraschend kam dann am 3./4. November 1943 die «Aktion Erntefest», die Ermordung von 42'000 Häftlingen im Distrikt Lublin auf Befehl Himmlers. An-

scheinend hatte der SS-Chef die Lager als «Sicherheitsgefahr» gesehen. Die übriggebliebenen Zwangsarbeitsstätten bestanden meist bis zur Evakuierung weiter, manche überführte man organisatorisch ins KZ-System.

Bereits Ende 1941, mit dem Rückschlag der Wehrmacht vor Moskau, beschäftigte sich die Sicherheitspolizei mit dem Gedanken, die Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen. Die Massengräber waren oftmals nur schlecht zugedeckt worden und ihre Lage in der Umgebung durchaus bekannt. An manchen Stellen existierte gar ein regelrechter «Massengrab-Tourismus», oder Einheimische versuchten, Wertsachen unter den Leichen auszugraben. Aus der Sicht der NS-Führung war aber entscheidend, wie schwer das deutsche Image beschädigt werden würde, wenn sowjetische Behörden in den befreiten Gebieten die Stätten nationalsozialistischer Massenmorde freilegten. Schon im Sommer 1942 hatte man den Exekutor der Massenerschießungen von Babij Jar, Paul Blobel, damit beauftragt, zu ermitteln, wie man die Massengräber beseitigen könne. Im Herbst begann die Verbrennung der bisher beerdigten Leichen in den Lagern Auschwitz und Belžec.

Doch akut wurde diese Frage anscheinend erst, als nach der Schlacht von Stalingrad der deutsche Rückzug im Osten einsetzte. Zwei Ereignisse beschleunigten Blobels Vorgehen: Mitte April 1943 hatten sowjetische Untersuchungskommissionen im Kaukasus erste Massengräber exhumiert, und fast zur gleichen Zeit gab die NS-Propaganda die Entdeckung der Massengräber von Katyn bekannt. Dort lagen die Leichen von Tausenden polnischer Offiziere, die die sowjetische Geheimpolizei 1940 ermordet hatte. Obwohl schon vorher solche Vernichtungsstätten des NKWD bekannt waren, hatte die deutsche Führung auf eine propagandistische Auswertung verzichtet. Im rumänisch besetzten Odessa hatte man schon früher ein Massengrab entdeckt, das auf den ersten Blick Opfer des Sta-

linismus barg. Doch bald hatte sich herausgestellt, dass es sich um ermordete Juden handelte.

Während also die deutsche Katyn-Kampagne auf Hochtouren lief, bereiste Blobel Polizeidienststellen im Osten, um die Lage der Massengräber zu lokalisieren und an einigen Orten spezielle Kommandos zur Enterdung aufzustellen. Nach dem Aktenzeichen des Reichssicherheitshauptamtes nannte man diese Operation «Aktion 1005». Im Juni 1943 stellte als erstes die Sicherheitspolizei in Lemberg ein solches Kommando 1005 auf, bestehend aus wenigen Gestapo-Männern, jüdischen Häftlingen und Schupos zur Bewachung. Die unvorstellbare Arbeit mussten Häftlinge, darunter auch Kriegsgefangene, verrichten, die von Schutzpolizisten bewacht und nach dem Abschluss der Arbeiten ermordet wurden. Einige der Häftlingskommandos unternahmen erfolgreiche Massenfluchten. Die Massengräber wurden aufgegraben, die Leichen an Sammelpunkte getragen oder gefahren, dort auf Eisenbahnschienen und Holzbohlen geschichtet, mit Benzin übergossen und angezündet. Asche und Knochenteile wurden wieder vergraben.

Ab August des Jahres kamen die mobilen Sonderkommandos 1005-A und 1005-B in der Ukraine und 1005-Mitte in Weissrussland hinzu, die die Massengräber dieser Gebiete von Ost nach West öffnen sollten. Lokale Kommandos wurden von Gestapostellen im Baltikum, in Polen und in Jugoslawien eingerichtet. Die Verwischung der Spuren ist nur ansatzweise gelungen, vermutlich wurden aber über eine Million Leichen verbrannt. Auch die angestrebte Geheimhaltung konnte nicht erreicht werden. Über Städten wie Lemberg oder Minsk hing wochenlang der Geruch verbrannter Leichen; einmal rückte versehentlich die Feuerwehr aus, weil der Schein der Feuerstätte so weit zu sehen war. Schliesslich gelang es den einrü-

ckenden sowjetischen Behörden relativ mühelos, nach Hinweisen aus der Bevölkerung die Massengräber zu finden, selbst wenn darin nur noch Asche gelagert war. Erst in den letzten Jahren haben internationale Expertenteams die Massengräber des Vernichtungslagers Belzec mit modernster Technik untersucht. Die Spuren des Verbrechens konnten also nur sehr fragmentarisch beseitigt werden.

16. Todesmärsche

Mit dem Monat Juni 1944 nahm der Zweite Weltkrieg seine letzte Wendung. Kurz nachdem die westalliierten Truppen in der Normandie gelandet waren, setzte die Rote Armee zu einer mächtigen Sommeroffensive an, die den mittleren Bereich der deutschen Ostfront zertrümmerte. Obwohl nun absehbar war, dass das Deutsche Reich den Krieg bald verlieren würde, lief die Vernichtungsmaschinerie weiter. Bis Ende November 1944 starben Juden in den Gaskammern von Auschwitz, – von da an verlagerte sich der Schwerpunkt der Morde auf Verbrechen während der Evakuierung.

Die sogenannten Todesmärsche waren 1944 kein ganz neues Phänomen. Schon 1939 hatte es im besetzten Polen Versuche gegeben, Juden in Kolonnen zu vertreiben, Erschöpfte dabei zu erschiessen und die Marschierer im Falle, dass ein Ziel nicht mehr erreicht werden konnte, sämtlich zu ermorden. Zur massenhaften Erscheinung geriet dies in der zweiten Jahreshälfte 1941, als Millionen sowjetischer Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Deutsche Wachsoldaten trieben die Gefangenen, die oft schon durch Kampf und Kesselschlacht erschöpft waren, Hunderte von Kilometer nach Westen. Wer vor Entkräftung umfiel und nicht wieder auf die Beine kam, wurde erbarmungslos erschossen. Im Spätsommer 1941 starben so Zehntausende, vermutlich sogar mehr Kriegsgefangene.

Jüdische Häftlinge gerieten in eine solche Situation meist erst ab dem Sommer 1944. Bis dahin hatte man jüdische Zwangsarbeiter

vor dem Eintreffen der Roten Armee erschossen, wie auch nichtjüdische Gefängnisinsassen an vielen Orten. Aus dem Ghetto Łódź schickte man die Juden zwischen Juni und August 1944 in den Tod nach Auschwitz, – die letzten jüdischen Zwangsarbeiter in Wilna wurden im Juli erschossen. In allen grossen Lagern ereigneten sich auch 1944 weiter massenhafte Morde. Vielfach versuchten die Lagerleitungen, schwache Häftlinge aus ankommenden Evakuierungstransporten umzubringen. Dahinter stand unter anderem der Gedanke, sie im Fall der Evakuierung des eigenen Lagers nicht mitnehmen zu müssen. In Stutthof, Ravensbrück und Sachsenhausen errichteten die Lagerfunktionäre provisorische Gaskammern, um solche Häftlinge zu töten. Einige Aussenlager dienten als regelrechte Sterbegelände, in denen die Dahinsiehenden keine Versorgung mehr erhielten. Gerade viele geschwächte Jüdinnen fielen diesen Verbrechen zum Opfer.

Standen alliierte Truppen in unmittelbarer Nähe, so zögerten manche Lagerleitungen nicht, ihre Häftlinge noch in letzter Minute umzubringen. So erschoss die deutsche Lagermannschaft die jüdischen Insassen der KZ-Aussenlager Lagedi und Klooga in Estland am 18./19. September 1944. Als kurz danach die Rote Armee Klooga erreichte, fand sie die Leichen zwischen Holzscheiten aufgebahrt, also zur Verbrennung vorbereitet.

Doch dort, wo man glaubte, genügend Zeit zu haben, wurden Häftlinge, Juden wie Nichtjuden, abtransportiert. Was waren die Motive für diese aufwendigen Evakuierungen? Sicherlich wollte man qualifizierte Arbeitskräfte noch eine Zeitlang erhalten. Doch existieren auch Indizien dafür, dass Himmler die Häftlinge als Verhandlungsgegenstand mit den Alliierten ansah. Dabei spielten die Juden eine wichtige Rolle, sah der Reichsführer-SS doch die westlichen Regierungen als vom «Weltjudentum» beherrscht an.

Die erste grosse Evakuierungswelle reagierte auf die sowjetische Sommeroffensive im Juni/Juli 1944. Im KZ Majdanek, nun weit im Osten des deutschen Machtbereichs gelegen, lebten nach der «Aktion Erntefest» kaum noch Juden. Dagegen stellten sie in den grossen Zwangsarbeitslagern im Osten immer noch die Mehrheit der Häftlinge. Im Juli erfolgte der Abtransport aus den Zwangsarbeitsstätten in Kaunas und Schaulen, im August aus Estland, im September aus dem Rest Lettlands; die jüdischen Insassen wurden per Schiff nach Danzig und von dort ins KZ Stutthof gebracht. Gleichzeitig begann man mit der Räumung von Lagern in Zentralpolen wie Ostrowiec, Mielec oder Plaszow. Die meisten Häftlinge gelangten nach Auschwitz; nach einiger Zeit fuhren auch Züge zu den Konzentrationslagern im Innern des Reiches.

Für die Mehrheit der Evakuierten gab es also noch Transportraum. Obwohl auch dabei die Bedingungen genauso katastrophal waren wie bei den früheren Deportationen, unterschieden sie sich doch grundlegend von den Todesmärschen. Die ersten dieser Märsche, bei denen Juden vor den herannahenden Alliierten hergetrieben wurden, hatten wenig mit dem KZ-System zu tun. 2'500 jüdische Ungarn, die 1943 in die Kupferminen im jugoslawischen Bor geschickt worden waren, mussten im August 1944 zu Fuss nach Ungarn zurückmarschieren; dabei wurde die Mehrzahl von ihnen ermordet. Auch die Opfer der nächsten Todesmärsche waren jüdische Ungarn, sie führten im November 1944 von Budapest nach Österreich.

Die ersten Fussmärsche bei KZ-Evakuierungen folgten unmittelbar danach. Mitten durch Brandenburg, aus dem Aussenlager Lieberose ins 140 km entfernte Sachsenhausen, mussten 3'500 Juden im Dezember 1944 laufen, – nur 900 von ihnen erreichten ihr Ziel lebend.

Mit der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 nahmen

die Todesmärsche den Charakter einer Völkerwanderung an. Zu diesem Zeitpunkt sassen 720'000 Häftlinge im KZ-System, unter ihnen etwa 200'000 Juden. Alle Lager östlich der Oder, voran Auschwitz und Stutthof, stellten nun endlose Marschkolonnen zusammen. Zwischen dem 17. und 21. Januar mussten 58'000 Häftlinge aus Auschwitz zum Marsch antreten. Unter extremen Witterungsbedingungen, ohne richtige Verpflegung und Übernachtungsmöglichkeit, gingen die Menschen dabei zugrunde. Die Wachmannschaften töteten ohne Unterlass. Die Mehrzahl der überlebenden Häftlinge kam nach Niederschlesien, teilweise ins KZ Gross-Rosen. Die Evakuierung des Lagers Gross-Rosen vollzog sich wiederum nur zum Teil durch Märsche; die Mehrheit der Häftlinge gelangte in Güterzügen in andere KZ.

Die geringsten Überlebenschancen hatten zu diesem Zeitpunkt die Insassen des KZ Stutthof. Am 20. Januar 1945 setzte die Evakuierung ein: Von Aussenlagern in Ostpreussen trieben die Wachmannschaften 6'000 Juden, in der Mehrzahl Frauen, in Richtung Ostsee, – jede zweite von ihnen starb während des Marsches. Bei dem ostpreussischen Dorf Palmnicken versuchten das Begleitkommando zusammen mit örtlichen Nazis die erschöpften Frauen ins Meer zu treiben, – die meisten Opfer wurden erschossen oder erschlagen. Auch aus den anderen Aussenlagern überlebte nicht einmal jeder Zweite die Evakuierung. Am 25./26. Januar begann der Marsch aus dem Hauptlager nach Pommern. Von den ursprünglich 11'000 Menschen lebten bald nur noch 1'500.

Damit hatte der Schrecken noch lange nicht sein Ende gefunden, denn nun setzte die Evakuierung der Lager im Innern des Reiches ein. Dort kamen immer mehr Evakuierungszüge aus dem Osten an, in denen in grossem Ausmass auch Juden verschleppt wurden. Ende April 1945 war das deutsche Herrschaftsgebiet, in dem sich noch

Häftlinge befanden, auf zwei Territorien zusammengeschmolzen, in Holstein sowie zwischen Böhmen und Slowenien. Während aus den KZ Dora-Mittelbau, Gross-Rosen und Buchenwald noch Transportzüge Häftlinge in andere Lager brachten, traten die Männer und Frauen aus Sachsenhausen und Ravensbrück noch in der zweiten Aprilhälfte 1945 den Marsch Richtung Ostsee an. Zu dieser Zeit waren überall im nationalsozialistischen Restreich Häftlinge unterwegs, von kleinen und grossen Lagern.

Obwohl Himmler die jüdischen Häftlinge als besonderes Faustpfand ansah und sogar Weisungen zu ihrer Gleichstellung mit Nichtjuden ausgab, änderte sich kaum etwas an der schlechten Behandlung und den Massakern im Einzelnen. Jüdische Häftlinge hatten meist eine mehrjährige Leidenszeit und Odysseen durch die verschiedenen nationalsozialistischen Lager hinter sich. Obwohl nun die Chance auf die Befreiung näherrückte, waren die Menschen am Rande ihrer körperlichen Kräfte angelangt. Auch in den letzten Tagen des Regimes zeigten die Bewacher eine besondere Abneigung gegen die Juden unter den Marschierern. Unablässige Prügel und schlechtere Nahrungszuteilung brachten das deutlich zum Ausdruck, die Erschiessung der Zurückbleibenden traf alle Häftlingsgruppen gleichermassen. Noch in den letzten Kriegstagen ermordeten die Wachmannschaften, aber auch lokaler Volkssturm und Hitlerjugend, die Menschen auf den Todesmärschen. Vermutlich mehr als die Hälfte der 200'000 jüdischen KZ-Häftlinge Anfang 1945 erlebte das Kriegsende nicht mehr. Unmittelbar vor der Kapitulation konnte am 5. Mai 1945 mit Mauthausen schliesslich das letzte Konzentrationslager befreit werden.

Erst das Erscheinen der alliierten Armeen konnte dem Morden ein Ende bereiten. Dies galt nicht nur für die Lagerinsassen und die geschundenen Marschierer. Auch den in Verstecken oder mit «arischen Papieren» Untergetauchten war die tagtägliche Angst vor dem

Tod genommen. Doch eine «Normalisierung» war zunächst weder in der Bewältigung des Alltags noch in der Verarbeitung der Erinnerung möglich. Ersteres sollte Jahre, letzteres meist ein Leben lang dauern.

17. Folgen

Eine genaue Statistik der Überlebenden lässt sich nur schwer erheben. Damit sind vor allem solche Juden gemeint, die sich zeitweise unter deutschem Zugriff befanden, aber das Kriegsende erlebten. Etwa 100'000 jüdische Häftlinge wurden aus den Konzentrationslagern bzw. nach den Märschen befreit, weitere aus anderen Lagertypen; in ähnlichen Dimensionen bewegt sich wohl die Zahl der aus Verstecken und Anonymität Aufgetauchten. Erheblich mehr Juden ist das Schicksal der Deportation erspart geblieben. Ungezählt sind dagegen die Menschen, die rechtzeitig vor den Verfolgern fliehen konnten, dann aber auf der Flucht oder bei den zwangsweisen Evakuierungen in der Sowjetunion ums Leben kamen.

Andere wiederum konnten auch durch die Befreiung ihr Leben nicht mehr bewahren. So starben allein im Lager Bergen-Belsen über 13'000 Insassen nach dem 8. Mai 1945, weil sie zu diesem Zeitpunkt bereits so geschwächt und von Krankheit befallen waren, dass sie von den britischen Befreibern nicht mehr gerettet werden konnten.

Wer mit dem Leben davongekommen war, blieb oft Invalide, – unermesslich waren die psychische Schäden. Viele Überlebenden litten und leiden ihr Leben lang an Depressionen und Angstträumen; Selbstmorde oft Jahrzehnte nach dem Krieg sind keine Seltenheit.

Die Folgen des Massenmordes zeigten sich weltweit, das Thema verlor jedoch alsbald seine Bedeutung. Zunächst war das Entsetzen

der Weltöffentlichkeit über die Entdeckung der nationalsozialistischen Verbrechen gross; die Befreiung der Lager Bergen-Belsen durch die britische und Dachau durch amerikanische Truppen bleiben symbolhaft im Gedächtnis. Die strafrechtliche Ahndung stand nun auf der Tagesordnung, wenn auch nur für eine befristete Zeit. Viele alliierte Länder stellten die NS-Verbrecher vor Gericht, derer sie habhaft werden konnten. Neben dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess von 1945/46 liefen vor allem die amerikanischen Nachfolgeprozesse gegen führende Gruppen von NS-Tätern ab, aber auch die vielen sogenannten KZ-Prozesse in den drei Westzonen, vor allem in Dachau und Rastatt. Während dabei der Mord an den Juden eine mehr oder weniger prominente Rolle spielt, wurde er in den sowjetischen Militärgerichtsverfahren weitgehend verdrängt. Noch mitten im Krieg, etwa im Juni 1943, begannen sowjetische Militärjustiz und Geheimpolizei mit ersten Strafprozessen wegen NS-Verbrechen, zuerst und vorrangig gegen Kollaborateure, ab Dezember des Jahres auch gegen Deutsche. Solche Verfahren wurden von 1945 bis 1947 auch in der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland geführt. Während in den Verhandlungen selbst durchaus Verbrechen an Juden thematisiert wurden, galt dies für die Öffentlichkeit als Tabu.

Doch nicht nur in der Justiz waren die Folgen sichtbar. Mit den Menschen hatten man auch die Kultur vernichtet. Gerade in Polen war das verzweigte jüdische Presse- und Kulturwesen, die Vielfalt religiöser und politischer Gruppen ausgelöscht. Die überlebenden oder repatriierten Juden wandten dem Land den Rücken zu, zuletzt während der antisemitischen Welle von 1967/68. In Polen und den Gebieten, die nach dem Krieg zur Sowjetunion gehörten, war das Shtetl verschwunden. Die Rückkehrer waren zahlenmässig kaum in der Lage, das Milieu wiederzubeleben; oft gingen sie in die Gross-

städte. Seit Anfang der siebziger Jahre verlassen Juden die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten. Lediglich in Frankreich und den Ländern, in denen dem Völkermord Grenzen gezogen waren, konnte man an die Vorkriegszeit anknüpfen.

Über die ganze Welt verstreuten sich die überlebenden Opfer. Vor allem aus Osteuropa wanderten Juden nun aus; zum Teil waren sie schon während des Krieges nach Deutschland verschleppt und dort befreit worden. Hunderttausende sammelten sich in den Lagern für Displaced Persons, kurz: DPs. Wenn auch die Gründung des Staates Israel 1948 nicht direkt mit dem Völkermord zusammenhängt, so war Palästina doch ein zentrales Immigrationsgebiet. Hunderttausende versuchten ihr Glück bei den Einwanderungswellen, zunächst gegen den Willen der britischen Behörden, – bis 1948 mussten viele Emigranten deshalb in der Internierung auf Zypern ausharren. Aber nicht nur Israel, sondern vielmehr die Vereinigten Staaten verhießen Sicherheit für die Überlebenden, – als weitere Einwanderungsländer sind Kanada, Grossbritannien, Australien und südamerikanische Staaten zu nennen. Vielerorts bildeten die Emigranten Landsmannschaften ihrer ehemaligen Heimatstädte, die mit Zusammenkünften und der Herausgabe von Gedenkbüchern die Erinnerung an die Tragödie wachhalten sollten.

Nicht nur die Opfer, sondern auch zahlreiche osteuropäische Kollaborateure beim Judenmord, die 1944/45 mit der Wehrmacht geflüchtet waren, wanderten alsbald in diese Staaten aus. Während erst seit den achtziger Jahren versucht wurde, diese Personen zur Rechenschaft zu ziehen, erging es den Kollaborateuren, die in der Sowjetunion verblieben waren, erheblich schlechter: Sowjetische Behörden führten weit über 100'000 Geheimprozesse, von denen wohl nur ein kleiner Teil auch Morde an Juden zum Gegenstand hatte. Viele Todesurteile wurden dabei ausgesprochen und vollstreckt, meist jedoch langjährige Lagerstrafen. Nahezu in allen europäischen Staaten

finden Prozesse wegen Kooperation mit den Deutschen statt, in denen die Teilnahme an Massenverbrechen einen bedeutenden Platz einnahm. Laval, Tiso, Szalasi und Antonescu erhielten die Todesstrafe und wurden hingerichtet, dem kroatischen «Führer» Pavelic und vielen anderen gelang die Flucht. In den osteuropäischen Staaten gerieten die Verfahren bald in den Strudel der kommunistischen Machtergreifung.

In Deutschland und Österreich, der Heimat der Täter, bündelten sich diese Probleme natürlich noch einmal. Schon 1945 konnten deutsche Gerichte Verbrechen an deutschen Juden ahnden, vor allem im Zusammenhang mit der «Reichskristallnacht». Als dann ab 1950 auch die Mehrzahl der NS-Verbrechen, nämlich solche gegen Ausländer, in die Kompetenz bundesdeutscher Gerichte fiel, war das öffentliche Interesse weitgehend erlahmt. Da keine systematischen Ermittlungen unternommen wurden, kamen Verfahren meist nur durch Zufall zustande, wenn ein Opfer seinen Peiniger auf der Strasse erkannt hatte. Mit rechtlich unzureichenden Mitteln, ohne Kenntnis der historischen Zusammenhänge und vielfach auch ohne echtes Interesse an der Strafverfolgung, standen viele Urteile oft in keinem Verhältnis zu den verhandelten Taten.

Die NS-Prozesse der DDR, die Ende der vierziger Jahre immer mehr in den Sog eines ideologisierten «Antifaschismus» gerieten, beschäftigten sich nur in wenigen Fällen mit Morden an Juden. In der DDR kamen wie in der Bundesrepublik und in Österreich die strafrechtlichen Anstrengungen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre fast zum Erliegen. Stärker ausgeprägt waren hingegen politische Bestrebungen, durch eine Amnestie für NS-Täter einen «Schlussstrich» unter diese Vergangenheit zu ziehen. Doch diese Tendenzen kamen nur teilweise zum Tragen, am stärksten in Österreich; eine generelle Amnestie konnte nicht realisiert werden.

Schon 1952 war – gegen starke politische und öffentliche Widerstände – die sogenannte Wiedergutmachung von Bundeskanzler Adenauer durchgesetzt worden. Sie sollte einerseits den materiellen Schaden ersetzen (Restitution), andererseits das erlittene Unrecht durch Zahlungen anerkennen (Entschädigung). Zunächst nur an NS-Opfer mit Wohnsitz in der Bundesrepublik gerichtet, kamen über die sogenannten Globalabkommen auch ausländische und emigrierte Überlebende in den Empfängerkreis. Die wichtigsten dieser Abkommen schloss die Bundesrepublik 1952 mit Israel und mit der Jewish Claims Conference, um 1960 herum mit den meisten im Krieg besetzten Ländern, soweit sie nicht im kommunistischen Machtbereich lagen. Insgesamt waren die materiellen Leistungen erheblich, nach heutigen Preisen werden sie auf mindestens 212 Milliarden DM, nicht nur für Juden, berechnet. Natürlich konnte man die menschliche Tragödie nicht mit Geld «wiedergutmachen», jedoch vielen die Lebensumstände nach dem Krieg erleichtern. Die Überlebenden in Osteuropa konnten schliesslich in den neunziger Jahren oder erst jetzt berücksichtigt werden, durch globale Fonds, aber auch durch die individuelle Entschädigung für Zwangsarbeit, die im Jahre 2000 vereinbart wurde.

Erst Ende der fünfziger Jahre kam in der Bundesrepublik die systematische Verfolgung von NS-Verbrechen in Gang. Zugleich verjährt 1960 Totschlagverbrechen; die Mehrheit der Tatausführenden, also die Schützen bei den Erschiessungen, konnten deshalb nicht mehr belangt werden. Auslöser für systematische Ermittlungen war der – durch Zufall zustandegekommene – Ulmer Einsatzgruppenprozess, der Massenmorde im westlitauischen Grenzgebiet zum Gegenstand hatte. Da offensichtlich geworden war, dass die Mehrzahl der Massenverbrechen in Osteuropa stattgefunden hatte und deutsche Staatsanwaltschaften nur ermitteln konnten, wenn ein mutmasslicher Täter in ihrem Bereich wohnte, wurde die Zentrale

Stelle der Landesjustizverwaltungen (zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen) in Ludwigsburg gegründet. Sie versuchte nun, ohne anfängliche Kenntnis der Täter Ermittlungen wegen aller Verbrechenkomplexe einzuleiten und diese dann an die Staatsanwaltschaft abzugeben, in deren Kompetenz ein Hauptbeschuldigter weilte.

So kamen ab etwa 1962 die grossen NS-Prozesse zustande, bekannt der Frankfurter Auschwitz-Prozess und das Düsseldorfer Majdanek-Verfahren, weniger die zahlreichen Verhandlungen wegen Verbrechen der Einsatzgruppen und Polizei im Osten. Obwohl ein enormer Aufwand betrieben und die Verjährung für Mord 1979 für immer aufgehoben wurde, konnte nur ein kleiner Teil der Verantwortlichen belangt werden. Wegen Morden an Juden sind in der Bundesrepublik weniger als 500 Täter bestraft worden, also nur ein Bruchteil der 6'500 insgesamt wegen NS-Taten verurteilten Personen. Als sich die Strafverfolgung Mitte der sechziger Jahre professionalisierte, war der Zeitabstand für den Einzelnachweis von Mordtaten bereits zu gross geworden, meist schon über zwanzig Jahre seit dem Geschehen. Die meisten sogenannten «Schreibtischtäter» konnte man nach einer Strafrechtsnovelle von 1969 nicht mehr vor Gericht stellen, da man ihnen nun in jedem Einzelfall nachweisen musste, dass sie durch Rassenhass motiviert gewesen waren und ihnen das Ergebnis ihrer Handlungen bekannt gewesen war.

Eine Einschätzung der bundesdeutschen NS-Verfahren bleibt ambivalent. Gemessen am Ausmass der Verbrechen fiel die Bilanz zweifelsohne dürftig aus. Wenn man allerdings bedenkt, welche gesellschaftlichen und oft auch politischen Widerstände sich den Verfahren vielfach in den Weg stellten, so können sich die strafrechtlichen Bemühungen durchaus sehen lassen. Auch im internationalen Vergleich bei der Bestrafung staatlicher Massenverbrechen ist der

betriebe Aufwand doch erheblich. Im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten, dass nur ein kleiner Teil der Mörder von bundesdeutschen Gerichten bestraft wurde. Insbesondere die Organisatoren in den Verwaltungen und die Exekutoren der Ordnungspolizei gingen weitgehend straffrei aus.

In den achtziger Jahren liefen die Strafverfahren wegen NS-Verbrechen allmählich aus; 1981 erging das Urteil des Landgerichts Düsseldorf wegen der Morde im KZ Majdanek, dem letzten Prozess zur Klärung eines grossen Verbrechenskomplexes. Der bislang letzte NS-Prozess in Deutschland fand 1999 statt; weitere Verfahren sind, wenn überhaupt, dann nur noch sehr vereinzelt zu erwarten.

Für die internationale Öffentlichkeit verschwand das Thema des nationalsozialistischen Völkermords Ende der vierziger Jahre allmählich von der Tagesordnung, so etwa aus der Presse. In der frühen Bundesrepublik blieb zwar die Erinnerung an den Krieg stark präsent; die öffentliche Thematisierung des Judenmordes konzentrierte sich aber auf die Opfer aus Deutschland, kaum dagegen auf die Massenmorde im Osten. Lediglich in der Literatur blieb die Tragödie der Juden ein dauerhaftes Sujet. Erst allmählich gingen antisemitische Ressentiments in der deutschen und österreichischen Bevölkerung zurück, wie Umfragedaten zeigen. Allerdings wurde in der jungen Demokratie Bundesrepublik der Antisemitismus in der Öffentlichkeit bald weitgehend tabuisiert, ebenso wie man sich vom Neonazismus abgrenzte und die Masse der alten NS-Anhängerschaft allmählich an das neue politische System heranführte.

Ende der fünfziger Jahre begannen die Schatten der Vergangenheit jedoch zurückzukehren. Hakenkreuzschmierereien und Eichmann-Prozess machten das Thema wieder aktuell. Hinzu kamen heftige Diskussionen um die Vergangenheit mancher Politiker und vieler Richter, – Biographien, die von der Propaganda der DDR weid-

lich ausgeschlachtet wurden. So exponierte Politiker wie Hans Globke, der bei der Ausarbeitung antijüdischer Gesetze mitgewirkt hatte, mussten schliesslich gehen, wie auch einige belastete ehemalige NS-Richter ihren Hut nahmen. Anfang der Sechziger verliess auch die Masse der Gestapo/SD-Täter, soweit sie in der bundesdeutschen Polizei untergekommen waren, zwangsweise ihre Stellung, während die ehemaligen Besatzungsverwalter und Ordnungspolizisten in der Regel bis zum Pensionierungsalter weitermachten, oft mit erstaunlichen Karrieren. Viele Beschuldigte waren jedoch in der Wirtschaft untergekommen, und brachten es eher im Windschatten der Öffentlichkeit zu Wohlstand und Ansehen, – beispielsweise Wilhelm Koppe, einer der Hauptorganisatoren des Massenmordes in Polen, wurde als Inhaber einer Schokoladenfabrik enttarnt und musste sich dank ärztlicher Gutachten nie vor Gericht verantworten.

Einen Höhepunkt erreichte die Wiederkehr des Vergangenen mit dem grossen Prozess des Landgerichts Frankfurt wegen der Morde in Auschwitz, der von 1963 bis 1965 die interessierte Öffentlichkeit beschäftigte. Nun sah man sich direkt mit den Massenverbrechen in allen Details konfrontiert. Im eskalierenden Jugendprotest der Jahre ab 1967 spielte die Vergangenheit dagegen eine immer abstraktere Rolle. Manche Fundamentalopposition gegen die ältere Generation löste sich völlig vom Problem der individuellen Schuld. In den siebziger fahren mit ihren theoretischen Faschismus-Debatten fand dies seine wissenschaftliche Fortsetzung. Relativ wenige Amateurhistoriker beschäftigten sich damals mit dem, was in ihrer Umgebung während des Dritten Reichs geschehen war.

Selbst in Israel wirkte der Prozess gegen Adolf Eichmann 1961 wie ein Schock, der an Verdrängtes erinnerte. Zwar hatte es dort einen andauernden Strom an Publikationen über den Völkermord gegeben, – Gedenkfeiern gehörten zum Alltag, 1953 wurde die zentra-

le Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gegründet. Erst in den frühen sechziger Jahren beherrschte das Thema aber die ganze israelische Gesellschaft.

Ende der siebziger Jahre zeichnete sich weltweit ein neuer Trend in der Erinnerung an den Judenmord ab. Mitverantwortlich dafür war sicher die Tatsache, dass nahezu alle überlebenden Beteiligten, ob Juden, Täter oder Zeugen, aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden waren und neue Generationen sich des Themas annahmen. In den USA und in der Bundesrepublik wirkte die fiktionale Fernsehserie «Holocaust» als zündender Funke. Doch auch in den Staaten des Ostblocks erwachte Anfang der achtziger Jahre das Interesse an der Geschichte der jeweiligen jüdischen Gemeinden.

Die Folgen dieses Trends sind vielfältig. Zunächst entwickelte sich eine regelrechte Gedenkkultur zur Erinnerung an den Völkermord. Schauplätze der Verbrechen wurden restauriert und oftmals mit Gedenkstätten versehen. Weltweit erinnert man an markante Daten der Verfolgung, so den 9. November (1938). Der Tag der Befreiung von Auschwitz, der 27. Januar (1945), hat sich in Deutschland als Gedenktag eingebürgert (in Israel die Befreiung des KZ Dachau am 30. April 1945). Nie waren die NS-Verbrechen öffentlich so präsent wie seit den achtziger Jahren in den Medien. Zeitungsartikel zu Gedenktagen, zu neuen Publikationen und zur regionalen Verfolgungsgeschichte erscheinen mehrmals wöchentlich; ähnliches lässt sich im deutschen Fernsehen mitverfolgen. Die Überlebenden treten mehr mit Memoiren hervor als je zuvor. Sie helfen auch bei der pädagogischen Vermittlung des Kriegsgeschehens, das in manchen Ländern inzwischen zum Standardrepertoire an den Schulen gehört.

Verbunden damit ist die Gründung zahlloser «Holocaust – Zentren» vor allem in den USA, in verschiedener Form auch andernorts.

Sie konzentrieren sich auf die Sammlung von Material, die Organisation von Gedenktagen und Ausstellungen, auf pädagogische und auch wissenschaftliche Arbeit. In der Wissenschaft hat die Beschäftigung mit dem Massenmord und seinen Folgen einen enormen Aufschwung genommen. Nicht allein die Historiker, sondern Philosophen, Soziologen, Psychologen nähern sich von ihrem Fach aus dem Geschehen. Im kulturellen Leben ist die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen nicht mehr wegzudenken, sei es in den bildenden Künsten, in der Literatur oder im Spielfilm. Alle diese Entwicklungen zusammengenommen, erscheint es momentan so, als habe sich die Erinnerung an den Völkermord fest in der westlichen Kultur verankert.

Schluss

Von den fast 17 Millionen Juden, die 1939 auf der Welt lebten, fanden annähernd sechs Millionen den Tod bei den Verfolgungen, zwei von drei Juden Europas. Der Mord an den Juden spielte sich inmitten anderer nationalsozialistischer Massenverbrechen ab, dem Völkermord an Sinti und Roma, den Morden an Behinderten, in Konzentrationslagern, gegen sowjetische Kriegsgefangene, gegen Zivilisten bei der Bekämpfung des Widerstands und andere.

Und dennoch ragt das Verbrechen an den Juden heraus. Wohl nie zuvor und nie seither war die Menschheit vor eine solche moralische Herausforderung gestellt. Ein Dutzend europäischer Gesellschaften sahen den Massenmord oder seine Vorbereitung direkt mit an, in vielen freien Staaten der Welt kursierten zumindest bruchstückhafte Informationen vom Geschehen. Doch die wenigsten zeigten sich diesem Massenverbrechen moralisch und politisch gewachsen, nicht die alliierten Regierungen, nicht die meisten der von Hitler unterworfenen Völker und schon gar nicht die Mehrheit der Deutschen und Österreicher.

Wohl hat es auch in anderen Systemen im 20. Jahrhundert extreme staatliche Massenverbrechen gegeben, allen voran in der stalinistischen Sowjetunion. Zu denken ist dabei an die Massenmorde an den Bauern 1929 bis 1933, den Gulag, den «grossen Terror» der Jahre 1937/38 und die verschärfte Verfolgung einzelner Nationalitäten ab 1939. Diese kann man durchaus als «parallele Massenmorde» interpretieren.

Und doch, sieht man die Verbrechen im Ganzen, erscheinen die Unterschiede gravierend. In Russland und der Sowjetunion bestimmte seit dem Erstem Weltkrieg und dem Bürgerkrieg die Gewalt die Politik; Erfahrungen mit der Demokratie waren rar, die Diktatur richtete sich vor allem gegen die eigenen Bürger.

In Deutschland hingegen konnte man einen Absturz der Zivilisation beobachten, den wohl niemand für möglich gehalten hatte. Nachdem der Krieg von Hitler entfesselt war, ermordete das nationalsozialistische Regime in fast vier Jahren, zwischen 1941 und 1945, einen erheblichen Teil der europäischen Bevölkerung; an die 97 % aller Ermordeten waren Ausländer. Spezifisch war vor allem das Ziel und das daraus resultierende Vorgehen: der Versuch, eine Minderheit mit allen Männern, Frauen und Kindern restlos auszurotten, wo man ihrer habhaft wurde. Allein schon das Verbrechen an jüdischen Kindern sucht seinesgleichen: Besonders Kinder, Alte und viele Frauen fielen den Morden in besonders grosser Zahl zum Opfer, weil sie nicht für die Kriegswirtschaft brauchbar schienen. Mindestens 1,5 Millionen jüdische Kinder wurden im Zweiten Weltkrieg umgebracht; verhungert, erschossen oder im Gas erstickt, die meisten von ihnen zwischen August 1941 und November 1942.

Beschäftigt man sich näher mit den Verbrechen an den Juden, so eröffnet sich ein Kaleidoskop an menschlichem Fanatismus und Niedertracht, an sozialer Kälte und individueller Verzweiflung. Millionen Nichtjuden waren mit der Verfolgung und Ermordung konfrontiert, sei es als Täter, als Kollaborateure, als Zeugen, als ausländische Beobachter, als Profiteure oder als Retter der Verfolgten. Angesichts des europaweiten Charakters der Vorgänge, bei der unzureichenden Geheimhaltung und wegen des enormen Personalbedarfs verwundert das nicht.

Gerade in den letzten zwanzig Jahren konnte das Wissen um die Morde erheblich erweitert und präzisiert werden. Wir kennen die Politik, die allmählich zu diesem Verbrechen hinführte, nun genauer. Diese Politik war zu jedem Zeitpunkt skrupellos, doch erst im Jahre 1941 waren die Voraussetzungen gegeben, die Vernichtung der europäischen Juden zu planen und weitgehend umzusetzen. In relativ kurzer Zeit, vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1942, wurden Millionen Menschen umgebracht. Nur etwa die Hälfte von ihnen starben in Lagern, fast ebenso viele an den Erschiessungsgruben und in den Ghettos. Die Vorstellung vom anonymen, kalten, bürokratischen Massenmord führt in die Irre. Die meisten Täter sahen ihre Opfer tagtäglich, die Mordaktionen liefen unter unvorstellbarer Grausamkeit ab. Dennoch herrschte überall im deutschen Machtbereich bei den verantwortlichen Politikern und Funktionären Einigkeit, dass die Juden «weg müssen», auf die eine oder andere Art. Ausgehend vom allgegenwärtigen Hass auf Juden, wollten viele ihren Nutzen aus den Deportationen und Morden ziehen, mit der Verbesserung der Ernährungslage, der angeblichen Beseitigung eines «Sicherheitsrisikos» oder ganz einfach durch Raub. Die Widerstände gegen dieses Grossverbrechen blieben, aufs Ganze gesehen, erschreckend gering.

Auch nach dem Krieg erlebte die Welt eine Reihe staatlicher Massenverbrechen, hier seien nur die Stichworte Bangladesch, Kambodscha und Ruanda genannt. Die vielzitierten Lehren aus der Geschichte sind also nur sehr begrenzt gezogen worden. Doch ist überhaupt fraglich, ob allein aus der Zeit des Weltkrieges auf die vielfältigen Entwicklungen seither geschlossen werden kann.

kehrt man zum Schluss noch einmal zu der Frage zurück, was denn die entscheidenden Faktoren waren, die zum Völkermord führten, so kommt man unweigerlich auf Diktatur, Hass, Krieg und ethi-

schen Verfall. Da aber menschliche Schwächen wie auch menschlicher Fanatismus universale Konstanten der Geschichte sind, erscheint es sinnvoll, das Augenmerk vor allem auf die Bedingungen richten, die staatliche Massenverbrechen ermöglichen oder eben verhindern. Seit sich erwiesen hat, wie dünn der Firnis der Zivilisation im 20. Jahrhundert war, weiss man auch, welch kostbares Gut die Demokratie ist.

Ausgewählte Literatur

- Aly, Götz: «Endlösung». Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt a.M. 1995 (Verflechtung von Siedlungs- und Vernichtungspolitik)
- Bankier, David: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die «Endlösung» und die Deutschen. Eine Berichtigung. Berlin 1995 (wichtig zum Kenntnisstand der Deutschen)
- Benz, Wolfgang (Hg.), Dimension des Völkermords. München 1991 (Überblicke über die Verfolgung nach Ländern; umfangreiche Statistiken zu Opferzahlen)
- Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die Endlösung in Polen. Reinbek 1993 (erste Fallstudie zu einer Tätergruppe)
- Browning, Christopher R.: Der Weg zur «Endlösung». Entscheidungen und Täter. Bonn 1998 (grundlegende Aufsätze zu neuen Themenfeldern)
- Dwork, Deborah: Kinder mit dem gelben Stern: Europa 1933-1945. München 1994
- Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Hg. von Israel Gutman u.a. 3 Bde. Berlin 1993 (nützliche Erstinformationen)
- Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. München 1998 (einfühlsame Gesamtdarstellung)
- Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weissrussland 1941-1944. Hamburg 1999

- (monumentale Studie mit Berücksichtigung aller Opfergruppen)
- Gerlach, Christian: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1998 (Neuinterpretation zu den Antrieben der Vernichtungspolitik)
- Herbert, Ulrich (Hg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939 bis 1945. Frankfurt a.M. 1998 (Beiträge aus den neuen Forschungsansätzen)
- Hilberg, Raul: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945. Frankfurt a. M. 1992 (Zusammenfassung und Ergänzung seiner monumentalen Studie)
- Longerich, Peter: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München 1998 (umfassender Überblick zur Politik, vor allem für die Vorkriegszeit)
- Longerich, Peter (Hg.): Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945. München, Zürich 1989
- Lustiger, Arno: Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden 1933-1945. Köln 1994 (Lesebuch mit vielen Einzelporträts)
- Pohl, Dieter: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens. München 1996
- Safrian, Hans: Die Eichmann-Männer. Wien-Zürich 1993 (zur Organisation der Deportationen und zur Täter-Mentalität)
- Sakowska, Ruta: Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939-1943. Osnabrück 1999
- «Schöne Zeiten». Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer. Hg. von Willi Dressen, Ernst Klee und Volker Riess. Frankfurt a.M. 1988 (drastische Dokumentation von Täter-Aussagen)
- Steinbacher, Sybille: «Musterstadt» Auschwitz. Germanisierung und Judenmord in Ostoberschlesien. München 2000 (neueste Regionalstudie zu einem «Tatort»)

Yahil, Leni: Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden. München 1998 (Gesamtdarstellung mit starker Berücksichtigung der jüdischen Geschichte und der Rettungsaktionen)

Politik und Zeitgeschehen

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Eine neue Politik für die Erde

Die globale Partnerschaft von Wirtschaft und Ökologie

Band 4746

Der Biologe Ernst Ulrich von Weizsäcker entwickelt sein ebenso schlüssiges wie faszinierendes Konzept einer nachhaltigen Politik für die Erde.

Bärbel Bohley / Erhart Neubert

Wir mischen uns ein

Ideen für eine gemeinsame Zukunft

Band 4619

Sie haben gegen die Diktatur und für eine menschenwürdige Zukunft gekämpft. Und sie mischen sich auch heute ein: Der kreative Blick in einer Phase der Lähmung und des Umbruchs.

Rafik Schami

Damals dort und heute hier

Über Fremdsein

Band 4609

Im Gespräch mit Erich Jooss erzählt Schami von seiner eigenen Erfahrung mit Fremdsein und vom Reichtum des «anderen».

Alphons Horten

Rückblick auf ein Jahrhundert

Erinnerungen eines Zeitzeugen

Band 4599

Alphons Horten geht es in seinen spannend erzählten Erinnerungen nie bloss um Rückblicke, sondern um historische Analyse – und um Orientierungen, die in die Zukunft weisen.

Wolfgang Benz/Werner Bergmann

Vorurteil und Völkermord

Entwicklungslinien des Antisemitismus

Band 4577

Wo liegen die Wurzeln, die den Holocaust möglich machten?

Ein Buch, das notwendig ist, um mitreden zu können.

HERDER Spektrum

Tom Voltz

Scientology

Ein Insider packt aus

Hintergründe – Fakten – Dokumente

Band 4572

«Für mich eine der besten Informationen zum Bereich Scientology und Wirtschaft» (Dr. F. Valentin).

Kurt-Helmuth Eimuth

Sekten-Ratgeber

Informationen und Ratschläge für Betroffene

Band 4549

Anschaulich erzählen ehemalige Mitglieder von typischen Erfahrungen.

Mit konkreten, auch juristischen Tipps.

Ignatz Bubis/Wolfgang Schäuble

Deutschland wohin?

Hrsg. von Frank Schirrmacher

Band 4487

Frank Schirrmacher im Gespräch mit Ignatz Bubis und Wolfgang Schäuble. Spannend, kontrovers, grundsätzlich und wegweisend.

Wladyslaw Bartoszewski

Es lohnt sich, anständig zu sein

Meine Erinnerungen. Mit der Rede zum 8. Mai

Hrsg. von R. Lehmann

Band 4449

«Ein leidenschaftlicher Humanist» (H. Böll) erzählt sein Leben.

Ein Gejagter, der zum Helfer wurde und sich zeitlebens für Versöhnung einsetzte.

Eugen Drewermann

Die Spirale der Angst

Der Krieg und das Christentum

Mit vier Reden gegen den Krieg am Golf

Band 4003

Ein Buch für eine neue Qualität des Zusammenlebens in Politik, Gesellschaft und Religion.

HERDER Spektrum